Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. Juni 1980
Jg. 8 Nr. 27

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Nigeria setzt Sowjetunion Frist für Bau des Stahlwerks Ajaokuta

z.rua. ,,Ein lausiges Geschäft, das nicht im Interesse des Landes abgeschlossen wurde." So charakterisierte Nigerias Minister für Stahlindustrie, Unongo, das mit der Sowjetunion abgeschlossene Abkommen über den Bau des Ajaokuta-Hüttenkomplexes. 1976 hatte sich die SU gegen Barzahlung bereiterklärt, das mit einer Jahreskapazität von 1,3 Mio. t ,,größte Stahlwerk des tropischen Afrika" zu bauen. Seither wurden nur zwei Ausbildungszentren gebaut, am Stahlwerk selbst wurde kein Handschlag verrichtet. In Nigeria tummeln sich nach Schätzungen Unongos 15000–20000 Russen als ,,Experten". ,,Ich fürchte, wenn wir nicht aufpassen, endet Nigeria als russische Kolonie", gab er zu bedenken. Präsident Shagari setzte der SU jetzt das Ultimatum, bis 1983 den Bau zu beenden, anderenfalls wird der gesamte Vertrag revidiert.

Sowjetunion übernimmt Ölausbeutung in Vietnam

z.hot. Japanischen Presseberichten zufolge ist es der SU gelungen, ihre westlichen Konkurrenten aus dem vietnamesischen Ölgeschäft zu verdrängen. Die SU erhält jetzt die Rechte auf Vung Tau, wo 1975 die Mobil Corporation fündig geworden war. Nachdem sich Vietnam für den sowjetischen Außenhandel zunehmend zu einem Faß ohne Boden entwickelt hatte, soll das jetzt, nach der 34. Tagung der Ministerpräsidenten der RGW-Staaten anders werden. Gegenüber der japanischen Verhandlungskommission hatten die vietnamesischen Wirtschaftsfunktionäre erklärt, Vietnam werde bald ein ,,führender Erdölexporteur" sein und in Kürze ,,entscheiden, an wen es sein Öl verkaufen wird". Ob die vietnamesischen Revisionisten wirklich so naiv sind zu glauben, daß ihr Öl nicht das sowjetische Monopol bereichern wird?

Afghanistan-Sonderausschuß unterstützt Befreiungsfront

z.anb. Das am 21.6. verabschiedete Schlußkommunique des Sonderausschusses der Islamischen Konferenz ruft zu verstärkter humanitärer Hilfe an das afghanische Volk auf und bekräftigt die Unterstützung für den Kampf um seine unveräußerlichen nationalen Rechte. Es enthält den Vorschlag, durch Verhandlung freie, unter UNO-Aufsicht durchgeführte Wahlen zu erreichen. Gleichzeitig wird, so der iranische Außenminister Ghotbzadeh, die Frage direkter militärischer Hilfe noch verhandelt. Ein Aufruf der neun in Montreux vertretenen Organisationen der afghanischen Befreiungsfront fordert die islamischen Staaten zum Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetunion auf. Gestützt auf die politisch-diplomatische Niederlage des Kabuler Regimes soll im Herbst die Anerkennung der Befreiungsfront in der UNO betrieben werden.

Frangi: EG muß die PLO anerkennen!

z. lup. Zu der EG-Erklärung über den Nahen Osten hat der Vertreter der PLO in Bonn, Abdalla Frangi, erklärt: ,,Die EG ist – wie die arabische Welt – direkt von der Situation im Nahen Osten betroffen. Von einem dauerhaften, umfassenden und gerechten Frieden kann sie nur profitieren. Der jetzige Kriegszustand kann sich nur schädlich auf ihre Interessen auswirken." Das palästinensische Volk habe unmißverständlich erklärt, daß die PLO sein einziger legitimer Vertreter sei. Die arabische Welt und die internationale Gemeinschaft hätten dies anerkannt. Es sei ,,notwendig und dem Interesse des Friedens dienlich, wenn alle europäischen Staaten in der EG, die die PLO noch nicht anerkannt haben, dies tun". Frangi bedauerte, daß die EG ,,von ihren ursprünglichen Absichten unter dem amerikanischen und israelischen Druck zurückgewichen" sei.

Nach den Wahlen soll der Staatshaushalt saniert werden

,,Harte Jahre" werden angekündigt / Steuerpakete hängen im Vermittlungsausschuß

z.ges. Einen ,,Kassensturz" wollen die von der CDU und CSU regierten Länder zur Voraussetzung einer Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern machen. Die Bundesregierung hat beschlossen, daß die zusätzlichen Ausgaben aus dem Brüsseler EG-Kompromiß entweder über zusätzliche Steueranteile des Bundes am Steueraufkommen finanziert werden sollen oder durch eine Erhöhung der Branntweinsteuer und der Mineralölsteuer, die direkt vom Bund gezogen werden. Die Bundesregierung argumentiert, die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern entspreche nicht mehr der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Die Nebenabsicht der Bundesregierung ist, die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Branntweinsteuer aus der Unnachgiebigkeit der CDU/CSU-regierten Länder zu begründen, da die CDU/CSU die Aufgaben selber, Erhöhung der Rüstungsausgaben, Türkeihilfe und Griechenlandhilfe im Rahmen der NATO und den Brüsseler EG-Kompromiß ja nicht in Frage stelle. Die CDU/CSU dagegen will herausstellen, daß die zusätzlichen Ausgaben nur deshalb einen Rückgriff auf die Länderfinanzen oder eine Steuererhöhung notwendig machten, weil die Finanzpolitik der Bundesregierung insgesamt unsolide sei. Dabei sind die Meinungsunterschiede über einen Kassensturz, der dann die Streichung von Sozialleistungen und die weitere Erhöhung von Steuern, insbesondere von indirekten Steuern ermöglichen und die Parteien von der Einhaltung ihrer Versprechungen während der Bundestagswahlen befreien soll, gar nicht so groß. Die Differenz besteht über den Zeitpunkt dieses Kassensturzes.

Die CDU/CSU will ihn sofort. Der CDU-Abgeordnete Haase meinte in der Bundestagsdebatte über den Nachtragshaushalt, durch Streichung anderer Ausgaben insbesondere beim Straßenbau finanziert wird: ,,Ungleich größere Opfer und Belastungen, die unmittelbar in den Taschen der Bürger spürbar werden, werden als Folge Ihrer verfehlten Finanzpolitik nach den Wahlen beschlossen werden, ganz gleich, wer am 5. Oktober siegt." Die Forderung nach einem Kassensturz liefert Wahlkampfmaterial und würde der CDU/CSU im Falle eines Wahlsieges um so besser erlauben, den Haushalt des Staatsapparates auf Kosten der Haushalte der lohnabhängigen Bevölkerung zu sanieren. Haase fuhr fort: ,,Die Spatzen pfeifen es in Bonn doch schon von den Dächern, daß in den Amtsstuben Ihres Hauses, verehrter Herr Matthöfer, fieberhaft überlegt wird, welche gesetzlichen Leistungen nach der Wahl eingeschränkt und welche Steuern erhöht werden sollen ... Nur einen kleinen Zipfel haben Sie bisher gelüftet. Mit der Ankündigung von Verbrauchssteuererhöhungen zum 1. Januar wurde nur die Spitze des Eisbergs sichtbar gemacht."

Tatsächlich hat sich Matthöfer gegenüber Steuererhöhungen überhaupt nicht festgelegt. Er hat im Zusammenhang mit der Vorlage des Steuerpakets der Bundesregierung immer nur festgestellt, ,,daß die Belastung der Arbeitnehmer mit direkten Steuern und Abgaben immer stärker zunimmt", während er gleichzeitig betonte, daß die weniger spürbaren indirekten Steuern in ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen zurückgegangen seien. Die Ankündigung einer eventuellen Mineralölsteuererhöhung zeigt, wie Matthöfer Remedur schaffen will. Seitens der FDP meinte der Abgeordnete Hoppe in der Debatte über den Nachtragshaushalt, daß die FDP ebenfalls für eine finanzielle Bestandsaufnahme sei, aber erst nach den Wahlen: ,,Das jetzt zu fordern, wo die finanzpolitischen Entscheidungen dieser Legislaturperiode gefallen sind, ist doch einfach Schaum." Hoppe hatte auch einen Vorschlag, wie diese Bestandsaufnahme unter angeblich neutraler Führung vorgenommen werden könnte: ,,Unter der Moderation der kompetenten Bundesbank sollte es gelingen, die dringend gebotene Sanierung der Staatsfinanzen gemeinsam in den Griff zu bekommen." Sämtliche Bundestagsparteien haben in ihren Wahlprogrammen diesmal bei ihren Forderungen stets einen Finanzierungsvorbehalt gemacht. Sie wissen, daß die Finanzbourgeoisie nach den Wahlen ans Holen gehen will. ,,Konsolidierung der Staatsfinanzen" wird das Stichwort heißen. Direkte Steuern haben den Nachteil, daß sie auch direkt fühlbar sind und der Kapitalistenklasse von der Arbeiterklasse in den Bruttolohnforderungen wieder vergolten werden. Daß noch über die Korrektur der Lohn- und Einkommensteuererhebung beraten wird, heißt bloß, daß eine Flanke begradigt werden soll, um die geplanten Angriffe um so schärfer vorzutragen: ,,Wir haben harte Jahre vor uns", meinte FDP-Mann Hoppe: ,,Dies muß ganz fest ins öffentliche Bewußtsein gebracht werden, und zwar nicht durch Worte, sondern auch durch entschlossenes Handeln."

Die Steuerpakete der Bundesregierung und der Opposition für 1981 befinden sich gegenwärtig im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat. Wegen der vorgeschriebenen Gesetzgebungsprozedur und der unterschiedlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat wird entweder eine gemeinsame Regelung oder gar keine herauskommen. Da es den Parteien bei der Steuerkorrektur darum geht, jeweils bestimmte Schichten zu gewinnen, sind die Auseinandersetzungen insbesondere um die Kindergeldregelung hart. Zudem sind die Auseinandersetzungen verquickt mit der Forderung nach Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern: ein Kindergeld müßte der Bund allein finanzieren, einen Kindergrundfreibetrag nicht. Bei der Steuerkorrektur zeichnet sich eine Ausdehnung der Proportionalzone entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung ab, während die mittleren und höheren Einkommen in der Progressionszone mit einer halben Milliarde entlastet werden sollen. Die Verteilung der halben Milliarde müßte noch geregelt werden. Die CDU/CSU will Kinderfreibeträge proportional zum Einkommen wirksam, die Regierung will eine gleich wirkende Regelung.

Kommt es zu keiner Einigung, bliebe die Regelung auf Eis und die Mindereinnahmen des Staatsapparates gegenüber dem jetzigen Tarif gingen um ⅓ zurück. Sowieso konnten im ersten Drittel von 1980 die Lohnsteuern bereits um 13½ % gesteigert werden.

Das Demokratische Kampuchea – ein Damm gegen das weitere Vordringen der SU in Südostasien



Anfang letzter Woche haben die vietnamesischen Aggressoren mit 10000 Mann in einer Breite von 60 km Thailand überfallen und dabei über 1000 Flüchtlinge getötet oder verwundet. Die kampucheanischen Flüchtlinge wollen nach Kampuchea zurückkehren, um dort den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu führen. Thailand unterstützt sie dabei und ermöglicht auch die materielle Versorgung des kampucheanischen Volkes in seinem Widerstandskrieg. Der vietnamesische Überfall auf Thailand soll auch dazu dienen, Thailand zur Aufgabe seiner Unterstützung des Demokratischen Kampuchea und der Anerkennung seiner legitimen Regierung zu zwingen. – 15000 vietnamesische Aggressoren wurden im April durch die Nationale Armee Kampucheas vernichtet.

Schmidt auf schäbiger Mission in Moskau

Kniefall vor USA in Venedig / Internationale Einheitsfront gegen Aggressionen in Afghanistan und Kampuchea

z.krk. ,,Nicht jeder Konflikt auf der ganzen Welt muß zu einem europäischen West-Ost-Konflikt werden, liebe Freunde" – so charakterisierte Helmut Schmidt auf dem SPD-Wahlparteitag die Politik, die er mit seiner Moskau-Reise zu verfolgen gedenkt. Gegen die bewaffnete Aggression der SU gegen Afghanistan, gegen den Ausrottungskrieg gegen das Demokratische Kampuchea, den sie Vietnam führen läßt, ist eine internationale Einheitsfront in Herausbildung begriffen. Die wachsende internationale Isolierung der SU muß die Verhandlungsbereitschaft der BRD – allein schon die Tatsache der Reise unter diesen Umständen – enorm aufwerten, das ist das Kalkül Schmidts. Die Kokettiererei mit der anderen Supermacht soll dann den Preis des westdeutschen Bündnispartners bei den USA in die Höhe treiben. Der Plan geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt: den Russen zu bieten gedachte der Bundeskanzler die Vermittlung bei einer ,,politischen Lösung", bei dem Schacher der Supermächte um Afghanistan – seines Schweigens über Kampuchea konnte man sich in Moskau ohnehin sicher sein.

Die SU könnte die internationale Aufwertung durch ein gemeinsames Kommunique z.B. gut gebrauchen. Vor einigen Tagen erst forderte der Afghanistan-Ausschuß der islamischen Konferenz den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Die ASEAN-Außenministerkonferenz beschloß, an der Anerkennung der legitimen Regierung des Demokratischen Kampuchea festzuhalten. Ein BRD-Kanzler, der beiden Bewegungen in den Rücken fällt, wäre da schon nützlich gewesen. Die goldene Brücke zur ,,politischen Lösung" wollte ihm Breschnew durch die Ankündigung des angeblichen russischen Truppenabzugs aus Afghanistan schlagen. Die wurde vom SPD-Präsidium auch freudig betreten: sie hatte es am 24.6. tatsächlich fertiggebracht, diese Farce ,,grundsätzlich begrüßenswert" zu finden.

Doch es kam anders und endete vorläufig mit einem Kniefall vor der anderen Supermacht. Früh witterte Carter die Gefahr der Spaltung der NATO und nagelte Schmidt vor dem Venedig-Gipfel brieflich fest: am NATO-Raketenbeschluß **wird nicht gerüttelt** und die BRD trifft ihrerseits die notwendigen Vorbereitungen zur Stationierung der Raketen. **Diesbezüglich wird Schmidt Breschnew keine Angebote machen können.** Afghanistan betreffend hat das westliche Bündnis unter Führung der USA sich auf die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen geeinigt, was eine politische Lösung zwar nicht ausschließt, aber die Bedingungen will die USA diktieren. Auch dem mußte Schmidt zustimmen.

Zur Verhandlung stehen soll in Moskau das bisher größte sowjetisch-westdeutsche Geschäft: für 20 Mrd. DM baut die BRD ein Pipeline-Netz von den östlichen Gebieten der SU nach Europa, die SU bezahlt mit Erdgas, ihre Lieferungen werden damit 30% des BRD-Verbrauchs decken. Westdeutsches Kapital soll das strategische Potential der SU stärken, gleichzeitig soll die BRD in ein Netz wirtschaftlicher Abhängigkeiten eingeflochten werden. Die USA droht nun auch dieses Geschäft zu versalzen: über die neuen Cocom-Embargolisten sollen solche langfristigen und umfangreichen Geschäfte verboten werden.

Weiter Kurzarbeit bei Ford Köln: Kapitalisten wollen um 2000 Beschäftigte reduzieren



Mit der Konzentration der Fiesta-Produktion in Köln wollen die Kapitalisten die Montagezahlen von jetzt 250 auf 460 am Tag steigern, in Saarlouis soll die Escort-Produktion dann ,,auf vollen Touren" laufen.

z.sth. **Die Enquete-Kommission „Zukünftige Energie-Politik" legt ein Programm mit 62 Vorschlägen zur Energieeinsparung vor.** Mit der Entscheidung, die endgültige Nutzung der Kernenergie bis 1990 hinauszuschieben, will sie den Sparvorschlägen Nachdruck verleihen. Zur Verringerung des Heizenergiebedarfs werden neben verschärften Wärmeschutzanforderungen intelligentere Regelungseinrichtungen (z.B. zeitgebundene Heizstrategien) in bestimmten Gebäuden empfohlen (Schulen, Verwaltungsgebäude, Werkshallen etc.). Weitere Empfehlungen sind ein umfangreiches Schwerpunktprogramm zur Erforschung energiesparender Bauweisen und die Errichtung eines „Energiedienstes" zur Wärmeleckermittlung an Gebäuden. Zur Verringerung des Energiebedarfs im Verkehr werden gesetzliche Regelungen zur Senkung des spezifischen Kraftstoffbedarfs empfohlen sowie die Senkung der Mineralölsteuer für Dieselkraftstoff bei gleichzeitiger Anhebung der Steuer für Vergaserkraftstoffe; Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundesautobahnen; Abschaffung der Absetzmöglichkeiten der Fahrtkosten zum Arbeitsplatz (Kilometerpauschale) von der Lohn- bzw. Einkommensteuer; die Umlage der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer bei Pkw und die Erhebung einer generellen Grundgebühr zur Subventionierung öffentlicher Verkehrsmittel. Parallel zu diesem Programm soll eine „Versuchs-Wiederaufbereitungsanlage" in einer Größe gebaut werden, „die den möglichen Schritt in eine großtechnische Anlage sinnvoll vorbereitet". Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßte die Energiesparmaßnahmen.

z.löh. **Anlaß dieser Aktionen sind die Pläne der Mannesmann AG, ihre Hüttenwerke in Duisburg an die Röhren-**

z.löh. **Anlaß dieser Aktionen sind die Pläne der Mannesmann AG, ihre Hüttenwerke in Duisburg an die Röhrenwerke zu verpachten, damit Mannesmann aus dem Montanbereich herauszubrechen und die bisher geltende Montanmitbestimmung für den Konzern zu beseitigen.** Gleichzeitig will Mannesmann eine neue Rationalisierungswelle einleiten. Die Entlassung von 2500 Arbeitern und 370 Angestellten aus dem Hüttenwerk ist im Gespräch. Die Hauptversammlung der Aktionäre, die ebenfalls am Donnerstag tagte, hat noch keine Entscheidung getroffen. Vorstandsvorsitzender Overbeck sagte gegenüber der Presse, es solle erst im September, nach Verhandlungen mit der IG Metall, entschieden werden. Am Dienstag Vormittag hatte Schmidt in Bonn mit Overbeck gesprochen. Am gleichen Tag nachmittags hat die Bundestagsfraktion der SPD ein Sicherungsgesetz für die Montanmitbestimmung „begrüßt". Schmidt hat vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen. Die FDP hatte mittlerweile erklärt, sie sei gegen ein solches Gesetz. Die IG Metall will ihrerseits am 3. Juli in Dortmund eine „Sonderkonferenz" durchführen.



z.vol. **Klöckner, Hoesch und Röchling (ARBED) haben erklärt, die Absatzquoten der EG für Massenstahl (Davignonplan) nicht mehr einzuhalten.** Für das III. Quartal sieht die EG eine Senkung der Rohstahlproduktion um 1,7 Mio. t auf 38,2 Mio. t vor, während fast 40% der Produktionskapazitäten brachliegen. Entsprechend dieser Senkung müssen die Monopole ihren Absatz an bestimmten Massenstählen senken, so daß ihr Anteil daran dem von 1974 entspricht. Thyssen und Krupp, die bei der Expansion stärker auf Edelstahl setzen, fordern bis jetzt nur Einhaltung der Quoten von der Konkurrenz. Die Expansionsmöglichkeiten bei Massenstahl ohne Quotenänderung sind gering: Der Export ist nach der Anti-Dumping Klage von US-Steel und den Aufbauerfolgen der Dritten Welt kaum ausdehnbar. Die Importe von Drittländern sind auf einem Rekordtief unter 8%. Die italienische Finsider und die British Steel, beide mit Milliardenverlusten im Boomjahr 1979, sind die Hauptangriffspunkte. Aus drei Gründen rechnen die westdeutschen Monopole mit Erfolg: Die Umstellung von Öl auf die subventionierte Kokskohle ist ihnen am schnellsten gelungen; der Schrottpreis für die Elektrostahlproduktion ist hoch, der Erzpreis für die BRD währungsbedingt niedrig; die Produktionsleistung, z.B. bei Klöckner, ist in den letzten 4 Jahren um 40% gesteigert worden.

z.dib. **Nachdem die beiden CDU-Mitglieder des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Krawalle anläßlich der Rekrutenvereidigung im Weserstadion" den Ausschuß mit der Drohung, die Sache vor den Verteidigungsausschuß in Bonn zu bringen, am 18. Juni verlassen haben,** hat sich der Ausschuß in dieser Woche mit Widersprüchlichkeiten der Aussagen von Polizeipräsident Diekmann und dem Juso-Landesvorsitzenden Parpart befaßt. Diekmann hatte ausgesagt, daß Parpart sich bei ihm vor der Vereidigung um ein Verbot der eigenen Demonstration bemüht habe. Dies wird von Parpart bestritten. Parpart: „Es ist ein ganz normaler Vorgang, daß ich auf Grund dieser Informationen (mögliche Ausschreitungen, d. Red.) nach möglichen Absichten der Polizei fragte, die Tennisplätze am Weserstadion als Demonstrationsort zu sperren." Diekmann bezeichnet das Verhalten des Juso-Vorsitzenden als „auch völlig logisch": „Er hätte es bei einem Demonstrationsverbot leichter gehabt, seine Organisation davon zu überzeugen, nicht mitzumarschieren." Diekmann: „Ich bin nicht erstaunt darüber, daß er versucht, den Inhalt der Aussage in Frage zu stellen, weil ich mir denken könnte, daß er seine Funktion bei den Jungsozialisten gefährdet sieht." – Der Senat hat Einschränkungen des Demonstrationsrechts wie Verbesserungen der Ausrüstung der Polizei und eine Ausweitung der Tätigkeit des Verfassungsschutzes angekündigt. Gegendemonstrationen in unmittelbarer Nähe von Veranstaltungen sollen verboten werden.

angekündigt. Gegendemonstrationen in unmittelbarer Nähe von Veranstaltungen sollen verboten werden.

z.ere. **„Namibisierung" nennen die Imperialisten die Maßnahmen des südafrikanischen Kolonialregimes, den bisherigen Beratern ihres Generaladministrators für Namibia, alles Mitglieder der „Demokratischen Turnhallen Allianz" (DTA), „exklusive Vollmachten" zu erteilen.** Am 1. Juli soll ein sogenannter Ministerrat bestehend aus 12 Mitgliedern der DTA die „Exekutivgewalten" übernehmen. Dirk Mudge, Vorsitzender der DTA, wird diesem Ministerrat vorstehen. Ein umfassendes Vetorecht haben sich die Rassisten vorbehalten. Gerrit Viljoen, ihr Generaladministrator, kann sämtliche Beschlüsse dieses neu gebildeten Gremiums außer Kraft setzen. Außerdem wird das Kolonialregime für alle außenpolitischen Belange zuständig bleiben. Die namibische Marionettenversammlung, in der die DTA die absolute Mehrheit hält, wird in die „Mitverantwortung für die Streitkräfte" genommen. Durch „stillschweigendes Einverständnis", wie es die NZZ zurückhaltend formulierte, haben die Vertreter der UN-Vermittlungsgruppe (USA, Großbritannien, Kanada, BRD und Frankreich) bei diesem Schritt, der im Gegensatz zu den UNO-Übergangsbeschlüssen steht, den Rücken gestärkt. Ein hoffnungsvoller Deal. Noch vor Übernahme seines neuen Amtes erklärte Mudge in Paris bei Verhandlungen mit Bankiers und Vertretern der Kapitalisten, er werde dem Uranexport Vorrang geben. Nach Frankreich besucht Mudge England und die BRD.

z.gkr. **Am 23. Juni sind die beiden Zerstörer „Lütjens" und „Hessen" mit den zwei Versorgungsschiffen aus Colombo (Sri Lanka), ihrer letzten Station, ausgelaufen in Richtung Kenia.** Am 7. Juli sollen sie in Mombasa eintreffen. Nachdem der Flottenverband sich in Karatschi wieder vereinigt hatte und am 6. Juni ausgelaufen war, waren die nächsten Stationen der vier Schiffe: 10. bis 14. Juni Bombay und vom 19. bis 23. Juni dann Colombo. Von Freundschaft kann dabei nicht die Rede sein. In Karatschi unerbeten, gegenüber Indien (beabsichtigte Visapflicht) und Sri Lanka (vor kurzem eingeführte Visapflicht) hatten die westdeutschen Bourgeois gerade Unterdrückungsmaßnahmen beschlossen. Wenn der Verband am 7. Juli in Mombasa einlaufen wird, dann stellt dies nur einen weiteren Versuch dar, Einsatzmöglichkeiten westdeutscher Marine um Afrika (sei es im Verband mit der NATO) zur Sicherung der Öl- und Rohstoffreserven zu erkunden. 1976 war das Marine-Schulschiff „Deutschland" in Südafrika eingelaufen, Februar bis April 1979 folgte ein Zerstörerverband an der Westküste Afrikas.

z.cog. **Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat auf Antrag der Bundesregierung einen Teil der Mittel für das Modellprogramm Psychiatrie in Höhe von 30 Mio. DM freigegeben.** Beginn soll noch in diesem Jahr sein. Der Bundesrat hatte das Vorhaben abgelehnt, so daß die Bundesregierung jetzt in den „zur Mitarbeit bereiten Bundesländern" das Modellprogramm durchführt. Es geht dabei um Schwerpunkte im „gemeindenahen, ambulanten" Bereich. Da die „Psychiatrie-Enquete (-Kommission) von den ... inhumanen Verhältnissen in den psychiatrischen Großkrankenhäusern ausgeht", soll die „Verzahnung ambulanter Dienste mit stationären Einrichtungen modellhaft erprobt werden" (BT-Drucks. 8/2565). Die psychiatrische Behandlung soll stärker in die Allgemeinmedizin „eingebunden" werden. Auf einer Tagung in Düren stellten Klinikdirektoren von psychiatrischen Krankenhäusern als „Mindestanforderung eine Dusche für 5 Personen und eine Badewanne für 10 Personen" auf. Die „Filterfunktion der niedergelassenen Ärzte (...) soll dazu beitragen, unnötige Krankenhausaufenthalte zu vermeiden". Durch den Modellversuch sollen die Kosten für die Versorgung der Patienten den Verwandten aufgebürdet werden und gleichzeitig eine Änderung der Situation in den psychiatrischen Krankenhäusern vermieden werden.

BDI lehnt Berichtspflicht über Ausbeutungsbedingungen in Südafrika ab

z.rua. Am 23.6. fand im Bundestag eine Anhörung über die Politik westdeutscher Konzerne in Südafrika und den Stand der Einhaltung des EG-Verhaltenskodex statt. Seit dem Aufstand in Soweto 1976 haben die Klassenkämpfe der azanischen Volksmassen einen Aufschwung genommen. Der 1977 verabschiedete EG-Kodex will „die Überwindung des Apartheidsystems durch friedlichen Wandel unterstützen" – um die imperialistische Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten. Die Kapitalisten werden aufgefordert, schwarzen Arbeitern Löhne in Höhe von 50% über dem Existenzminimum und für gleiche Arbeit gleiche Löhne zu zahlen und Berichte über die Lage der Arbeiter zu erstellen. Bindenden Charakter hat der Kodex nicht.

Mitte Januar hatte die Bundesregierung einen Bericht über die Anwendung des EG-Kodex vorgelegt. Von insgesamt 194 Tochtergesellschaften westdeutscher Konzerne hatten 71 Berichte vorgelegt. 46 Berichte wurden zusammengefaßt ausgewertet. Davon gaben lediglich 15 an, die Mindestlohn-Forderung des EG-Kodex zu erfüllen. Bei der jetzigen Anhörung forderte der DGB die Verpflichtung der Kapitalisten, jährlich Berichte anzufertigen. Empört wies BDI-Sprecher Pfeifer diese Forderung zurück. Das marktwirtschaftliche System und das deutsche Gesellschaftsrecht gerieten dadurch in Gefahr, meinte er.

Die westdeutschen Imperialisten stehen im Kapitalexport nach Südafrika hinter Großbritannien und den USA an 3. Stelle. 30% ihrer Investitionen in Afrika sind in Südafrika angelegt. Nach einem Bericht der Bundesbank vom April 1980 hatten Ende 1977 westdeutsche Konzerne 803 Mio. DM Direktinvestitionen in 194 Tochtergesellschaften angelegt, vor allem in der Elektroindustrie, im Fahrzeug- und Maschinenbau und der Chemieindustrie. 34000 Arbeiter werden in diesem Betrieben beschäftigt. Die größten Einzelinvestoren sind Siemens mit 6500 Beschäftigten, VW (5200), Daimler-Benz (2500), BMW (1300), Hoechst (800) und Mannesmann (720). VW ist der größte Autoproduzent Südafrikas, Siemens steht in der Elektroindustrie an 2. Stelle hinter dem britischen General Electric Konzern.

Der Anspruch des EG-Kodex nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit wird im Licht der Wirklichkeit zur Farce. Von den insgesamt 2,6 Mio. schwarzen Arbeitern waren 1976 nur 5000 Facharbeiter, 2000 schwarze Lehrlinge wurden ausgebildet. Durchschnittlich betragen die Löhne schwarzer Arbeiter 25 – 30% der Löhne der Weißen. 1977 verdiente ein schwarzer Arbeiter in der Elektroindustrie 190 Rand im Monat (1 Rand = 2,20 DM) – das amtliche Existenzminimum betrug 150 Rand. Im Januar dieses Jahres wurden die Mindestlöhne auf 156 Rand im Monat bei einer 6-Tage-Woche angehoben; die Lebenshaltungskosten in den Städten liegen bei mindestens 170 Rand.

Am 25.6. setzten die 10000 schwarzen Automobilarbeiter nach zehntägigem Streik die Erhöhung ihrer Löhne um 20% durch. Für die VW-Arbeiter ist das ein Stundenlohn von 1,38 Rand. Am 19.6. hatte der Gesamtbetriebsrat von VW ein Solidaritätstelegramm an die 3500 streikenden Arbeiter im azanischen VW-Werk geschickt und ihnen seine Unterstützung zugesichert.



Bandproduktion bei Mercedes Südafrika. Der billigste Wagen kostete 1977 10000 Rand; der Jahreslohn eines Automobilarbeiters betrug 1885 Rand.

Die Rechtsanwälte führen den Kampf
an 3. Stelle. 30% ihrer Investitionen in
10000 Rand; der Jahreslohn eines Automobilarbeiters betrug 1885 Rand.

Die Rechtsanwälte führen den Kampf gegen die politische Treuepflicht

z.anl. Letzte Woche hat der Ehrengerichtshof in Bremen entschieden, daß keine Gründe vorliegen, der Assessorin Antje Linder die Zulassung zur Anwaltschaft zu versagen. Der Vorstand der Anwaltskammer hatte den vor 1½ Jahren gestellten Antrag abgelehnt, weil A. Linder in verschiedenen Auseinandersetzungen gegen den Staatsapparat aufgetreten war, zu der Zeit noch als beamtete Regierungsrätin, später wegen Unterstützung des KBW aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Kammer war zwar ständig bemüht zu betonen, mit Politik habe die Ablehnung nichts zu tun, sondern mit Menschlichkeit, Selbstbeherrschung und Respekt vor anderen.

Unter den Bremer Anwälten, ihren Organisationen und anderen Juristenzusammenschlüssen, ist die Auseinandersetzung über diese Stellungnahme die ganze Zeit breit geführt worden. Zu entscheiden war: Entspricht der von der Kammer vertretene Standpunkt dem Interesse und die Auffassungen der Anwaltschaft oder nicht und muß man sich dagegen wenden? Einheit bestand von Anfang an darüber, daß es nicht um „Würde", sondern um die politischen Treuepflichten der Anwaltschaft geht. Die Anwaltschaft hat seit jeher den Kampf gegen beamtenrechtsähnliche Pflichten geführt, bis auf die Periode des Faschismus, erfolgreich. Wie es aussieht, wird die Bourgeoisie mit ihrem neuerlichen Angriff in diese Richtung nicht leicht durchkommen. Auf einer a.o. Versammlung der Bremer Kammer Anfang des Jahres (ca. 170 Teilnehmer) haben 68 Anwälte den Standpunkt des Vorstands zurückgewiesen und die sofortige Zulassung von A. Linder gefordert. Ein weiterer Antrag, der wie der erste als Kern die politische Treueklausel zurückweist, die Entscheidung aber dem EGH überläßt, wurde mehrheitlich angenommen.

Des weiteren haben die beamtenmäßige Verpflichtung auf Staat und Verfassung per Beschlußfassung abgelehnt: Vereinigung demokratischer Juristen, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, APR Rechtspraktikanten und 27 Richter und Staatsanwälte aus der ÖTV.

Grundlage für den Zusammenschluß der Rechtsanwälte ist der Widerspruch zwischen dem Anwalt als Interessenvertreter des Mandanten und dem Staat. Interessenvertretung findet statt *gegen* den Staat. Dieser Widerspruch verschärft sich je mehr sich die gesellschaftlichen Widersprüche insgesamt veschärfen. In Strafverfahren ist das besonders augenfällig, hier hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren auch die meisten Einschränkungen von Rechten des Angeklagten und der Verteidigung vorgenommen. Aber auch in anderen Bereichen tritt der Interessengegensatz schroffer zutage, z.B. wenn sich die Massen gegen Mieterhöhungen zur Wehr setzen müssen oder in Kündigungsschutzprozessen alle Instanzen ausschöpfen, statt eine Abfindung anzunehmen.

Der Bourgeoisie wäre in dieser Lage recht, alle Prozeßbeteiligten zu Beamten zu erklären. Versucht wird das über die Mitwirkung des Staatsapparates in den Ehrengerichten. Dort wachen Berufsrichter neben Anwälten über die Ehre des Standes. Genutzt werden soll daneben die in den letzten Jahren eingetretene Verschlechterung der ökonomischen Lage der Anwälte, die über die staatliche Gebührenordnung gefördert wird. Die letzten beiden Anpassungen haben 1969 und 1975 stattgefunden. Viele Anwälte müssen sich überlegen, ob sie sich durch Wohlverhalten Pflichtverteidigungen verschaffen.

Eine wichtige und lehrreiche Erfahrung im Kampf um die Zulassung von A. Linder ist auch, daß man sich auf Teile des Justizapparates selber stützen kann. Richter und Staatsanwälte erhoffen sich offensichtlich nichts von der Ausdehnung der ihnen obliegenden Pflichten auf die Anwaltschaft.

z.gih. **Mitbestimmung bei Errichtung einer Telefonabhöranlage.** Die Installation einer Telefonabhöranlage kann gemäß §87 Abs. 1 Ziff. 6 BetrVG nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen. „Es handelt sich um die Einführung einer technischen Einrichtung, die dazu bestimmt ist, das Verhalten von Arbeitnehmern zu überwachen." (Arbeitsgericht Hamburg, Beschluß vom 22.4.80) Weiter führt das Arbeitsgericht aus: „Im Hinblick auf den überwachten Arbeitnehmer, in dessen Persönlichkeitsbereich eingegriffen wird, besteht aber kein Unterschied, ob seine Überwachung das erklärte Ziel der technischen Einrichtung oder nur ein Nebeneffekt ist und ob die aus der Überwachung gewonnenen Daten im Hinblick auf den Arbeitnehmer ausgewertet werden oder nicht. Eine Überwachung beginnt nicht erst mit der Auswertung der durch eine Überwachung ermittelten Werte."

z.zik. **Der Stadtrat von Dachau hat es mit 24 (CSU, Überparteiliche Gruppe, 1 SPD) zu 14 Stimmen (SPD) abgelehnt, die Errichtung eines Kulturzentrums der Sinti zuzulassen.** Dachau sei durch die KZ-Gedenkstätte und die dort geschehenen Greuel, die eng mit seinem Namen verbunden seien, ohnehin schon stark vorbelastet, erklärte der Oberbürgermeister. Wie berichtet, hatten die Sinti vor kurzem einen Hungerstreik auf dem ehemaligen KZ-Gelände durchgeführt, um vom bayerischen Innenminister Tandler das Eingeständnis zu erzwingen, daß die Akten der 1970 aufgelösten Landfahrerzentrale weiterhin durch die Behörden gegen die Sinti benutzt werden. Tandler hat das bis jetzt nicht zugegeben, aber in den anschließenden Debatten im Landtag kam heraus, daß diejenigen Akten, „die kriminalpolizeiliche Erkenntnisse enthielten", also alle, nicht vernichtet wurden. – Bereits vor der Stadtratssitzung waren in der örtlichen Presse 13 Leserbriefe gegen die Äußerungen des OB erschienen, nur 1, der den OB unterstützte. Über 100 Zuhörer, darunter Vertreter der Sinti, brachten auf der Sitzung ihre Kritik an dem Beschluß zum Ausdruck. Ein am Tag nach der Sitzung zur Unterstützung der Forderungen der Sinti gegründetes Komitee organisiert derzeit eine Unterschriftensammlung.

z.rua. **Das Finanzgericht Münster hat in einem Urteil vom 6.2.1980 entschieden, daß von der Gewerkschaft gezahlte Streikgelder nicht der Einkommensteuer unterliegen.** Es widerspricht damit einem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 30.10.1970, der den Bezug von

Ziel: Weltmeisterschaft in der Ausbeutung

Die Regierungen in der EG legen einen ganzen Schub neuer Krisenprogramme vor

z.rül.Brüssel. Wer ist der brutalste Lohnsenker, der rabiateste Steuer- und Versicherungskassenplünderer? Wer am rücksichtslosesten in der Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, in der Intensivierung der Schweißauspressung? Wer ist am schnellsten bei der Verwandlung der Gesellschaft in ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse, bei der Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte, bei der Ausdehnung staatlicher Zwangsarbeit?

Angestachelt durch die in allen imperialistischen Ländern verschärfte Krise, versucht jeder der in der EG zusammengeschlossenen Imperialisten, eine Spitzenstellung in der imperialistischen Konkurrenz zu gewinnen, verschärft sich der Kampf um die Vorherrschaft in der EG drastisch. Unter dem Schlachtruf der ,,Harmonisierung" der Ausbeutungsbedingungen in der EG zieht jede Bourgeoisie gegen die Arbeiter und Volksmassen ihres Landes zu Felde, um in der imperialistischen Konkurrenz des ,,Schlucken oder geschluckt werden" die Oberhand zu behalten.

Belgien: Zur ,,Verringerung des Haushaltsdefizits" plant die neue Regierung Martens, dieses Jahr 30 Mrd. bfr (ca. 1,9 Mrd. DM) nicht an die Sozialversicherungen auszuzahlen (s. Artikel S. 11). Mehrere Verbrauchssteuern, u.a. auf Benzin, wurden erhöht, eine Reihe von Konsumgütern einer höheren Mehrwertsteuer unterworfen. ,,Ertrag": 7,6 Mrd. bfr. Den Kapitalisten wird dafür die Mehrwertsteuer auf Investitionen ganz gestrichen. Arbeitslosenversicherung: Arbeitslose Frauen, deren Familien noch ein Einkommen über 3900 DM haben, werden aus der Arbeitslosenversicherung geworfen, als erster Schritt bei der Umstellung der gesamten Sozialversicherung auf ,,Familienbasis". Das Ziel bei der Arbeitslosenversicherung: alle Frauen rauszuwerfen, deren Mann oder Kinder noch ausgebeutet werden. Für 1981 ist eine ,,allgemeine Reform" der Lohn- und Einkommensteuer angekündigt. Schon dieses Jahr soll die Besteuerung der Sozialversicherungszahlungen ausgedehnt werden. Dafür will die Regierung u.a. die ,,Sanierung der Stahlindustrie" fortführen – bis 1982 erhalten die Kapitalisten 100 Mrd. bfr. Zur ,,Arbeitsbeschaffung" sollen die Kapitalisten je eingestellten Arbeitslosen monatlich umgerechnet 1300 DM erhalten. Dadurch sollen dieses Jahr 20000 Arbeitslose wieder ,,beschäftigt" werden. Schon jetzt sind 89000 Lohnabhängige zu Zwangsarbeit für die Kapitalisten verpflichtet. Sie erhalten 90% des gesetzlichen Mindestlohns, ihre Verträge sind auf 6 bis 12 Monate befristet.

Niederlande: Am 12.3. hatte die Regierung das neue Lohngesetz verabschiedet. Das Tarifrecht der Gewerkschaften ist bis 31.12.81 aufgehoben. Bis Ende 1980 sind Lohnerhöhungen untersagt. Als ,,Ausgleich" senkt die Regierung die Lohnsteuern ab 1. Juli um einheitlich 26 Gulden pro Monat. Zur ,,Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ,,prüft" die Regierung u.a. die Einführung von verpflichtenden ,,Orientierungsarbeitsplätzen" für arbeitslose Jugendliche. Die Teilzeitarbeit – 1979 waren 350000 oder 9% der Lohnabhängigen teilzeitbeschäftigt – soll ausgeweitet werden. Am 19.6. veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat der Regierung sein neues Gutachten. Um eine ,,dramatische De-Industrialisierung der Niederlande" zu verhindern, seien jährlich mindestens 7 Mrd. Gulden für die Kapitalisten erforderlich sowie eine weitere ,,Mäßigung der Lohnkosten". Ende Mai hatte die Regierung das seit 1919 bestehende Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben. Letzte Woche beantragte das Stahlmonopol Hoogovens die Zustimmung der Regierung zur Ausbeutung von 150 Frauen in Vollkontischicht in der Stahlproduktion.

Frankreich: Über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Plünderung der Versicherungskassen, insbesondere die ,,Reform" der Gesundheitsversorgung, das Rentnerbeseitigungsprogramm sowie die Versuche zur Abschaffung des Streikrechts im öffentlichen Dienst, haben wir bereits mehrfach berichtet. Das neue Kassenabkommen soll am 1. Juli in Kraft treten. Den Ärzten bleibt eine ,,Bedenkzeit" von einem Monat. Die drastischen Lohnsenkungen der letzten Jahre führten Anfang des Jahres zu einem ,,Dividendenboom', einem ,,Jahrhundertwein für die Aktionäre", wie die ,,FAZ" neidisch bemerkte.

Großbritannien: Über die Gesetze der Regierung gegen die gewerkschaftlichen Rechte der Lohnabhängigen, die Beseitigung von Kündigungsschutzrechten, die drastischen Steuererhöhungen und die Plünderung der Versicherungskassen haben wir bereits mehrfach berichtet. In ihrem neuesten Bericht zog die Zentralbank eine erste Bilanz: ,,Es bestehen Hoffnungen, daß die Lohnerhöhungen in der nächsten Runde beträchtlich niedriger sein werden als der Preisanstieg." Aber ,,die Profite (seien) bereits zu niedrig", die Lohnsenkung müsse beschleunigt werden. In den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst versucht die Regierung jetzt, Lohnabschlüsse von 14% zu erzwingen. Inflationsrate: 21%.

Italien: Seit Anfang April nahm die Regierung Cossiga bei den Finanzbourgeois weitere umgerechnet 50 Mrd. DM an Staatskrediten auf. 1973 bis 1978 hatte die Finanzbourgeoisie die Steuerplünderung bereits mehr als verdreifacht. Seitdem stieg das Lohnsteueraufkommen weiter mit einer Jahresrate von 40 bis 50%. Am 3. Juni setzte die Regierung das Gesetz Nr. 675 ,,zur Förderung der Umstellung und Umstrukturierung von Industrieunternehmen" in Kraft. Nach vorheriger Prüfung ihrer Anträge durch die Banken können die Kapitalisten jetzt 4000 Mrd. Lire, ca. 8,47 Mrd. DM, abrufen. Letzte Woche forderte Fiat-Kapitalist Agnelli die Abwertung der Lire und die Aufhebung von Kündigungsschutzrechten, um Massenentlassungen einleiten zu können. Wenige Tage später kündigte die Regierung zur ,,Begrenzung des Haushaltsdefizits" drastische Steuererhöhungen an, verbunden mit Lohnsenkungen. Der Mehrwertsteuersatz auf die meisten Lebensmittel und auf Bekleidung soll von 6% (teilweise 9%) auf 10% steigen, der ,,Normalsatz" von 14 auf 15%, der ,,erhöhte" Satz von 18 auf 20%. Damit diese Steuererhöhungen nicht ,,zu einer Erhöhung der Arbeitskosten führen", sollen 2 Punkte der ,,Scala mobile", der ,,Lohngleitskala", staatlich eingefroren werden: eine Lohnsenkung von etwa 10 DM pro Monat. Erst wenn die Gewerkschaften ,,freiwillig" sämtliche Erhöhungen der indirekten Steuern aus den ,,Preisanpassungsklauseln" der Tarifverträge streichen lassen, will die Regierung die Einfrierung aufheben. Die Kranken sollen durch eine ,,Selbstbeteiligung" an den Krankenhauskosten geplündert werden.

Für Dienstag rufen die Gewerkschaften zu einem Streik aller Industriearbeiter gegen die Regierungspläne auf.



Demonstration in Paris gegen das Kostendämpfungsprogramm im Gesundheitswesen. In allen EG-Staaten stehen die Lohnabhängigen in schweren Kämpfen.



Gipfeltreffen in Venedig. Die US-Imperialisten zetern, daß Carter die ,,europäischen Partner" noch nicht ausreichend an die Leine nehmen konnte.

Amerikanische Kommentare zum Weltwirtschaftsgipfel

z.lup. Genscher gegenüber der Time: ,,Wir tragen in Europa das Hauptgewicht der westlichen Verteidigung. Alle wesentlichen Entscheidungen des Bündnisses vom Beginn bis auf den heutigen Tag sind von uns aus Überzeugung mit veranlaßt und mitgetragen worden ... Wir sind Teil des Westens. Mit den westlichen Demokratien haben wir gemeinsame Ideale. Unser Platz ist deshalb an der Seite der Vereinigten Staaten und nicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Gerade weil wir Deutschen in einem geteilten Land leben, wissen wir um den unverzichtbaren Wert der Allianz."

Newsweek, 30. Juni, Die Risse übertüncht: ,,Die Schwierigkeiten im westlichen Bündnis sind mehr als bloß böses Blut zwischen den Führern. Weil die strategischen Interessen des Westens weit über Europa hinausgehen, bis hin zu den Ölfeldern des Mittleren Ostens und den Märkten der Entwicklungsländer, fragen sich einige Europäer, ob die NATO selber mit ihrem engen Schwerpunkt auf die Verteidigung des Atlantik noch gut genug arbeitet. In Venedig planten die Führer Frankreichs und Britanniens, die Idee eines neues NATO-Mechanismus in Umlauf zu setzen: Eine Kommission von amerikanischen, britischen, französischen und westdeutschen Botschaftern, die den Auftrag hat, militärische und diplomatische Aktivitäten des Westens über Europa hinaus zu koordinieren. Für viele Freunde der Vereinigten Staaten haben die in Venedig nur übertünchten politischen Differenzen und die ungelösten Zweifel über Jimmy Carters Führung nur die Notwendigkeit bekräftigt, nach einem besseren Weg zu suchen, um die Geschäfte des Westens zu betreiben."

Newsweek, Westdeutschlands Beziehungen mit Saudi-Arabien: ,,Die partnerschaftlichen Verhandlungen (des saudi-arabischen Königs Khalid) in Bonn standen in scharfem Kontrast zu den jüngsten Kontakten der Saudis mit Washington. Von der Rolle Amerikas in dem Camp-David-Prozeß angefangen, bis hin zu dem US-Fernsehfilm ,Der Tod einer Prinzessin' ist Riyadh durch fast alles verärgert worden ... Seine Befürchtungen sind noch verstärkt worden durch den Widerstand des Kongresses gegen Pläne der Administration, den Saudis Ausrüstungen zu liefern, die die Kampffähigkeit der F-15-Flugzeuge erhöhen würden, die sie in Washington gekauft haben. ,Jüngere Ereignisse haben gezeigt, wie gefährlich es ist, alle seine Eier in einem einzigen Korb zu haben', sagte kürzlich ein hoher saudischer Beamter. ,Wir wollen sie jetzt lediglich ein bißchen verteilen. Wer kann uns das übelnehmen?' Sicherlich nicht die Deutschen. Schmidt ist seit langem erzürnt über die Carter-Administration, und er geht zunehmend seinen eigenen Weg ... Das Gebiet der größten Übereinstimmung (mit Saudi-Arabien) wird in bezug auf die Versäumnisse der Carter-Administration bestanden haben."

New York Times, Die Führer auf dem Meer in Gondeles: ,,Wie der internationale Ölberater Levy ebenfalls feststellt, haben sich die öleinführenden Länder immer so verhalten, ,als seien sie in einer solch schwachen Lage, daß sie getrennt vorgehen und nach Vorteilen suchen müßten, indem sie sich mit allen Mitteln bei OPEC-Staaten lieb Kind machen, um die regelmäßige Ölversorgung zu sichern' ... ,Während die Vereinigten Staaten in der Lage sein könnten, mit einer anhaltenden Unterbrechung der Ölversorgung vom Golf fertig zu werden, indem sie drastisch den Gürtel enger schnallen', fährt Levy in seiner zurückhaltenden Analyse fort, ,ist dies ausdrücklich nicht der Fall für Westeuropa und Japan, und die schiere Möglichkeit eines solchen Ereignisses bildet einen der wichtigen Faktoren, die diese Nationen davon abhalten, die US-Politik zu unterstützen.' "

Pierre Lellouche, Französisches Institut für internationale Beziehungen, in Newsweek: ,,Amerika scheint von einem Extrem ins andere zu gehen: von der rosaroten Politik der Entspannung der 70er Jahre zu der streitsuchenden Politik der Konfrontation. Das Hauptproblem, von einer europäischen Perspektive aus betrachtet, ist, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr die militärischen Mittel haben, eine neue Politik des Containment (Eindämmung) durchzuführen ... Mit lauter Stimme zu sprechen, wenn man einen kleinen Stock trägt, ist riskant und ineffektiv. Eine ausgewogene Politik, die Stärke mit Dialog verbindet, muß gemeinsam definiert werden. Dringend nötig ist eine Neudefinition der Allianz, die die strategischen Realitäten unserer Zeit berücksichtigt: Amerikas abnehmende Macht, Europas Verwundbarkeit und die zunehmende Bedrohung durch die Sowjets außerhalb des NATO-Gebietes."

Streikgeldern als Entschädigung seitens Dritter bzw. als sonstige Einkünfte aus Leistungen betrachtete und zur Einkommensteuer veranlagte. Das FG Münster stellt fest, daß Streikgelder nicht als Entschädigung seitens Dritter betrachtet werden können, da sie von den Gewerkschaftsmitgliedern über Beiträge erbracht werden und zum Zweck der wirtschaftlichen Sicherstellung im Falle eines Streiks verwandt werden. Von ,,sonstigen Einkünften aus Leistungen" könne nicht die Rede sein, da ,,die Arbeitsniederlegung nicht erfolgt, um die Streikunterstützung zu erhalten". Zudem seien die Gewerkschaften bereits körperschaftsteuerpflichtig, eine Doppelbesteuerung der gezahlten Beträge gemäß §22 des Einkommensteuergesetzes von 1920 unzulässig. Dezent deutet das FG Münster an, daß ,,der Gesetzgeber bei zahlreichen Neufassungen des Gesetzes Gelegenheit gehabt hätte, eine Änderung vorzunehmen".

z.ros. **Gegen den ausdrücklichen Willen des Deutschen Städtetages hat der Bundestag am 26.6.80 die 4. Novelle zum Bundessozialhilfegesetz beschlossen.** Auf Initiative des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit wurde ein Mehrbedarfszuschlag von 21,42 DM pro Kind und 92,40 DM für Alleinerziehende für Sozialhilfeempfänger mit Kindern unter 16 Jahren verabschiedet. Dies soll die Gemeinden 250 Mio. DM mehr für Sozialhilfe kosten. Durch den Verweis auf die Kindergeldleistungen des Bundes sollen die Gemeinden getröstet werden. Da das Kindergeld als Einkommen auf die Sozialhilfe angerechnet wird, kommen die Sozialhilfeempfänger nie in den Genuß der Kindergelderhöhungen. Aus der Tabelle geht hervor, daß das Kindergeld erheblich höhere Steigerungen hatte als die Sozialhilfe. Erst die Nicht-Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe wird für die Sozialhilfeempfänger Entlastung schaffen.

Sozialh.-sätze in Schlesw.-Holst. (DM)	1975	Erhöh. bis 1980
Haushltsvorst.	254	54
0 – 7 Jahre	114	25
8 – 11 Jahre	165	35
12 – 15 Jahre	191	40
16 – 21 Jahre	229	41
ab 22 Jahre	203	37
Kindergeld (in DM)		
1. Kind	50	0
2. Kind	70	30
ab 3. Kind	120	80

z.gih. **,,Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herbert Ehrenberg (SPD), empfiehlt der Bundesregierung ein Verbot der Leiharbeit für den Bereich der Bauwirtschaft,** weil auf andere Art und Weise Ordnung in diesem Bereich nicht herzustellen ist." (Frankfurter Rundschau, 16.6.80) – Am 18.6. antwortet Ehrenberg auf einen Brief von Bauarbeitern aus Wilhelmshaven: ,,Ein vollständiges Verbot der Arbeitnehmerüberlassung hat bis 1967 bestanden. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Verbot jedoch aufgehoben, weil es gegen das Grundrecht der Freiheit der Berufswahl nach Artikel 12 Grundgesetz verstößt ... Jeder Verleiher braucht eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit, die nur nach sorgfältiger Überprüfung der Erfüllung seiner Arbeitgeber- und Sozialversicherungspflichten erteilt wird. Bei seiner Geschäftsausübung ist der Verleiher einer ständigen Kontrolle der Bundesanstalt für Arbeit unterworfen. Es gelten eine Reihe von Schutzvorschriften für den Leiharbeitnehmer ... Unabhängig davon dränge ich immer wieder darauf, daß die vielen schon heute illegalen Praktiken in diesem Bereich noch energischer bekämpft werden." – Vom Verbot der Leiharbeit ist hier keine Rede mehr, obwohl ihm die Bauarbeiter gerade als Mitglied der IG Bau, Steine, Erden geschrieben haben, damit er den Beschluß des letzten Gewerkschaftstages nach Verbot der Leiharbeit unterstützt.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Maiskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

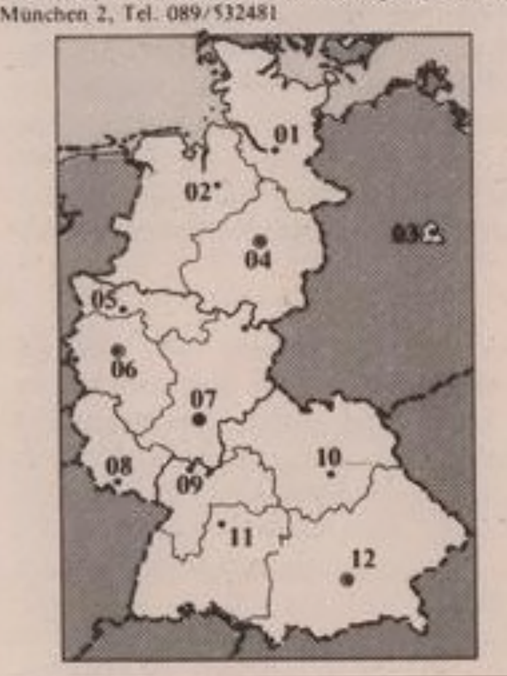
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hob. **Am 23.6. wurde offiziell bestätigt, daß auf dem ehemaligen Gelände der Lonal-Kampfstoffabrik in Westberlin-Haselhorst hochgiftige Chemikalien aus dem 2. Weltkrieg vergraben sind.** ,,Äußerst fachmännisch", erklärte die Polizei. U.a. wurde Phosgen gefunden, ein tödliches Lungengift. Nach den Angaben eines Vertreters der Bausenatsverwaltung hat es bereits 1971 alarmierende Hinweise auf den Bestand solcher Lagerstätten gegeben: Nachdem Arbeiter in einer Grube Büsche und Laubwerk verbrannt hatten und wegen giftiger Dämpfe ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, seien auf eben diesem Gebiet eine ein Meter hohe Schicht gelber Kristalle festgestellt worden. Schon in den Akten des Nürnberger Kriegsverbrecher Prozesses ist belegt: Chemische Kampfstoffe wurden ,,in Zusammenarbeit der I.G. Farbenindustrie A.G. mit dem OKH im Jahre 1935 in Ludwigshafen entwickelt – Fabrikationsstätten befanden sich schon 1938 bei den Firmen Lonal in Berlin ...". Chemische Kampfstoffe auf dem ehemaligen Lonal-Werksgelände von der Großindustrie ,,fachmännisch" vergraben, vom Senat einfach zugeschüttet und von den britischen Besatzern, die für die Bergung chemischer Kampfstoffe zuständig sind, nicht vernichtet, das sind die Tatsachen. Im letzten Jahr meldeten sich zwei der 1971 verletzten Arbeiter bei der Polizei. Erst dreiviertel Jahr später leitete der Senat Bodenuntersuchungen ein. Vom 25.6. an übernahm die britische Militärbehörde die Bergungsarbeiten. Es wurde eine absolute Nachrichtensperre verhängt. Bekannt wurde jedoch, daß der Arsengehalt der umliegenden Gewässer das Dreifache des zulässigen Höchstwertes übersteigt; dies bestätigte der zuständige Beamte der Wasserwirtschaftsbehörde.

halt der umliegenden Gewässer das Dreifache des zulässigen Höchstwertes übersteigt; dies bestätigte der zuständige Beamte der Wasserwirtschaftsbehörde.

b.beu. **Die Stadt Flensburg hat durch die Streichung von Dusch- und Bademöglichkeiten in der östlichen Altstadt 1975 und in der nördlichen Altstadt am 2.10.77 den Bewohnern in diesem Bereich die Möglichkeit genommen, sich unter einigermaßen günstigen Umständen zu baden.** Die Volksbäder am Dammhof und am Nordertor wurden nach Aussage der Stadt Flensburg wegen zu hoher Unkosten eingestellt und die Wannen vom Volksbad am Nordertor ins Städtische Hallenbad installiert, wo die Möglichkeit zum Baden durch vierwöchentliche Schließung des Hallenbades im Sommer auch noch eingeschränkt wird. – Gerade in der nördlichen und östlichen Altstadt, wo der Bestand an Wohnungen ohne Bad am höchsten ist (45% aller Wohnungen in Flensburg ohne Bad, Lübeck 36%), sind die Volksbäder notwendig. Da die Besucherzahl im Hallenbad 1974 von 211000 auf 178000 im Jahre 1977 sank, liegt der Verdacht nahe, daß die Stadt durch die Verlegung der Volksbäder das Hallenbad rentabler machen wollte, was wohl nicht gelang (1979: 156000 Besucher). Die Benutzung der Volksbäder sank von 39890 im Jahre 1964 auf 7570 im Jahre 1979, was seine Ursache in der Verlegung hat. Solange keine ausreichende Bademöglichkeit in den Wohnungen gewährleistet ist, muß die Stadt Flensburg Volksbäder in den betreffenden Stadtteilen zur Verfügung stellen.

b.güt. **Zum Tarifabschluß von 7,1% in der chemischen Industrie Hamburg erklärte der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) auf der Betriebsversammlung am 26.6.80:** In der Hamburger chemischen Industrie steigen mit jeder Tariflohnerhöhung durchschnittlich ca. 60% des übertariflichen Lohns um den gleichen Prozentsatz mit. In einigen Betrieben (z.B. Beiersdorf) konnte bislang jede Tariflohnerhöhung voll auf den Effektivlohn übergewälzt werden. Bei HAW sind die übertariflichen Zulagen seit Jahren eingefroren. Der Betriebsrat kündigte an, daß er in der nächsten Zeit mit der Betriebsführung über die betriebliche Absicherung der außertariflichen Zulagen und die Anbindung an die Tariflohnsteigerung verhandeln wird. Der Sekretär der IG Chemie H. Döpke erklärte, daß schon jetzt die Tarifrunde 1981 vorbereitet werden müßte.

b.hoo.Kiel. **Bis Anfang 1981 wird zunächst die öffentliche Rechtsberatung der Stadt Kiel durch Rechtsanwälte weitergeführt.** Das ist Resultat einer Absprache der Stadt Kiel mit dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer, der seine standesrechtlichen Bedenken gegen die Mitwirkung von ca. 30 Anwälten bei der Stadt ,,vorerst" hat fallen lassen. – Grundsätzlich ist richtig, daß die Rechtsanwaltschaft gegen staatlich organisierte Beratungsstellen auftritt. Allerdings ist das gesellschaftliche Bedürfnis nach kostenloser rechtlicher Beratung groß und z.Zt. nirgends befriedigt. Die Beratungsstelle im Rathaus ist da leider noch ungleich attraktiver als die des Anwaltsvereins in der Weberstraße: sie ist zentraler gelegen, es werden auch Schreiben für die Ratsuchenden erledigt, Armenrechtszeugnisse können ausgestellt werden. Über 100 Kieler Bürger pro Woche suchen deshalb Rechtsrat im Rathaus, 6-7mal so viel wie beim Anwaltsverein. Die Stadt streicht aber 8 DM pro Termin ein, bei durchschnittlich 10-12 Ratsuchenden an einem Nachmittag knapp 100 DM. Staatliche Aufsicht lugt überall hervor: über die Ratsuchenden werden Karteikarten geführt, auf denen der Inhalt der Beratung genau vermerkt wird. – Eintreten muß man daher für eine Beratung durch einen Anwalt freier Wahl, ohne jede staatliche Kontrolle, bei Bezahlung durch den Staat.

b.her. **Die im Bau befindliche U-Bahn-Haltestelle ,,Niendorf Markt" soll als ,,Mehrzweckbau für den Zivilschutz" hergerichtet werden.** So lautet ein Antrag des Hamburger Senats vom 10.6.80 an die Bürgerschaft. Die aufzubringenden ,,zivilschutzbedingten Mehrkosten" betragen 4 Mio. DM für 3300 Schutzplätze. 2772000 DM will der Bund 1983/84 in zwei Raten zu je 50% zahlen, zunächst muß Hamburg diese Summe vorfinanzieren. Ab 1984 soll das Bezirksamt Eimsbüttel die zivilschutztechnischen Anlagen für 50000 DM jährlich bewirtschaften und unterhalten.

b.abc. **Vorwiegend Jugendliche aus dem Innenstadtbereich haben sich zu einer Punk-Rockergruppe zusammen-**
DM jährlich bewirtschaften und unterhalten.

b.abc. **Vorwiegend Jugendliche aus dem Innenstadtbereich haben sich zu einer Punk-Rockergruppe zusammengeschlossen.** Die Kieler Nachrichten berichteten über sie nur in Zusammenhang mit Sachbeschädigung und Körperverletzung. Dies wiederum veranlaßte die FDP zu einer Anfrage in der Ratsversammlung am 12.6.80 zum Thema ,,Rockerproblem". Die Punk-Rocker haben inzwischen einen Verein gegründet, der ihrem Interesse nach einem eigenen Haus Nachdruck verleihen soll. Gerade in der Innenstadt ist der Mangel an Räumen für Jugendliche seit Jahren bekannt. Dem entsprechend besuchten mehrere Punker die Ratsversammlung, um die Antwort auf die FDP-Anfrage zu hören. CDU-Ratsherr Zimmer sieht die Lösung des ,,Rockerproblems" in hartem Vorgehen durch die Polizei und ,,Einzelfallhilfe" durch das Jugendamt. Inzwischen gibt es zwischen beiden Stellen einen regen Informationsaustausch. Die polizeimäßige Observierung der Punk-Rocker kann nur verhindert werden, wenn sie sich mit allen betroffenen Jugendlichen zusammenschließen zur Durchsetzung eines eigenen Hauses.

b.khe. **Flensburg. Gegen den Willen vieler Einwohner soll eine Panzerstraße durch Arnis gebaut werden.** Die kleine Stadt (600 Einwohner) an der Schlei liegt für die Nato-Streitkräfte strategisch günstig zwischen dem Marinestützpunkt Olpenitz und Süderbrarup, dem Standort des mit Hawk-Raketen ausgerüsteten Flugabwehrraketenbataillons 39. In Olpenitz sind Schnellboote stationiert, die im Krieg für schnelle Vorstöße in der Ostsee wichtig sind und daher besonders gesichert werden müssen. Die geplante Panzerstraße würde im Falle einer Zerstörung der Schleibrücke bei Kappeln eine Schnelle Verbindung sicherstellen. Die bürgerlichen Parteien zeigten sich verschiedener Meinung. Die FDP biederte sich bei den Arnissern an, indem sie sich unter Hinweis auf das Stadtbild gegen die Panzerstraße aussprach. Die SPD wirbt mit der Aussicht auf einen mit der Straße anfallenden Radweg für das Projekt.

b.ene. **75 türkische Kollegen, die beim Berufsfortbildungswerk (BFW) eine ,,Maßnahme zur beruflichen und sozialen Eingliederung"(MSBE) absolvieren haben nach dem Rausschmiß einer Lehrerin während der Schulzeit eine gemeinsame Versammlung mit den Schulsprechern durchgeführt und sind anschließend zum Arbeitsamt gezogen.** Die Lehrerin hatte sie bei ihren Forderungen gegenüber dem Arbeitsamt und der Schulleitung unterstützt. Sie war noch in der Probezeit. Die Versammlung forderte ihre sofortige Wiedereinstellung. Da der Schulleiter während der Versammlung das Haus verließ, konnte er nicht aufgesucht werden. Die Klassensprecherkonferenz des BFW hat mittlerweile beschlossen, noch vor den Ferien eine Vollversammlung durchzuführen, auf der über einen eventuellen Unterrichtsboykott nach den Ferien beraten werden soll, wenn die Lehrerin nicht wieder eingestellt wird. Die türkischen Kollegen nutzten ihre Versammlung noch zur Beratung über weitere dringende Forderungen gegenüber Arbeitsamt bzw. Schule. Bei dem gemeinsamen Besuch beim Arbeitsamt wurde erklärt, daß alle diejenigen, die bei der Einreise in die BRD jünger als 18 waren, nach der Maßnahme eine Arbeitserlaubnis bekommen. Es soll überprüft werden, ob Ausbildungsbeihilfe, die viele Kollegen zu bekommen haben, noch nicht ausgezahlt sind und dann die sofortige Auszahlung gefordert werden. Eine Delegation der Kollegen hat außerdem beim Schulleiter die Einrichtung von Werkstätten gefordert.

b.hek. **Die IG Metall will in ganz Schleswig-Holstein Tätigkeiten zur Durchsetzung der Forderung nach Streichung der Lohngruppe II durchführen.** In betriebsspezifischen Aktionen, öffentlichen Veranstaltungen und mit der Darstellung der Einkommensverhältnisse der Frauen soll die Streichung der Lohngruppe II in den Tarifauseinandersetzungen erreicht werden. Der Lohn in dieser Lohngruppe beträgt gegenwärtig 7,53 DM pro Stunde, mit der 16%igen Zeitlohnzulage sind das 1511,12 DM im Monat. In dieser Lohngruppe sind ca. 2000 Frauen in Schleswig-Holstein beschäftigt.

b.chv. Kreis Plön. **Die Gemeindeverwaltung Schönkirchen bestellt Aufsichtspersonen für Kinderspielplätze.** Seit ca. 7 Jahren werden die öffentlichen Kinderspielplätze von Rentnern für ein Entgelt von 30 DM monatlich im Auftrag der Gemeindeverwaltung beaufsichtigt; ihren Anweisungen ist Folge zu leisten. Diese Maßnahme, so die Gemeindeverwaltung, diene einzig und allein dem Schutz der Spielgeräte und der Vertreibung von Jugendlichen, die dort ihre Treffpunkte haben. Diese Hilfspolizisten sind bei den Kindern gefürchtet und bei den Jugendlichen verhaßt. Sie meinen, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung wäre besser als eine polizeiliche Überwachung ihrer Freizeit.

b.stb. **Neues Gespräch über die Autorennbahn Schachtholm.** Dazu hat die Stadt Rendsburg den ADAC für diese Woche eingeladen. Der ADAC hat angekündigt, die Stadt Rendsburg auf Erfüllung des Pachtvertrages über das Gelände für die geplante Autorennstrecke Schachtholm bei Jevenstedt zu verklagen. Zugleich hat er gegebenenfalls Schadensersatzforderungen von über 1000000 DM erhoben. Die Stadt Rendsburg ist Privateigentümer des Geländes. Es gehört zur Gemeinde Hörsten, deren Siedlungsgebiet jedoch auf der anderen Seite des Kanals liegt. Nach ihrem Beschluß, den Pachtvertrag mit dem ADAC zu kündigen, bekommen jetzt anscheinend einige Rendsburger Ratsmitglieder kalte Füße. Die FDP meint, man müsse den Bau der Rennstrecke neu diskutieren, falls die hohen Forderungen des ADAC beim Gericht durchkommen. Anstelle solcher Einlenkungsmanöver hat die ,,Interessengemeinschaft Rennplatzgegner" den ADAC in der Landeszeitung aufgefordert, auf seine Ansprüche zu verzichten. Sie will für diese Forderung möglichst viele ADAC-Mitglieder gewinnen.

r.bia. **Der Olympia-Betriebsrat lehnt die Massenentlassungen von 350, hauptsächlich Angestellten, ab.** Zu der Ablehnung war es gekommen, nachdem die Geschäftsleitung angekündigt hatte, sie wolle nach den Sommerferien 175 neue Arbeiter einstellen, gleichzeitig jedoch die geplanten Entlassungen durchsetzen. Trotz der drohenden

Absatzrückgang kein Zeichen für Krise

Verschärfter Konkurrenzkampf der Automobilkapitalisten um den ,,Mittelklassemarkt"

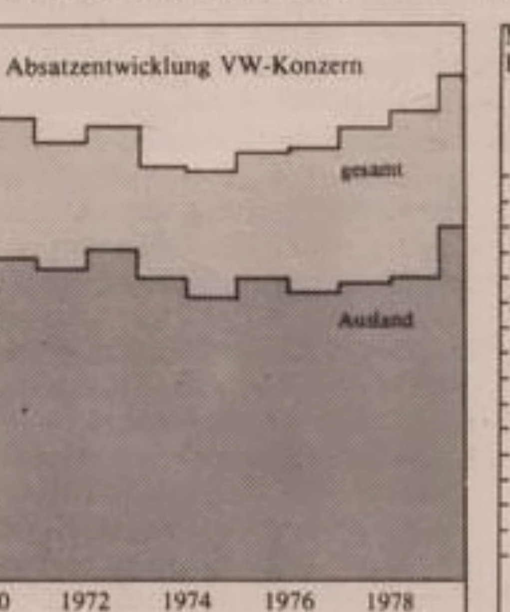
r.pee. Auf der letzten Betriebsversammlung VW, im März 1980, hatte der Vorstandsvorsitzende Schmücker offiziell der Belegschaft erklärt, daß er beim Betriebsrat Sonderschichten beantragt hat. 120000 Fahrzeuge haben gefehlt. Einen Teil wollte er durch sechs Sonderschichten im Wolfsburger Werk produzieren lassen, einen anderen in Emden, sowie durch erweiterten CKD-Zusammenbau in den europäischen Auslandswerken. Jetzt, kurz vor den Betriebsversammlungen und der Aktionärshauptversammlung am 4.7.80 wird bekannt, daß angeblich eine Krisensitzung stattgefunden habe, auf der einschneidende Maßnahmen wie Kurzarbeit, Einstellungsstop und Kürzung der Investitionsvorhaben beraten worden sein sollen. Kurz darauf werden diese Meldungen von Vertrauensleuten anderer Bereiche als ,,Gerüchte" dementiert. Schmücker habe noch in der letzten Woche gegenüber dem Betriebsrat erklärt, daß bis 1990 die Arbeitsplätze gesichert seien. 480000 Fahrzeuge seien bestellt, die Auftragsbücher voll.

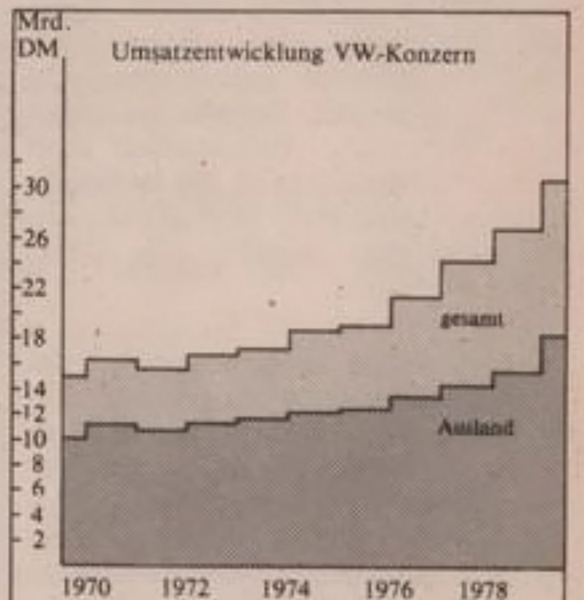
Fakt ist: Die Automobilkapitalisten haben auf dem Markt Einbrüche zu verzeichnen (das ist alle 4 bis 6 Jahre so, Schmücker rechnet mit 10%). Der Inlandsabsatz ist bei VW um 6% gesunken, und auch auf den europäischen Auslandsmärkten geht der Absatz zurück. Vornehmlich in der oberen Mittelklasse sinkt der Absatz. Dort ist insgesamt der Absatz von 46,5% 1978 auf 39,4% 1979 gesunken. Bei den Kleinwagen ist der Absatz im gleichen Zeitraum um 3,5% auf 16,6% gestiegen. Die Marktanteile spiegeln sich wie folgt wieder:

	1978	1.Halbj.79	2.Halbj.79
VW	30,3%	31,6%	31,4%
Ford	13,9%	12,5%	10,9%
Opel	19,4%	18,6%	17,1%

Die westdeutschen Automobilkapitalisten geben an, daß 13% weniger als im Vorjahr exportiert und im Mai 17% weniger produziert wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Produktion um 8% zurück.

Eine Krise in der Automobilindustrie? Mit Sicherheit besteht die *Tendenz* dahin. Wie aus den nebenstehenden Schaubildern ersichtlich, ist in der VW-Krise 1974/75 zwar der Absatz gefallen, aber auf Konzernebene nicht der Umsatz, der ist gestiegen – in den laufenden Jahren immer stärker als der Absatz. Noch ist nicht abzusehen, wie tief die Einbrüche im Absatz ausfallen werden. Es zeichnet sich der verschärfte Konkurrenzkampf der westdeutschen Automobilkapitalisten untereinander ab, wobei VW am Zuge ist und trotz Absatzrückgang die Marktposition verbessern konnte. Schmücker wird jetzt versuchen, die Arbeiter für die verschärfte Konkurrenzschlacht zu gewinnen. Das wird man ihm auf der Betriebsversammlung versalzen müssen.





VW-Arbeiter weiter im Streik für Erhöhung der Mindestlöhne bei VW-Southafrica

VW-Arbeiter weiter im Streik für Erhöhung der Mindestlöhne bei VW-Southafrica

r.gea. ,,Kapstadt, 26.6. – Die drei größten Autofabrikanten in Südafrika – Ford, General Motors und Volkswagen – haben gedroht, ihre Pforten definitiv zu schließen. Sie taten dies, nachdem die Verhandlungen mit streikenden schwarzen und farbigen Arbeitern abgebrochen wurden und erneut gestreikt wurde. Die Arbeiter der drei Fabriken (in Uitenhage im Osten der Kapprovinz) haben die angebotenen Lohnerhöhungen der Arbeitgeber verworfen.

Die Führer der Arbeiter riefen ihre Kollegen auf, heute die Arbeit niederzulegen, wenn ihre Forderungen nach einem Minimumlohn von 2 Rand pro Stunde (ungefähr 4,40 DM) nicht erfüllt wird. Sie verwarfen das Kompromißangebot von 1,40 Rand pro Stunde, das Dienstag in den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und der nationalen Gewerkschaft der Arbeiter in der Automobil- und Gummiindustrie herausgekommen war" (aus einer belgischen Nachmittagszeitung, die in Brüssel erscheint).

Die 3500 VW-Arbeiter in Uitenhagen bei Port Elizabeth in Azania (Südafrika) standen seit Anfang vorletzter Woche im Streik. Außerdem streikten weitere 4000 Arbeiter bei neun anderen Automobil- und Zulieferbetrieben. Sowohl die mexikanischen, die US-amerikanischen, die Brüsseler – als auch dies Jahr schon die brasilianischen VW-Arbeiter – haben wiederholt im Streik gestanden gegen die Lohndrückerei des VW-Konzerns. 133 Arbeiter von VW do Brasil sind nach dem Streik – angeblich auf Druck der Regierung – entlassen worden. Aus einem Artikel ,,Der Gewerkschafter 6/80" geht hervor, daß der Unternehmerverband in Brasilien auf die Illegalisierung des Streiks hingewirkt hat und ,,führender Kopf der FIESP (Unternehmerverband) und der die Großbetriebe vertretenden Gruppe der 14 ist Vorstandsmitglied von VW do Brasil".

In der Financial Times vom 27.6.80 hieß es: ,,Volkswagen setzt auf zwei Faktoren zur Beendigung des Streiks, ...erstens: die Motor Assembly and Rubber workers Union (Gewerkschaft der Arbeiter in Automontage und Gummi), die die Arbeiter vertritt, hat nur begrenzte Geldmittel, um ihnen den Lohnverlust zu ersetzen. Zweitens: Arbeiter in den Ford- und General Motors-Werken in der Nähe, für die derselbe Tarifvertrag wie für VW gilt, beschlossen am Mittwoch, sich am Streik nicht zu beteiligen", sie verschweigen, daß dies eine vorläufige Entscheidung ist, um alle Kraft auf VW zu konzentrieren.

Auf die Frage, ob die Gewerkschaften entschieden haben, vorerst bei Ford und General Motors nicht zu streiken, bekamen wir von einem Sprecher des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) am 27.6. die Auskunft, daß das stimmt. Er schränkte zugleich ein, daß dies auf Gesprächen mit Funktionären der Gewerkschaft von Genf aus beruht, die Entwicklung an der Basis anders sein könne. Die Regierung hätte noch nicht eingegriffen; die Männer sind im Streik, die nächsten Verhandlungen stehen im Industrial Council, zuständig für diese Branche, am 4. Juli an.

Zugleich wurde mitgeteilt, daß der IMB eine Menge Geld für sie sammelt, denn die wichtigste Sache im Augenblick ist eindeutig die finanzielle Unterstützung der Familien der Streikenden. Ebenfalls werden vom Generalsekretär des IMB Gespräche mit Vorstandsmitgliedern von Volkswagen in Deutschland geführt und auch die IGM setzt sich für die Forderungen ein. Eine erste Sendung mit 50000 Franken ist abgegangen. Die dänischen Metallarbeiter haben 50000 Kronen geschickt. Ebenso haben die holländischen, französischen, neuseeländischen Gewerkschaften und die IGM Geld geschickt.

Nach Auskunft des IMB-Sprechers geht VW jetzt offensichtlich dazu über, mit psychologischen Mitteln oder ,,Mitteln der psychologischen Kriegsführung", den Streik aufzuweichen. In den Zeitungen wurden Anzeigen und große Fernseh- und Radiostatements verbreitet, daß die Werkstore wieder geöffnet werden (am 27.) und die Leute zurückkommen sollen, daß ein substantielles Angebot gemacht worden sei und derartiges. Auf die Dauer wird das schon Druck machen, weil die Gewerkschaft über wenige eigene Mittel verfügt und bis jetzt eben noch kein Geld kam. Es waren aber nur 60 Arbeiter durch die geöffneten Tore gegangen, schwarze, das sind bei 3500 Streikenden natürlich nur sehr wenige.

Strafvollzug 2000 – Niedersachsen, ein Modell für Deutschland

r.klm. Bei der Eröffnung des neuen Jugendgefängnisses in Hameln-Tündern, der „modernsten Jugendstrafanstalt Europas“, erklärte der niedersächsische Justizminister Schwind am 27.6.1980: „Wir brauchen ein koordiniertes Kriminalitätsbekämpfungsprogramm des Bundes und der Länder, das von der Kriminalitätsvorbeugung bis zum Behandlungsvollzug und zu einer wirksamen Hilfe für den Entlassenen reicht. Niedersachsen versucht auf diesem Wege einen Anfang zu machen.“ Carstens ließ es sich nicht nehmen, als erster Bundespräsident bei der Einweihung eines Gefängnisses dabei zu sein: „Diese neue Jugendanstalt soll helfen, die Jugendlichen auf das richtige Gleis zu bringen.“

1978 holte sich Ministerpräsident Albrecht Schwind in sein Kabinett: „Mit besonderer Aufmerksamkeit wird sich die Landesregierung um die Probleme des Strafvollzuges kümmern“ (Regierungserklärung).

Schwind hat Vorbilder. In seinem Buch „Strafvollzug in der Praxis“ sieht er die Durchsetzung des Erziehungsgedankens in den Vorstellungen eines John Howard (1726), den er als einen „bald in der ganzen Kulturwelt verehrten Menschenfreund“ bezeichnet, und hebt hervor: „Seine Reformvorschläge sehen vor allem ... vor: Isolierung der Gefangenen bei Tag und Nacht, verbunden mit ständigem Arbeitszwang, Zahlung von Arbeitsbelohnung und Gewährung von Hausgeld und Einkauf und einer Rücklage für den Tag der Entlassung ... und die Errichtung eines Stufenvollzuges in der Weise, daß sich Gefangene durch Wohlverhalten und Fleiß in eine höhere Stufe des Vollzuges hochdienen re Stufe des Vollzuges hochdienen können ... bei schlechtem Verhalten und Faulheit hingegen ‚in eine härtere Classe‘ degradiert werden können.“ Weiter zitiert er Franz v. Liszt: „ – den besserungsfähigen Verbrecher zu bessern versuchen, den nicht besserungsbedürftigen abschrecken und den nicht besserungsfähigen Verbrecher unschädlich machen.“

Vor der Einweihung der Jugendstrafanstalt Hameln gab er eine Erfolgserklärung vor dem Landtag ab, in der er das Jahr 1976 mit dem Jahr 1980 verglich: Erhöhung des Wachpersonals um 30%, der Psychologen, Soziologen und Pädagogen um 102%, Sozialarbeiter 111%, Investitionen für Betriebe zur Ausbeutung der Gefangenen um 97%. Bauliche Veränderungen gab es in Celle (Isolierstationen). Zwei neue Gefängnisse (Celle II und Hameln) schufen 800 Haftplätze. Neubauten von Werkhallen in Falkenrott und Verßen sowie Umbauten in Lingen, Hannover und Vechta.

Flankierend schuf er neue Ressorts in seinem Ministerium.

1. Der „Referatsgruppe Planung und Forschung“ unterliegt der Aufbau der Entlassenenhilfe. Mit einem „Resozialisierungsfonds“ sollen die Entlassenen durch Darlehen zur Schuldenregulierung unter der Kontrolle des Staatsapparates gehalten werden. Mit sogenannten „SOS-Stationen“ und „Sozialarbeitern auf Polizeistationen“ werden sie kontrolliert.

2. Das „Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN)“ betreibt Langzeitforschung. „Die Aufgabe besteht z.B. darin, festzustellen, ob die entlassenen Gefangenen, die im Vollzug einen Beruf erlernt haben, diesen auch später ausüben; wir wollen also untersuchen, ob sich die entsprechende Vollzugsinvestition auch gelohnt hat.“

3. Die „Justizvollzugsplanungskommission (JVPK)“ in der Abteilung IV des Ministeriums „hat die Aufgabe, Vorschläge zu der Frage zu machen, wie der Justizvollzug in Niedersachsen langfristig organisiert werden kann“.

Mit dem Resozialisierungsfond werden entlassene Gefangene durch Darlehen an Bank und Staat gebunden. SOS-Stationen sollen alle bisher freien Träger, wie z.B. die Arbeiterwohlfahrt, unter das Kommando Schwinds stellen. Sozialarbeiter auf Polizeistationen werden in Konfliktfällen eingesetzt. Das Forschungsinstitut begleitet alle Maßnahmen wissenschaftlich. In der Planungskommission sind Vollzugspraktiker, die ihre Erfahrungen in der Praxis künftiger Vollzugsmaßnahmen einbringen. Dies konnte sie bereits unter Beweis stellen: „Um mit Sicherheitsproblemen auch kurzfristig fertig werden zu können, wurde in Niedersachsen ein ‚besonderer Sicherheitsdienst‘ aufgebaut, eine ‚mobile Einsatzreserve‘ “.

Stolz verkündet Schwind vor dem Landtag: Im Vollzug „... liegt Niedersachsen inzwischen an der Spitze aller Flächenstaaten in Deutschland.“ In einigen Fällen „sogar an ‚einsamer‘ Spitze ... in Deutschland.“

War die Geschichte des deutschen Strafvollzuges für die Bourgeoisie seit über 100 Jahren eine Kette mißlunge- über 100 Jahren eine Kette mißlunge- ner und steckengebliebener Reformen, bietet Schwind ein Modell: „... eine interministerielle Arbeitsgruppe Kriminalpolitik ... in der Vertreter des Innenminsteriums, des Sozialminsteriums und des Kultusministeriums unter der Federführung des Justizministeriums zusammenarbeiten mit dem Ziel einer kriminalpolitischen Bestandsaufnahme.“ Kriminalitätsvorbeugung gehöre auch in die genannten Ressorts. „So gehöre z.B. die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, die potentielle Opfer berate, in das Ressort des Innenministers, die Integration der zweiten Generation der Ausländer (Schwind: „Unsere Neger“) ... sei Sache des Kultusministers und für den in Niedersachsen laufenden Modellversuch Erziehungsgeld, der zur Stabilisierung der Familie beitragen könne, sei der Sozialminister zuständig.“

Über die Behandlung im Vollzug mit Gewöhnung an Zwangsarbeit zu niedrigem Lohn, nach der Entlassung Kontrolle über „Hilfsangebote“ durch den Staatsapparat und ein Netz von Spitzelorganisationen sollen den Kapitalisten die Gefangenen als willfährige Arbeitskraft angeboten werden. Eine Hinderung sieht Schwind allerdings in der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaft, so überlegt er, müsse mit einbezogen werden. Da wird er seine Schwierigkeiten haben. Die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung der gefangenen Arbeiter nimmt immer weiteren Raum ein. So wurde sie am 1. Mai auf der Demonstration in Lingen getragen.

Verkehrspolitische Aufträge an Landesregierung

Unternehmensverband fordert beschleunigten Warenumschlag

b.thc. Die Kapitalisten von Schleswig-Holstein legten der Landesregierung in der letzten Woche ihre Forderungen zur Verkehrspolitik zur weiteren Bearbeitung vor: Vorrangig ist der Bau der Westküstenautobahn mit einer Elbüberquerung im Raum Brunsbüttel. – Im Schienenverkehr soll die Strecke Hamburg-Flensburg/Kiel, Hamburg-Westerland, sowie Hamburg-Lübeck-Puttgarden elektrifiziert werden. Ausgebaut werden sollen die Häfen Kiel und Lübeck sowie der Elbe-Lübeck-Kanal. Die Kapitalisten drängen, weil sie gegenüber ihren Konkurrenten wegen der „Randlage Schleswig-Holsteins Standortnachteile“ sehen. Deswegen kommt es ihnen darauf an, über eine Beschleunigung des Warenumschlages wenigstens einen Teil dieser Nachteile wieder wett zu machen. Zumal nur ca. 8% der in Schleswig-Holstein produzierten Waren auch dort auf den Markt gelangen. Das sind von 43 Mio. Tonnen 3,4 Mio.

Ihre Interessen im Einzelnen: Ausbau der *Westküstenautobahn*, vorläufig geplant bis westlich von Heide. Hierbei wären die von der Landesregierung als Mittelzentren ausgewiesenen Gebiete Heide, Meldorf, Brunsbüttel und Itzehoe ans Autobahnnetz angebunden. Die Forderung nach einer zusätzlichen Elbüberquerung bei Brunsbüttel ist für die Kapitalisten vor dem Hintergrund dringlich, daß ein erheblicher Teil des schleswig-holsteinischen Marktes in Nordrhein-Westfalen liegt und ein Großteil industrieller Güter von dort nach Schleswig-Holstein kommt. Vor allem Baustoffe und elektrotechnische Erzeugnisse. Das „Nadelöhr‘ Hamburg wäre umgangen und eine direkte Anbindung an die Überseehäfen Bremen, Wilhelmshafen erreicht. 1,8 Mio. Tonnen der 11,89 Mio. t auf Lastwagen transportierter Güter geht direkt von Schleswig-Holstein nach NRW. Parallel dazu soll die Eisenbahnstrecke Hamburg-Westerland elektrifiziert werden. Damit wäre Brunsbüttel als größter schleswig-holsteinischer Seehafen mit einem Güterumschlag von 26% = 7,366 Mio. t über das vollautomatische Stellwerk Maschen an das E-Schienennetz der Deutschen Bundesbahn angeschlossen.

Die geforderte *Elekrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg-Flensburg*“ hat eine zentrale Bedeutung zusammen mit der BAB 7 Flensburg-Hamburg die eine Sammelfunktion für den Nord-Süd-Verkehr hat, zumal dann, wenn die geplante Brücke über den Großen Belt fertiggestellt ist. Damit wäre der Bereich Dänemark/Südschweden und -norwegen als Absatzmarkt leichter erreichbar. Zusätzlich sollen die Zubringerstraßen in Ost-West-Richtung ausgebaut werden. Die Landesregierung fordert von der DB dabei gleich die Beseitigung des Sackbahnhofes Altona. Mit einem Ableger der elektrifizierten Strecke Neumünster-Kiel wäre dann das „Industriedreieck“ Rendsburg-Kiel-Neumünster abgedeckt, womit die Häfen Rendsburg (Nord-Ostsee-Kanal), Kiel und Flensburg ans E-Netz der Bundesbahn angeschlossen wären.

Der dritte große Bereich, für den der Ausbau gefordert und geplant ist, ist die nordöstliche Achse *Hamburg-Puttgarden*. Hier sollen die Eisenbahnstrecken elekrifiziert werden und ein Ausbau der BAB A1 bis Puttgarden erfolgen. Über Lübeck und Puttgarden (mit 6,8 bzw. 2,4 Mio. t Güterumschlag 2. und 3. größter Hafen) wird der wesentliche Teil des Warenaustausches mit der DDR, der SU und den Skandinavischen Ländern abgewickelt. In Lübeck wird besonders Holz (Schweden, Finnland) und Erze, sowie Kohle und Baurohstoffe angelandet, die von dort aus weiter verteilt werden. Folgerichtig wird der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals auf das Europakahnformat (1350 BRT) gefordert, womit Lübeck an das europäische Kanalnetz angeschlossen wäre.

In ihrem Raumordnungsplan hat die Landesregierung die Forderungen fast wörtlich übernommen und in ihrer Antwort auf eine große Anfrage der SPD noch einmal wiederholt, wobei alles bürgernah als Erhöhung der Mobilität der Bürger begründet wird und damit, daß die Wirtschaft so in der Lage ist, noch mehr Arbeitsplätze anzubieten.

Mit diesem Forderungskatalog vom Unternehmerverband wird die Landesregierung noch einmal erinnert, die Forderungen gegenüber Bund und einzelnen Gemeinden zügig durchzusetzen.

Krankengymnastikpraktikanten erfolgreich: Tarifurlaub wird garantiert

b.kig. Bisher hat die Hamburger Gesundheitsbehörde Krankheit und Urlaub als Fehlzeit gerechnet, die zusammen vier Wochen nicht überschreiten durften. Die Forderung der Praktikanten „der tarifliche Urlaub darf nicht als Fehlzeit angerechnet werden“ nannte ihr Hausjurist Sielaff „Rechtsverbiegung‘. Daraufhin verteilten die Praktikanten vor fünf Hamburger Krankenhäusern und auf der 1.Mai-Demonstration des DGB Flugblätter und sammelten ca. 2800 Unterschriften.

ÖTV, DAG und Berufsverband unterstützen die Forderung. Das Bundesschülertreffen der Krankengymnasten in Hamburg (Mai) beschloß, die Hamburger Aktion bundesweit auszudehnen. Erster Erfolg: die Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamten der Länder, die jahrelang den tariflichen Urlaub für Krankengymnastikpraktikanten aberkannt hatten, beschloß am 12.Juni in Düsseldorf: „Ab sofort wird bundesweit der tariflich festgelegte Erholungsurlaub für Praktikanten von z.Zt. 24 Tagen *nicht mehr* auf die Fehlzeit angerechnet!“ Versäumt haben die Praktikanten, sich rechtzeitig mit den Masseuren zusammenzuschließen, die weiterhin in 1 ½ Jahren Praktikum nur eine Fehlzeit von sechs Wochen haben dürfen, Krankheit und Urlaub zusammengenommen. Dieser Fehler muß bei der Durchsetzung der Forderung nach Verlängerung der Ausbildung auf drei Jahre mit Integration des Praktikums korrigiert werden. Diese Forderung wurde von Göttingern Krankengymnastikschülern erhoben, insbesondere deshalb, weil zwei Jahre Ausbildung die Schüler zu einem Arbeitstag von 10-12 Stunden zwingen, um das geforderte Pensum zu schaffen.

Die Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag muß aufgestellt werden, das Bafög reicht vorne und hinten nicht. Die ÖTV legte einen Entwurf zur Ausbildungsreform vor. Den Beruf des Masseurs soll es nicht mehr geben, stattdessen die Berufe des Medizinischen Bademeisters und des Physiotherapeuten (vorher Krankengymnast). Beide Berufe werden dadurch aufgewertet, was sich in der Lohnhöhe auswirken wird. Die Krankengymnasten in der ÖTV wollen anhand dieses Entwurfs Forderungen zur Ausbildungsreform entwickeln. Wie die Tabelle zeigt, ist ein Zusammenschluß fast aller Auszubildenden im Gesundheitswesen gut möglich.

Beruf	Ausbildungsart	Ausbild.dauer	Bezahlung
Beschäftigungstherapeut	Berufsfachschule	3 Jahre	BAFöG*
Krankengymnast	Berufsfachschule	2 Jahre Schule 1 Jahr Praktikum	BAFöG* 1190 DM Tarif
Diätassistent	Berufsfachschule	2 Jahre	BAFöG*
MTA	Berufsfachschule	2 Jahre	BAFöG*
Masseur	Berufsfachschule	1½ Jahre 1 Jahr Klinikum 1 Jahr Praktikum	BAFöG* 1127 DM Tarif 1172 DM Tarif
Krankenschwester	Ausbildungs- und Tarifvertrag	3 Jahre	1.Jahr: 766 DM 2.Jahr: 857 DM 3.Jahr: 1007 DM**

* Das BAFöG beträgt für Hamburger Berufsfachschüler höchstens 250 DM, für Auswärtige höchstens 550 DM / ** Tarif

Massenentlassungen werden von den Olympia-Arbeitern die Forderungen nach einem neuen Lohntarifvertrag aufrecht erhalten. Am 16.6. kündigte die IG-Metall den Arbeitswertgruppenvertrag mit dem Ziel, den Sondertarif mit 11 Lohngruppen zu beseitigen. Ferner konnte zum 1. Mai ein Abgruppierungsschutzvertrag mit 18-monatiger Lohnabsicherung durchgesetzt werden. Ehrenberg, Bundestagsabgeordneter aus Wilhelmshaven, ist auf einer Sitzung des Betriebsrates, der Vertrauenskörperleitung und dem SPD-Unterbezirksvorstand Wilhelmshaven, angegriffen worden. Er hatte immer wieder in den Tageszeitungen verbreiten lassen, daß mit Olympia alles klar sei, von Entlassungen wollte er nichts gewußt haben. Mit seinen Äußerungen in der Presse hatte er immer wieder verhindern wollen, daß die Belegschaft Kampfmaßnahmen einleitet. Das ist ihm nicht gelungen. Stattdessen sind Ehrenberg und die Sozialdemokraten bei Olympia unter Druck geraten.

b.hej. **Die Betriebskrankenkasse von Bauer Druck erhöht die Beiträge auf 10,5%.** Die Betriebskrankenkasse ist Pflichtkasse für die Arbeiter von Bauer. In den letzten zwei Jahren sind die Beiträge um 2% angehoben worden. Nimmt man einen gleichbleibenden Bruttolohn von 3000 DM, ist das eine Erhöhung von 30 DM im Monat. Eine Begründung dafür gibt es noch nicht. Steigende Kosten u.a. wegen Streik mußten beim letztenmal herhalten.

r.ind. **Die Personalversammlung der neurologischen Uniklinik Göttingen vom 19.6. beschloß Weiterführung der Fragebogenaktion zur Personalsituation.** Der Personalrat legte erste Ergebnisse vor: die 4 Normalstationen mit je 20 Betten waren im Mai zu 86,4% belegt, davon waren 46,2% schwerkranke Patienten, die einer besonders intensiven Pflege bedürfen. Die Besetzung betrug durchschnittlich in der Frühschicht 2,8, in der Spätschicht 2,4, in der Nachtschicht 1,4 Pflegekräfte pro Station. Von ihnen sind nur 52% 3-jährig examiniert. Der Klinikdirektor hat zugesagt, eine Untersuchung dazu vorzulegen, welche Krankheitsbilder sich häufen und welche Pflegeintensität notwendig ist. Bis zum 15.7. sollen die Untersuchungen weitergeführt werden und dann dem Ministerium die Forderung nach mehr Personal vorgetragen werden. Die Stellenzahl soll sofort von 9 auf 10 erhöht werden, grundsätzlich sind etwa 14 Stellen pro Station notwendig.

Veranstaltungskalender

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 2.7.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Zeichenkurs

Hamburg, 4.7.80, 18 Uhr, Hochschule für bildende Künste (HfbK), Lerchenfeld 2, Raum 218a

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Sportkurs der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Betriebsrat von Karstadt Hamburg-Mönckebergstraße gegen Ausgleichsquittungen

b.hek. Die Karstadt AG wendet beim Ausscheiden von Kollegen Formulare an, in denen sie einen Verzicht auf ihre Rechte unterschreiben sollen. Nachdem man bestätigt hat, Versicherungsnachweisheft, Lohnsteuerkarte und ausstehenden Lohn erhalten zu haben, und sich verpflichtet hat, gegebenenfalls Schulden zu bezahlen, heißt es unter Punkt 3:,,Sonstige Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis und seiner Beendigung für und gegen mich – gleichgültig welcher Art – bestehen nicht mehr. Von meinem Recht, das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses geltend zu machen, nehme ich Abstand. Dies bestätige ich hiermit ausdrücklich und erkläre, diese Bescheinigung sorgfältig gelesen und alsdann eigenhändig unterschrieben zu haben.''

Eine solche Ausgleichsquittung holte die Karstadt AG im Prozeß eines Fahrstuhlführers, der auf Wiedereinstellung klagte, in der 2. Instanz aus der Tasche. Der Kollege war Ende vergangenen Jahres entlassen worden, weil er Kabelreste und Abfallholz mitgenommen hatte. Das Strafverfahren wegen Diebstahl gegen ihn war eingestellt worden. In 1. Instanz wurde entschieden, daß er wiedereingestellt werden müsse.

Der Kollege hat erklärt, daß ihm die Bedeutung der Ausgleichsquittung nicht klar war. Der Personalabteilungsleiter habe betont, daß seine Klage, die er bereits angestrengt hatte, davon nicht berührt werde. Da er darauf angewiesen war, seinen restlichen Lohn ausbezahlt zu bekommen, habe er das Formular unterschrieben.

Am ersten Verhandlungstag vor dem Landesarbeitsgericht brachte der Kollege die Kabelreste und das Abfallholz mit zur Verhandlung. Obwohl Personalleiter Gronwald und sein Rechtsanwalt immer noch den großen Wert der Gegenstände beschworen, konnte der Kollege die Sachen wieder mit nach Hause nehmen. Keiner wollte sie haben! Als die Betrugsabsicht des Personalabteilungsleiters Röh, der dem Kollegen die Ausgleichsquittung abgepreßt hatte, deutlich wurde, sah das Gericht sich gezwungen, die Verhandlung zu vertagen.

Der Betriebsratsvorsitzende bei Karstadt-Mönkebergstraße warnte auf der Betriebsversammlung am 24.6. die Kollegen davor, Ausgleichsquittungen zu unterschreiben. Der Betriebsrat prüft gemeinsam mit der HBV rechtliche Schritte gegen die Anwendung der Ausgleichsquittungen.

Der Kampf der Erzieher gegen die Rückstufung ihrer Ausbildung

b.uws. Mit dem Schulgesetz (SG), seit dem 1.1.79 in Kraft, hat sich das schleswig-holsteinische Kultusministerium die Grundlage geschaffen, die Ausbildung nach Belieben zu ändern. Der Ermächtigungsparagraph 110 des SG dient dem Kultusminister jetzt dazu, die Erzieherausbildung abzuqualifizieren. Ab 1.8.80 sollen neue BAFöG-Bestimmungen für die Fachschulen für Sozialpädagogik in Kraft treten.

Nach diesem Erlaß werden die im Elternhaus wohnenden Schüler statt wie bisher mit 475 DM, jetzt nur noch mit 260 DM gefördert, und für die Schüler, die außerhalb des Elternhauses wohnen, gibt es nicht mehr den Höchstsatz von 585 DM, sondern nur noch 465 DM. Der bisher gewährte Mietzuschuß von 45 DM fällt gleichfalls weg.

Begründet wird diese BAFöG-Kürzung vom Kultusminister damit, daß die Fachschulen für Sozialpädagogik nicht als Fachschulen nach §21 des SG anerkannt sind, die ,,nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung durch Weiterbildung vertiefte berufliche Fachkenntnisse vermitteln''. Diese Voraussetzung sei nicht erfüllt, somit seien die Fachschulen für Sozialpädagogik förderungsrechtlich den Berufsfachschulen zuzurechnen.

Die Folgen der neuen BAFöG-Verordnung sind: Zum einen gibt es weniger Geld für die Fachschüler, so daß viele gezwungen werden, den Hausstand aufzugeben oder eine Nebenbeschäftigung anzunehmen, um das Existenzminimum zu erreichen. Zum anderen gibt es weniger Geld für die Lernmittel, was eine Verschlechterung der Ausbildung zur Folge hat. Gleichzeitig sollen die Zulassungsvoraussetzungen verschärft werden: Realschulabschluß oder abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufstätigkeit oder 1-jähriges Vorpraktikum ist die Bedingung. Hauptschüler mit mehrjähriger Berufstätigkeit sind nicht mehr zugelassen. Die Fachhochschulreife konnte bislang bei Belegung von Zusatzfächern ebenfalls erlangt werden; das fällt jetzt gleich mit weg.

Die SV der beruflichen Schulen am Königsweg in Kiel hat der Abqualifizierung den Kampf angesagt. Der erste Schritt war die gewerkschaftliche Organisierung von vielen Schülern in der GEW, die ihren Kampf gleichfalls unterstützt. Die SV fordert die ,,Vertrauensschutzerweiterung'', d.h. die alten BAFöG-Sätze für alle, die vor dem 1.8.80 die Ausbildung begonnen haben, und grundsätzlich die Gewährung des Fachschul-BAFöG-Satzes wie auch die sofortige Zurücknahme der ,,Durchführungsverordnung'' des Kultusministers. Für den 5.Juli 80 hat die SV zu einer *Landesfachschulkonferenz* aufgerufen, um 14 Uhr in der ,,Pumpe'' in Kiel. Geplant ist weiterhin eine Podiumsdiskussion gemeinsam mit der Fachhochschule Kiel zu dem Thema. Die GEW hat Forderungen zur Sicherung des ,,status quo'' der Erzieher aufgestellt: So z.B. die Gewährung einer Abschlußqualifikation als ,,staatlich anerkannter Erzieher'' mit Fachhochschulreife und die Schwerpunktbildung des gesamten Unterrichtsstoffes im Praxisbezug. Mit der Gewerkschaft können die Erzieher sich gegen die Abqualifizierung ihrer Ausbildung durch das Kultusministerium zur Wehr setzen. Grundsätzlich kann den Angriffen des Staates aber nur mit einem Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Erzieherfachschüler begegnet werden.

Schleswiger Großschlachterei: Häufige Betriebsunfälle – nicht einmal ein Betriebsarzt ist vorhanden

b.sah. In der Großschlachterei Ernst Mundt in Fahrdorf bei Schleswig arbeiten ca. 60 Arbeiter. Die Schweinetreiber fangen morgens um 5 Uhr an, die Schlachter zwischen 6 und 7 Uhr. Die Schweine oder Rinder, je nachdem, werden im Akkord zerlegt, bis zu 2000 Schweine am Tag. Überstunden sind an der Tagesordnung. So betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter (Fleischverarbeitendes Gewerbe Schleswig-Holstein) 44,6 Stunden/Woche, in der unteren Lohngruppe sogar 45,9 Stunden. Bruttostundenlohn in Lohngruppe 3: 11,87 DM, im Durchschnitt 13,40 DM!

Die vielseitige Tätigkeit des Schweineschlachtens und Zerlegens ist in der entwickelten Produktion des Schlachtbetriebes bis in kleinste, arbeitsteilige Tätigkeiten zerlegt, die, durch ein Fließband koordiniert, auch ungelernte Hilfsarbeit für die Produktion möglich machen. Nur noch das Töten durch Elektrozangen wird nicht am Band gemacht, alles andere wie Augenschneiden, Leber schneiden, Fleischbeschau sind Einzeltätigkeiten an dem Fließband.

Die Temperaturverhältnisse beim Waschen, Brühen und Zerlegen der Schweine wechseln ständig, so daß Rheuma häufige Erkrankung der Arbeiter ist. Im Kühlhaus kommt man durch die Akkordarbeit derart ins Schwitzen, daß sich viele das Hemd ausziehen. Unfälle passieren häufig, sich mit dem Messer verletzen, gehört sozusagen zur ,,Berufskrankheit'' des Schlachters. Ein Schlachtergeselle rammte sich vor kurzem das Arbeitsmesser in die Halsschlagader. Im Betrieb ist weder eine Apotheke noch etwas für den Notfall vorhanden gewesen. Es gibt weder Krankenschwester noch Betriebsarzt. So mußte der Arbeiter ohne erste Behandlung fünf Kilometer bis ins Krankenhaus Schleswig gefahren werden. Im Krankenhaus wurde die Gefährlichkeit des Unfalls überhaupt nicht richtig erkannt. Der Arbeiter wurde mit blutstillender Watte und einem Pflaster verarztet, worauf er auf der Fahrt nach Hause dann auch wieder lebensgefährlich zu bluten anfing. Folge des Unfalls war dann mit Blaulicht zur Intensivstation nach Kiel.

Schulentwicklungspläne des Senats sollen die Schulforderungen unterdrücken

b.mku. Für Herbst 1981 bereitet der Hamburger Senat den zweiten Schulentwicklungsplan vor. 1970 war zum ersten Mal nach dem Versprechen einer umfassenden ,,Bildungsreform'' ein großer ,,Bildungsbericht'' erschienen, der ein rosiges Bild malte: bessere ,,Durchlässigkeit'' in die weiterführenden Schulen, ausreichende Schulkindergärten, Ausbau der (damals vier) Gesamtschulversuche in Richtung vereinheitlichter Ausbildung, entsprechende Versorgung mit Lehrern und Schulbauten. Grundlage der Planung: Die Schülerzahlen sollten bis 1980 um 20% in den allgemeinbildenen Schulen (bis Klasse 10) sinken. Sofortige Verbesserungen, z.B. Senkung der Klassenfrequenzen, sind 1970 angeblich wegen Lehrermangel unmöglich; der soll aber ab 1975 behoben sein.

Aus der Zukunftsmusik 70 wurden die Sparmaßnahmen des Senats 75: In der Grundschule wird nochmals eine Lehrerstunde gestrichen, nachdem 1974 bereits für Klassen 1 bis 13 wegen ,,Lehrermangel'' eine Stunde gestrichen war. 1975 werden die ersten Lehrer arbeitslos, der Senat streicht 310 Vertretungsstellen (50%), friert die Lehrerzahlen bis 1985 ein und versucht, ⅔-Verträge durchzusetzen, die er aber 1978 endgültig zurücknehmen muß. Die ,,Kleine Lernmittelfreiheit'' ist aufgehoben. 1977 werden die Förderstunden für Mathematik und Deutsch gestrichen. Die Klassenfrequenzen sind 1976 unverändert hoch, gegenüber 1970 sogar gestiegen an Realschulen (31,5 auf 31,7), Gymnasien (27,1 auf 29,1) und an Gesamtschulen 29,8/1971 auf 30,7).

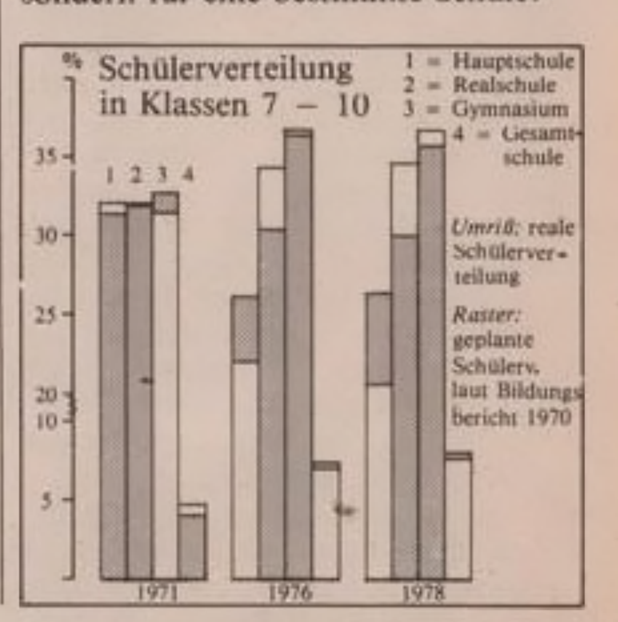
1976 legt der Senat seinen ersten Schulentwicklungsplan (SEPL) zur ,,Anpassung des Schulwesens an die sinkenden Schülerzahlen'' vor: Jetzt wird die Zukunftsmusik auf 1985 gespielt – Senkung der Klassenfrequenzen, verbesserte Förderung, mehr Lehrerstunden pro Klasse. Für sofortige Verbesserung fehlen jetzt die Planstellen. Propagiert wird die Errichtung von Mittel- und Oberstufenzentren, dazu Schulschließungen bis 1985 in allen Stadtteilen.

Tatsächlich hatte sich der Senat im Bildungsbericht 70 verrechnet: 1976 waren zwar in der Hauptschule die Schülerzahlen noch stärker gesunken als 1970 geplant (19119 statt 21190), sie lagen dafür aber an Realschulen (29577 statt 25300) und Gymnasien (31498 statt 30300) erheblich höher als vorausberechnet, insgesamt um 3000 Schüler bis Klasse 10. Diese Schüler waren 1970 bereits geboren, der Senat hatte Zahlen, verrechnet hat er sich mit dem Kampf der Volksmassen um eine bessere Ausbildung, der sich im bestehenden Schulwesen zunächst ausdrücken mußte im verstärkten Andrang auf die weiterführenden Schulen und damit auch längerer Schulzeit und entsprechend höheren Schülerzahlen.

In den letzten vier Jahren ist von den Versprechungen des SEPL 1976 nichts geblieben. Selbst wo die Klassenfrequenzen an einzelnen Schulen unter die Orientierungsfrequenz sinken, führt dies nur zu verringerter Lehrerzuweisung und entsprechender Kürzung des Unterrichts. An Schulen mit sinkender Schülerzahl werden die Lehrer vor die Wahl gestellt: Teilzeit oder Versetzung.

Zum 1.8.80 werden per Rechtsverordnung an 18 VR-Schulen die 5. Klassen der Beobachtungsstufe gestrichen, 4 Grundschulen kriegen keine 1. Klasse mehr, eine wird ganz geschlossen. Die Orientierungsfrequenz für 5. Klassen legt Grolle aber auf 30 fest. Der Entwurf für den SEPL 81 soll weitere Förder- und Teilungsstunden streichen, niedrigere Frequenzen werden nur noch für Berufsschulen versprochen. Für 1990 werden 4 Ganztagsschulen ,,geplant'', gleichzeitig wird mit Abbau der Lehrerplanstellen bis 1990 gedroht.

Die Schulbehörde hat den Lehrern jüngst mitgeteilt, wegen ,,Verrechnung'' um zusätzliche 3000 Schüler fehlten 187 Lehrerplanstellen, und die müßten jetzt durch Stundentafelkürzungen herausgeholt werden. Eltern, Lehrer und Schüler der Gesamtschulen haben dagegen für den 2. Juli eine Demonstration organisiert, zu der auch die GEW aufruft. Die Elternkammer fordert die Offenlegung des Schulentwicklungsplanes und das Wahlrecht der Eltern nicht nur für die Schulform, sondern für eine bestimmte Schule.



6,9%-Abschluß im Großhandel Schleswig-Holstein

Einige Verbesserungen / HBV will Verhandlungen über Lohngruppenstruktur

b.dam. Zwischen der Gewerkschaft HBV und dem Arbeitgeberverband Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel Schleswig-Holstein wurde am 12.Juni in der ersten Verhandlungsrunde der neue Lohn- und Gehaltstarifvertrag mit 6,9% Erhöhung abgeschlossen. Nach dem letzten Abschluß von 3,96% 1979 ist es schon günstig, daß der diesjährige etwas über den anderen Abschlüssen im Bereich HBV liegt, dennoch die 80 DM Erhöhung für den Anfangslohn oder die 74 DM für die erste Gehaltsgruppe werden in einigen Monaten dahin sein.

Drei Sachen sind außerdem wesentlich: 1. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 81/60/60 DM erhöht und wurden, jedenfalls für die handwerklich ausgebildeten, in den Lohntarifvertrag übernommen. 2. In den Gehaltsgruppen II und III wurden die Lebensaltersstufen vom 28. auf das 26. Lebensjahr verkürzt, das Endgehalt in diesen Gruppen wird also zwei Jahre eher gezahlt. 1977 wurde diese Art der strukturellen Verbesserungen durch Senkung oder Abschaffung von Altersstufen begonnen, damals wurde die Abschaffung der Niedrigstgehälter von 578 und 652 DM bis zum 21. Lebensjahr durchgesetzt. Sonst sind jedoch keine strukturellen Verbesserungen erreicht worden. Die HBV bekräftigte jedoch 3. bei den Verhandlungen, daß sie während der Laufzeit des Lohntarifvertrages unmittelbar Verhandlungen über die Lohngruppen*struktur* aufnehmen werde. Dabei unternimmt die Gewerkschaft Anstrengungen, sich mit den anderen Tarifgebieten abzusprechen. Daß dies unbedingt notwendig ist, sieht man an der Zersplittertheit der Struktur in den Bundesländern, wo allein die Anzahl der Lohngruppen von 4 bis 8 schwankt.

Vergleich der Lohn- und Gehaltstarife der Länder

	Lohngr.	Geh.gr.	A-Lohn*	E-Lohn*	A-Geh.*	E-Geh.*
Schleswig-Holstein	5	6	6,78	9,60	1065	2575
Hamburg	8	7	6,38	10,50	950	2610
Niedersachsen	4	5	7,32	10,10	993	2576
Berlin	4	5	7,10	9,40	935	2480
Baden-Württemberg	6	7	7,05	11,00	975	2800
Hessen	5	7	6,82	10,20	1135	2655
Pfalz	5	5	7,51	10,23	1125	2790
Saarland	5	5	6,97	9,71	1090	2635
Rheinl.-Rheinhessen	4	6	7,63	10,17	1130	2760
Nordrheinwestf.	8	6	6,45	10,75	1100	3040
Bayern	6	6	6,54	10,14	1088	2539

Stand: 20.9.79
* A-Lohn = Anfangslohn / E-Lohn = Endlohn / A-Geh. = Anfangsgehalt / E-Geh. = Endgehalt

CDU-Studenten klagen gegen Kieler AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats

b.ang. Die CDU-Studenten an der Universität Kiel haben beim schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht beantragt, gegen den ASTA der Universität 5000 DM Zwangsgeld festzusetzen wegen Wahrnehmung des politischen Mandats in mehreren Fällen. Außerdem haben sie eine einstweilige Anordnung angestrengt, mit der dem AStA untersagt werden soll, ,,sich öffentlich, schriftlich oder mündlich zu politischen Fragen, die nicht hochschulpolitische Fragen der Studenten betreffen (allgemeinpolitisches Mandat) zu äußern oder sonst allgemeinpolitisch zu betätigen''. Im Falle der Zuwiderhandlung soll eine Geldstrafe in unbestimmter Höhe angedroht werden. Beanstandet werden mehrere ASTA-Infos, in denen sich zu verschiedenen politischen Fragen (z.B. Gorleben, Bremer Vereidigung, Kieler Wohnungslage, wachsende Kriegsgefahr) geäußert wird. Besonders empören sich die Reaktionäre über Formulierungen in den ASTA-Infos wie z.B. die Bremer Vereidigung sei eine ,,Provokation durch Carstens, Apel und Koschnick'' oder über den Aufruf zur Demonstration ,,nie wieder Krieg'', in der die Versendung westdeutscher Zerstörer in den Indischen Ozean und die NATO-Aufrüstung angegriffen wird.

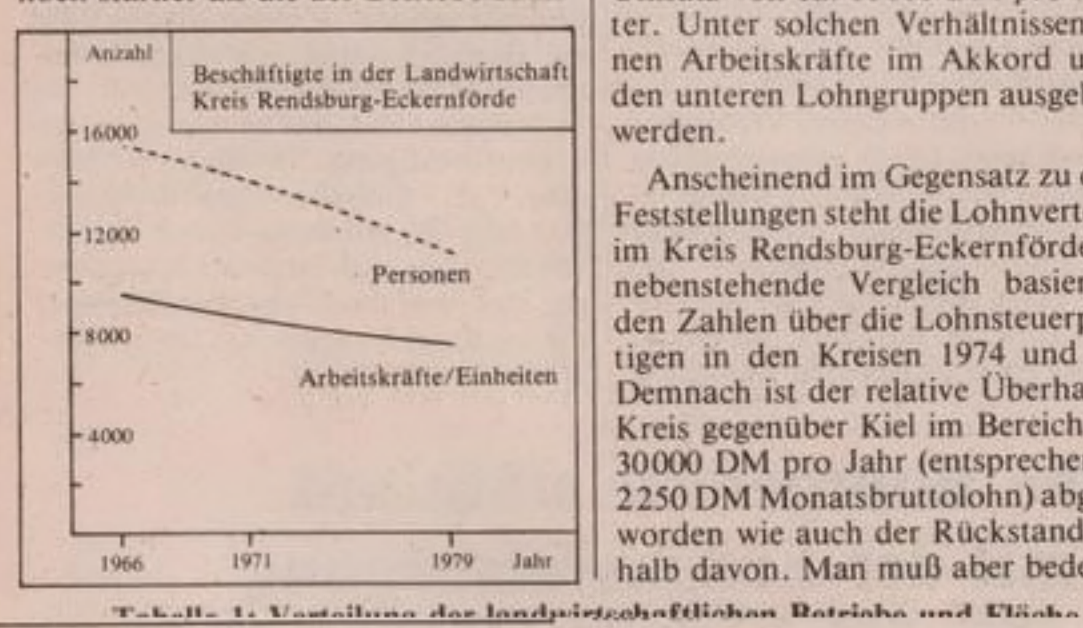
Über die Zwangsgeldandrohungen wollen die CDU-Studenten die Ablehnung der Kriegsvorbereitungen brechen und vor allem auch die Jungsozialisten im ASTA zur absoluten Linientreue mit der westdeutschen Bourgeoisie treiben. Letztere bemühen sich darum selbständig. Sie enthalten sich zusehends politischer Äußerungen als ASTA und sind zur Kieler Woche mit den DKP-Studenten eine Aktionseinheit eingegangen, in der die Sowjetunion nicht angegriffen, stattdessen über ,,Frieden, Entspannung und Abrüstung'' gefaselt wird. Das ist die Politik der SPD, sich dem Sozialimperialismus anzunähern und darüber der BRD mehr Einfluß im Osten und dadurch zusätzliches Gewicht in der NATO zu verschaffen.

Mehr Liebe zur Regierung als zu den Interessen der Studentenmassen legen die Sozialdemokraten auch in den gewerkschaftlichen Kämpfen der Studenten an den Tag. Von ihrem eigenen Vorschlag, eine landesweite Demonstration zusammen mit den Schülern gegen die Bildungspolitik der Landesregierung zu machen, sind sie mit dem Argument abgerückt, so brennend heiß seien die Probleme ja auch nicht und außerdem sei die Mobilisierung so schwierig. Das, obwohl etliche Studienverschärfungen bereits durchgesetzt und weitere geplant sind. Der Aktionstag am 2.Juli wird dennoch durchgeführt und er kann auch Fortschritte an allen wesentlichen Auseinandersetzungspunkten bringen. Eine Delegation von ASTA und Fachschaftsvertretern wird ins Kultusministerium gehen und die sofortige Herausgabe der Studienreformpläne verlangen, auf der zentralen Veranstaltung werden Maßnahmen gegen die Angriffe auf das politische Mandat beschlossen. Zum BAFöG wird eine Unterschriftenaktion durchgeführt für die sofortige Erhöhung der BAFöG-Sätze und es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die klären soll, ob das BAFöG an die Entwicklung des Durchschnittslohns oder an die Lebensunterhaltungskosten gebunden werden soll.

Kreis Rendsburg-Eckernförde – Hinterland für kapitalistische Akkumulation

b.stb. Der Landkreis Rendsburg-Eckernförde ist der weitaus größte in Schleswig-Holstein. 1979 betrug die Einwohnerzahl 241787. Für die Landesraumplanung sind das 2 Mittelzentren, 3 Unterzentren, 5 ländliche Zentralorte und vier Stadtrandkerne 2. Ordnung, konzentriert auf den Bereich Rendsburg-Eckernförde-Kiel-Neumünster, die finanzielle Förderung „genießen". Im Kreisentwicklungsplan wird das als zu wenig kritisiert. In der Tat. Aber die Verödung des Landes ist schon lange Grundlage der Entwicklung im Kreis Rendsburg-Eckernförde. (siehe Schaubild).

Von 1966 bis 1979 hat die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft um mindestens 4000 Personen abgenommen. Die massive Vernichtung von kleinbäuerlichen und Nebenerwerbsbetrieben tritt in der Tabelle 1 deutlich hervor. Dabei ist die relative Veränderung der Bodenverteilung noch stärker als die der Betriebe zuungunsten der kleinen Betriebe gegangen. Aufgesogen wurde dies vor allem von den relativ wenigen Betrieben mit 50-100 ha Landfläche und mehr. Dem soll noch weiter nachgeholfen werden. Laut Kreisentwicklungsplan verfügt der östliche Teil des Kreisgebietes über „eine ausreichende Basis von entwicklungsfähigen Betrieben." Hier sind vor allem einige große Güter konzentriert. Der Bereich Hüttener Berge, Holsteinische Vorgeest und Eiderniederung soll dieweil noch in diese Richtung „durch agrarstrukurelle Maßnahmen weiter gefördert werden." Der Strom von disponiblen Arbeitskräften für die Industrie soll so aufrecht erhalten werden.



Darauf basieren die Verhältnisse in der Industrie, wie sie Tabelle 3 im Vergleich mit Kiel widerspiegelt. Die Differenz von fast zwei DM beim durchschnittlichen Arbeiterstundenlohn zwingt zur Mehrarbeit von 145 Stunden im Jahr und bringt einen größeren Umsatz von ca. 10000 DM pro Arbeiter. Unter solchen Verhältnissen können Arbeitskräfte im Akkord und in den unteren Lohngruppen ausgebeutet werden.

Anscheinend im Gegensatz zu diesen Feststellungen steht die Lohnverteilung im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Der nebenstehende Vergleich basiert auf den Zahlen über die Lohnsteuerpflichtigen in den Kreisen 1974 und 1977. Demnach ist der relative Überhang im Kreis gegenüber Kiel im Bereich unter 30000 DM pro Jahr (entsprechend ca. 2250 DM Monatsbruttolohn) abgebaut worden wie auch der Rückstand oberhalb davon. Man muß aber bedenken, daß bereits 1970 (Jahr der letzten Volkszählung) 17680 Erwerbstätige aus dem Kreis auspendeln mußten, das waren ca. 20%. (s. Tabelle 2) Der eine Grund dafür liegt darin, daß es im Kreis für viele nicht möglich ist, einen Ausbeuter zu finden. Eventuell höhere Löhne in Kiel werden von ihnen erkauft durch lange Fahrzeiten und hohe Fahrkosten täglich mit dem Auto – öffentliche Personenverkehrsmittel gibt es kaum. Zum anderen wird ein großer Teil der Kieler und Neumünsteraner Erwerbstätigen dort hinausgedrängt in die Randbezirke. Das führt zu einem Zustrom an Lohnsteuerpflichtigen in den Kreis, die im Schnitt in höheren Lohngruppen liegen als die Gesamtheit, denn die Kosten, die ihnen dadurch entstehen, sind hoch.

All dies und die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in den Bezirken Rendsburg, Eckernförde und Nortorf bringt beste Bedingungen für die Kapitalisten im Zentrum des Kreises in Rendsburg. Dazu kommt die Verkehrsanbindung (Nord-Ostsee-Kanal, Autobahn, B 77). Deren Ausbau steht dann auch im Mittelpunkt der staatlichen Investitionsplanung durch Land, Kreis und Stadt Rendsburg: autobahnmäßiger Ausbau der Strecken Kiel-Rendsburg und Kiel-Eckernförde, Kanalerweiterung, umfassender Ausbau der Umgehungsstraße um Rendsburg und das Projekt eines neuen Kreishafen Süd bei Rendsburg stechen hervor. Investitionsmaßnahmen in Höhe von 352,922 Mio. DM sind im Kreisentwicklungsplan 1980 – 1984 für den Nahbereich Rendsburg geplant, davon 60 Mio. DM für Straßenbau, Güter-
60 Mio. DM für Straßenbau, Güter-
umschlag und Gewerbegebiete. Ersteres sind 47,5% sämtlicher geplanten Investitionsmaßnahmen in allen 13 Nahbereichen des Kreises Rendsburg-Eckernförde.

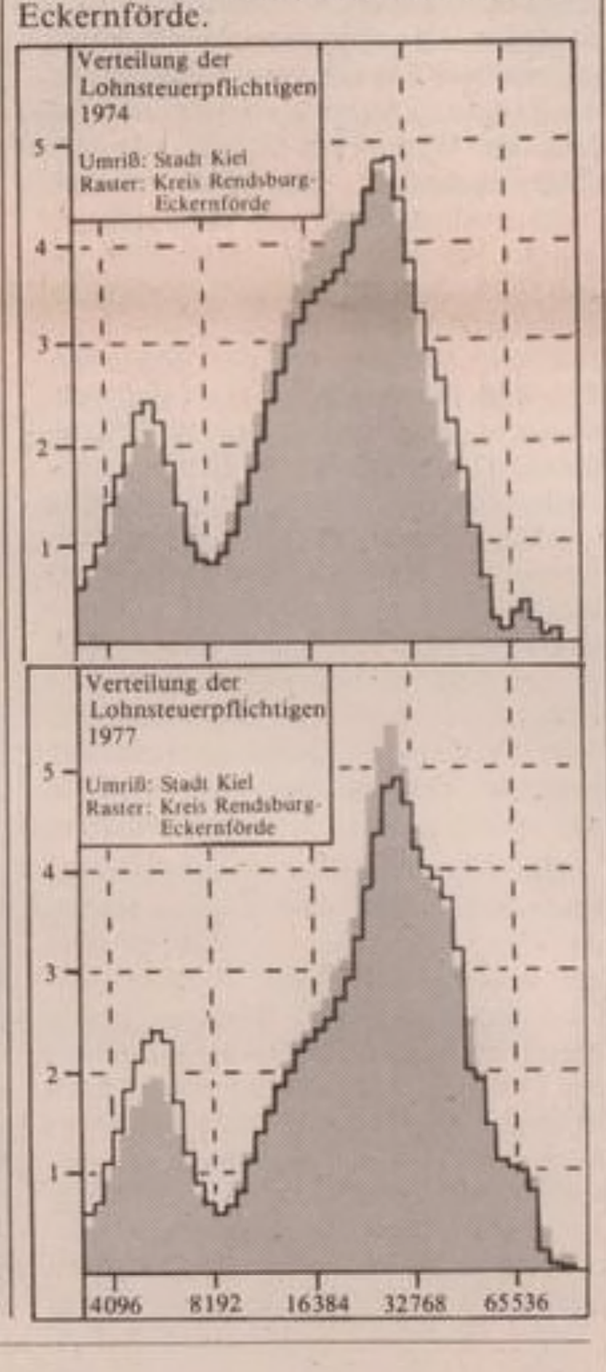


Tabelle 1: Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe und Fläche

Tabelle 1: Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe und Fläche Kreis Rendsburg-Eckernförde

Größenklassen in ha	Betriebe in % 1969	Betriebe in % 1977	Veränderung des Anteils in %	Fläche in % 1969	Fläche in % 1977	Veränderung des Anteils in %
2 - 5	11,4	9,3	−18,4	1,3	0,8	−38,5
5 - 10	9,2	7,6	− 7,4	2,5	1,5	−40,0
10 - 20	22,7	15,3	−32,6	15,0	6,4	−57,3
20 - 30	24,7	19,9	−19,4	21,2	13,7	−35,4
30 - 50	20,9	27,9	+33,5	26,9	29,7	+10,4
50 - 100	8,9	16,7	+87,6	18,1	30,1	+66,3
100 - ...	2,2	3,3	+50,0	15,0	17,8	+18,7

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Tabelle 2: Berufs- und Ausbildungsauspendler aus Kreis Rendsburg-Eckernförde 1970 – soweit einzeln ausgewiesen

Zielort	Anzahl insges.	Fahrzeit bis 30 Min.	Fahrzeit bis 60 Min.	Fahrzeit über 60 Min.
Kiel	13173	6166	3304	732
Neumünster	1995	1325	537	130
LK Dithmar.	225	162	80	10
LK Steinburg	121	25	87	9
insgesamt	17680 (= Auspendler aus dem gesamten Landkreis)			

Quelle: Statistisches Landesamt S-H, A VZ/1970 – 6

Tabelle 3: Industrie, Arbeitszeiten und Löhne Vergleich Landkreis Rendsburg-Eckernförde und Kiel

	Betriebe	Arbeiter	Lohn pro Arbeiter u.Jahr DM	Arb.std. pro Arbeiter u.Jahr Std	Lohn pro Arbeitsstunde DM	Umsatz pro Arb. u.Jahr DM
Kiel	99	17182	24445	1713	14,27	163034
RD-E'förde	80	8037	23146	1858	12,45	173149

Quelle: Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein

Der Ausplünderung der Eltern durch das BAFöG Schranken setzen

b.row. Der DGB spricht sich in dem Entwurf des Grundsatzprogramms für ein elternunabhängiges BAFöG aus. Dies zu Recht, da sich die Auszahlung des BAFöG pro Student und Schüler seit Bestehen des BAFöG 1971 enorm verringert hat. 1971 erhielt eine Durchschnittsfamilie (4 Personenhaushalt) mit „mittlerem Einkommen" einen Zuschuß vom Staat von 354 DM, die Zusatzleistungen der Eltern lagen bei 46 DM (11,5%). Im Jahr 1978 lag der Betrag bei 479,66 DM (82,7%). (Quelle: Deutsches Studentenwerk).

Es ist schon eine komplizierte Berechnung notwendig, um herauszubekommen, ob man BAFöG bekommen kann und in welcher Höhe. Dementsprechend lange dauert es auch, bis die staatlichen Behörden die Behandlung der Anträge vollzogen haben und man das erste Geld sieht, wie es auch aus der Tabelle zu ersehen ist.

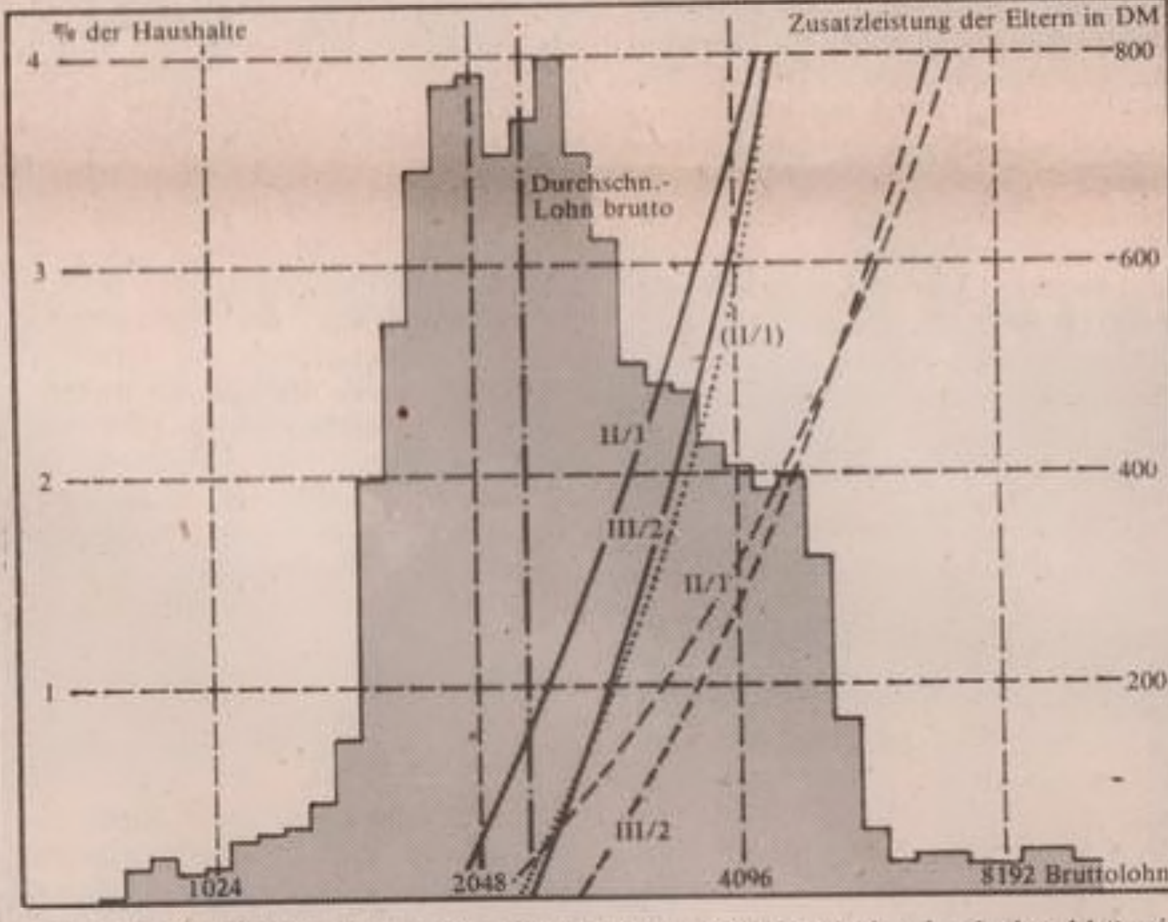
Zeitraum zwischen Bafög-Antrag und Bafög-Bescheid

Monate	Antragsteller	in %
1	18	4,6
2	140	35,8
3	148	37,9
4	46	11,8
5	16	4,1
6	23	5,8
insg.	391	100,0

Quelle: Ergebnisse der Fragebogenaktion an den Fachgymnasien Schleswig-Holsteins

Bei der Berechnung wird ausgegan-
Bei der Berechnung wird ausgegan-
gen von einem Elternfreibetrag, dieser beträgt ab 1.7.80 1270 DM. (Alle weiteren Angaben vom Stand 1.7.80.) Dieser Betrag ist netto, also abzüglich der Einkommens-, Lohn- und Kirchensteuer. Für die Pflichtbeiträge der Sozialversicherungen und privaten Versicherungen werden pauschal 19% abgezogen. Der Elternfreibetrag erhöht sich noch um bestimmte Sätze: für jeden BAFöG-Förderungspflichtigen um 80 DM, für jedes weitere Kind unter 15 Jahre um 310 DM, über 15 Jahre 400 DM. Bei der Berechnung in der Steuerklasse III/2 wird von einem 4-köpfigen Haushalt ausgegangen, mit einem Kind unter 15 Jahren und wo ein Elternteil arbeitet. Der gesamte Freibetrag beträgt dann 1660 DM (1270 + 80 + 310). Bis zu diesem Betrag wird vom Staat der Höchstsatz gewährt. Vom übersteigenden Einkommen bleiben bestimmte Anteile anrechnungsfrei und zwar für den arbeitenden Elternteil 25% und für jedes Kind 10%. Also wäre bei einem Nettoverdienst von 1860 DM das darüberliegende Einkommen 200 DM, abzüglich 45% (15 + 10 + 10 + 10) gleich 110 DM, die von den Eltern getragen werden müßten. Ein Schüler auf dem Gymnasium würde 355 DM zum Leben erhalten (Höchstsatz: 465 DM). Dies ist die hauptsächliche Berechnung.

Aus dem Schaubild ist zu ersehen, daß erstens schon 1971 ein bestimmter Teil der Haushalte zusetzen mußten, daß 1980 diese Tendenz sich noch enorm verschärft hat. Der Durchschnittslohn ist in dieser Zeit um 85,3% gestiegen. Der Freibetrag allerdings nur von 800 auf 1270 DM (58,9%) und der BAFöG Höchstbetrag für Studenten von 420 auf 620 DM (47,6%). Der Elternfreibetrag drückt dabei am stärksten, da er die Berechnungsgrundlage bildet. Aus der BAFöG-Verteilung für Schüler (KVZ 26) war zu ersehen, daß der größte Teil
26) war zu ersehen, daß der größte Teil
lange nicht einmal an den Höchstsatz heranlangt. Notwendig ist also, um überhaupt wieder auf das Niveau von 71 zu gelangen, mindestens eine Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1520 DM und entsprechende Erhöhung des Höchstsatzes auf 750 DM.



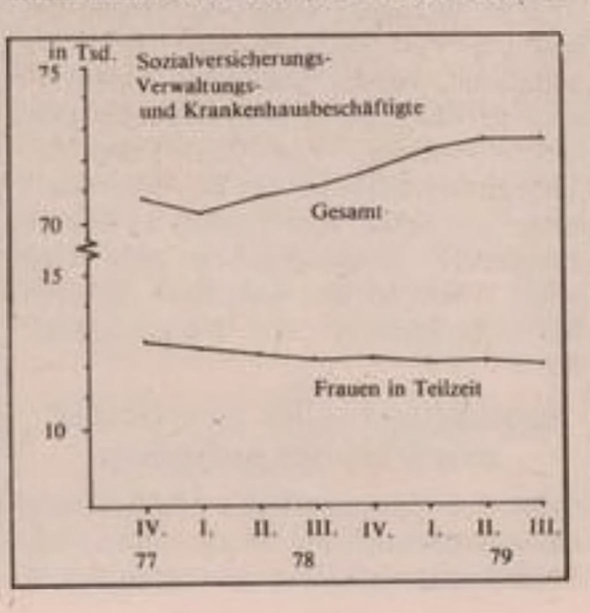
In dem Schaubild ist dargestellt die Verteilung der Haushalte der Lohnabhängigen in Schleswig-Holstein von 1969, in Preisen von April 79, gleichgesetzt über den Durchschnittslohn der Rentenversicherung (brutto). In den Kurven ist dargestellt, ab welchem Einkommen die Ausplünderung der Eltern beginnt und wie sie bei steigendem Einkommen zunimmt. Durchgezogene Linie: 1980, gestrichelte Linie: 1971 und gepunktete Linie: Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1520 DM. Berechnung 71: Lohnklassen 79 über Durchschnittslohn mit 71 gleichgesetzt und mit BAFöG-Bestimmungen 71 berechnet.

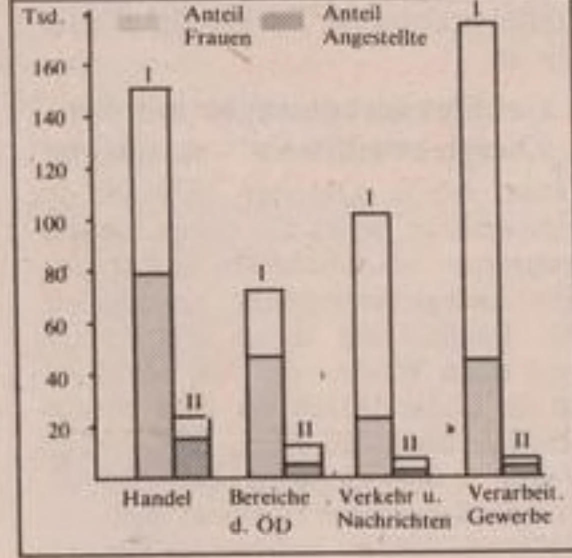
Statt Ausdehnung der Teilzeitarbeit: 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich

b.clc. In einer Anfrage an die Bürgerschaft fordert die CDU die Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Offensichtlich haben die Kapitalisten Schwierigkeiten dabei. Überlegt wird, mit welchen Mitteln nachgeholfen werden kann, das für die Kapitalisten lohnende Geschäft der intensiven Vernutzung der Arbeitskraft bei halbem Lohn auszuweiten. Die CDU schlägt vor, die Verdienstgrenzen für die Lohnsteuerpauschalisierung nach §40a EStG anzuheben. Der Senat antwortet, die Bundesregierung sei schon am Prüfen und dabei auf „vielschichtig verschiedene Probleme" gestoßen, z.B. Eintritt ungerechtfertigter Progressionsvorteile bei Teilzeitbeschäftigten.

Klose, der sich „umfassend um die Probleme der Frauen kümmern" will, ist bei der intensiven Vernutzung der Arbeitskraft zu halbem Lohn im Öffentlichen Dienst Vorreiter. Am 30.6.79 waren von 759946 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hamburg 76241 Teilzeitbeschäftigte (ca. 10%), davon waren 71667 (93,9%) Frauen. In Bereichen des Öffentlichen Dienstes z.B. der Krankenhäuser gab es 32085 Beschäftigte, davon 5640 Teilzeitbeschäftigte (17,58%). Das Verhältnis der Teilzeitbeschäftigten zu den Gesamtbeschäftigten ist im öffentlichen Dienst am höchsten.

Die Schwierigkeiten Kloses verdeutlichen sich an den Zahlen über die Entwicklung der Teilzeitarbeit. Sie umfassen nur einen kurzen Zeitraum, doch kann man feststellen, daß trotz absolut steigender Beschäftigtenzahlen die Teilzeitbeschäftigten absolut abnehmen. Es sind die Erfahrungen der Beschäftigten, daß die übermäßige Aussaugung der Arbeitskraft in weniger Stunden keine große Erleichterung bringt, und daß der Lohn nicht ausreicht. Durchkreuzt werden können Kloses Absichten durch die Forderungen der Arbeiterbewegung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.





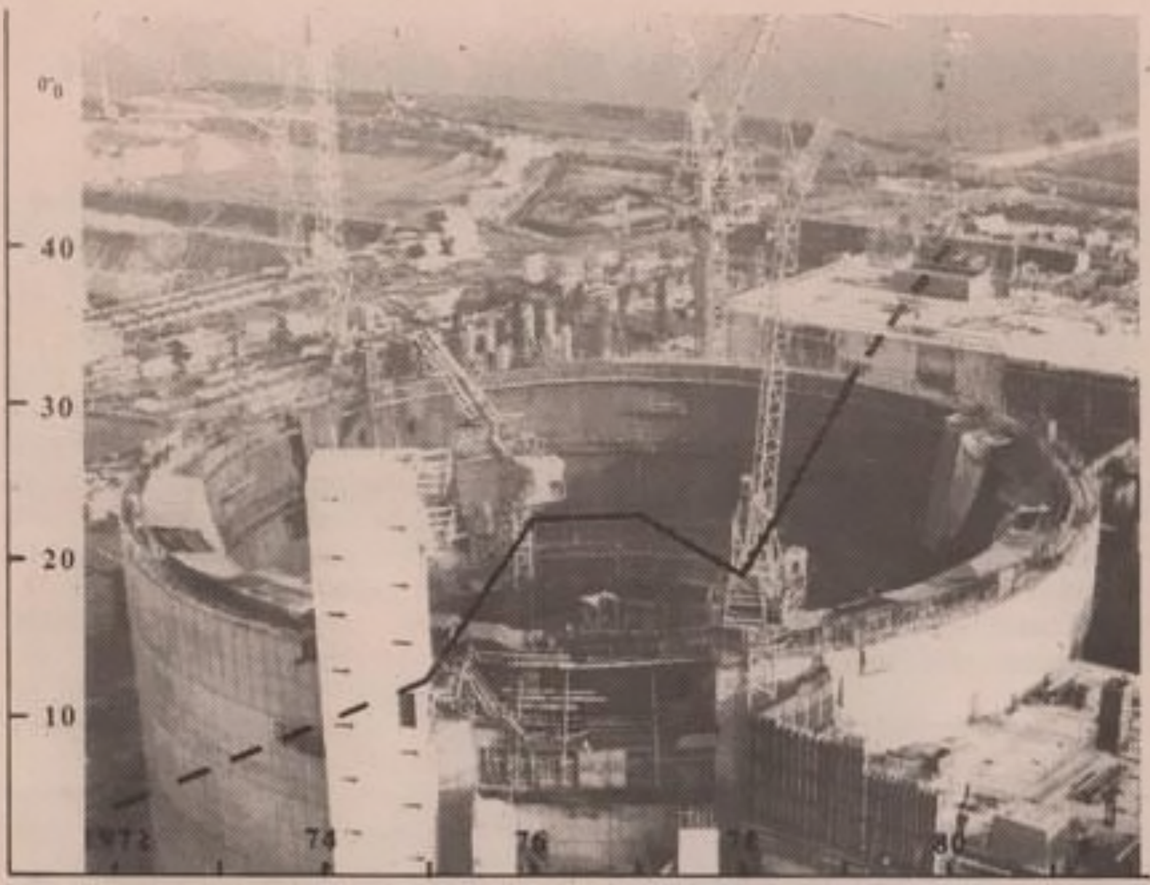
Elbfischer bereiten Blockade gegen die Klärschlammverklappung vor

b.bek. Letzte Woche kündigten die Altenwerder Kutterfischer Blockaden für Mitte Juli an gegen das Auslaufen von Schiffen, die Hamburger Klärschlamm in die Elbmündung einleiten (verklappen) sollen. Das Hamburger Klärwerk Köhlbrandhöft verklappt jährlich 340000 ³ Klärschlamm in die Elbmündung. Zusammen mit der sonstigen Verschmutzung des Elbwassers durch industrielle Abfälle hat dies katastrophale Folgen für die Elb- und Hochseefischerei: 1918 wurden noch 23 Fischarten in der Elbe wirtschaftlich genutzt, heute sind es 3; 1956 gab es 22 Altenwerder Fischereibetriebe, heute sind es noch 10.

„Auch wir (Hochseefischer) unterstützen die Kutterfischer voll und ganz. Die Deutsche Bucht und das Wattenmeer sind die Kinderstube fast können wir auch auf hoher See nichts mehr fangen" (Sprecher der Finkenwerder Hochseeflotte). Der Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V. hat in einer Presseerklärung seine Solidarität mit der Blockade angekündigt.

Neben der Einstellung der Klärschlammverklappung fordern die Fischer auch die Einstellung von Verklappungen in das Nordseegebiet bei Helgoland. Jährlich werden hier 750000t chemische Abfälle aus der Titanpigment-Industrie (Kronos-Titan, Bayer Leverkusen) verklappt. Erhebliche Schädigungen des Fischbestandes sind wissenschaftlich nachgewiesen. Die Fischer sprechen davon, daß sie bis zu ⅓ des Fangs aussortieren müssen bei ohnehin schon geringeren Fangquoten.

Natürlich ist es auch möglich, die chemischen Abfälle wieder zu verwerten oder anders zu vernichten. 2,5 Mio. DM hatte die Bundesregierung der Kronos-Titan zur Entwicklung eines Verfahrens aus Steuergeldern bewilligt. Kronos-Titan lehnte dankend ab. Die Verklappung ist in jedem Fall billiger als neue Anlagen. Ende Juni laufen die Genehmigungen für beide Verklappungen aus. Das Deutsche Hydrographische Institut, welches dem Bundesminister für Verkehr Gscheidle, untersteht, ist für Verlängerungen zuständig.



Kernenergieanteil an der Stromerzeugung der Preußenelektra / Kernkraftwerk Grohnde, Baustand Februar 1980.

Preußenelektra: „Nur Kernkraftwerke... können höhere Preissprünge mäßigen“

r.gea. Einen kräftigen Schritt vorangekommen ist die Bundesregierung bei der Durchsetzung ihres Energieprogramms. Durchsetzen tut sie es durch ihre Elektrizitätsversorgungsunternehmen, in Norddeutschland vor allem durch die Preußenelektra, die zu 86,5% der bundeseigenen VEBA gehört. Kernkraftwerke, an denen die Preußenelektra direkt oder mittels ihrer Töchter beteiligt ist: Unterweser konnte nach etwa halbjähriger Verzögerung 1979 voll an das Netz ange-

konnte nach etwa halbjähriger Verzögerung 1979 voll an das Netz ange-

schlossen werden, Brunsbüttel, daß wegen eines Betriebsunfalls abgestellt werden mußte, läuft wieder voll; Grohnde wird kräftig weiter gebaut; Brokdorf steht kurz vor der Genehmigung; Krümmel wird vermutlich 1982 in Betrieb genommen. Die Preußenelektra beliefert über die Elektrizitätsversorgungsunternehmen im norddeutschen Raum ein Gebiet, in dem 12 Mio. Menschen wohnen, mit Strom. 40% dieses Stroms soll 1980 aus Kernkraftwerken kommen. Im Bundesdurchschnitt waren es 1979 erst 14%. „Nur Kernkraftwerke mit ihren geringen Brennstoffkosten können hohe Preissprünge mäßigen, sofern sie errichtet und betrieben werden.“ So wirbt die Preußenelektra in einer Anzeige zu ihrem jetzt vorgelegten Jahresabschluß 1979 für ihre Kernkraftwerke und „mäßigen Preissprünge“, die sie gleichzeitig für den Jahresbeginn 1981 angkündigt hat, in einer Höhe, die „an die Grenze der Zweistelligkeit“ reicht!

Als Ursache für die Preiserhöhung führt die Preußenelektra die „alarmierenden Preissteigerungen bei Öl und Gas“, teuerer werdende Kohle, hohe Kosten für Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen an. Wie die Preußenelektra es mit den so gerne zitierten Umweltschutzauflagen hält, zeigt sie deutlich in ihrem Staudinger Werk. Der Block IV wird mit Öl betrieben. Aufgrund des hohen, die Luft verpestenden Schwefelgehalts hat die Stadt Frankfurt eine Entschwefelungsanlage verlangt. Kosten: 25 Mio. DM. Die Preußenelektra hat daraufhin beschlossen, lieber auf Erdgas umzustellen und produziert vorerst frisch fröhlich weiter mit der bestehenden Anlage.

Wie verhält es sich nun aber mit Preissteigerungen wegen Verteuerung der konventionellen Brennstoffe? Nach Berechnungen der Preußenelektra sind die Kosten für Kohle, Gas und Öl 1979 im Durchschnitt pro kWh um 3,1% gestiegen. Um 3,5% hat sie die Preise zu Beginn 1979 angehoben und um 5% 1980. Gleichen sich die 3,5% und die 3,1% nun annähernd aus? Was übrigens eine Vorweganhebung der Preise wäre. Sie tun es nicht, denn noch nicht einmal ein Drittel der Ko-

noch nicht einmal ein Drittel der Ko-

sten pro kWh sind Brennstoffkosten.

Trotz hoher Investitionskosten sind die Kosten für die Kernenergie billiger als konventionelle Kraftwerke, weil die laufenden Kosten sehr niedrig sind. Betrugen z.B. die Brennstoffkosten für aus Öl, Kohle und Gas gewonnene Energie 4,36 Pf./kWh, so für die Kernenergie trotz einer 22% Steigerung 1979 – wegen langer Stillstandszeiten des Kernkraftwerks Würgassen zwecks Überholung – nur 1,73 Pf. Nur heißt das überhaupt nicht, daß der Strom deswegen für die Massen billiger wird. Denn bei ständig ausgeweiteter Kernenergie hätte er ja sonst im Bereich der Preußenelektra in den letzten Jahren sinken oder zumindest gleich bleiben müssen. Die hohen Strompreise und die ständigen Preiserhöhungen dienen der Finanzierung des Energieprogramms. Einschließlich der Gemeinschaftskraftwerke betrugen die Investitionen der Preußenelektra 1979 980 Mio. DM, 6 Mrd. DM beabsichtigt sie bis 1984 in Investitionen zu stecken. Gewährleisten soll dieses Energieprogramm relativ unabhängigen und billigen Strom für die Kapitalisten. Das ist gewährleistet durch die Sonderverträge. Selbst wenn die Kapitalisten darauf auch prozentuale Erhöhungen zahlen, sind 10% auf 18 Pf. etwas anderes als auf 4 oder 6 Pf.

Durchsetzen können die Elektrizitätskonzerne diese Preissteigerungen durch ihre Gebietsmonopole. Und den Segen des Staates, den sie als Versorgungsbetriebe bei jeder Preiserhöhung brauchen, haben sie auch. Erst kürzlich hat die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel die Elektrizitätsversorgungsunternehmen aufgefordert, weitere Kernkraftwerke zu bauen.

10. Juli: Urteil im Schadensersatzprozeß gegen 17 Grohnde-Demonstranten

r.anh. Am 10. Juli fällt die 2. Zivilkammer des Landgerichts Hannover im Verfahren gegen 17 Demonstranten, die zusammen mit 25000 am 19.3.77 gegen das Kernkraftwerk Grohnde demonstriert haben, ein erstes Urteil bezüglich der Schadensersatzforderungen des Landes Niedersachsen, genauer der Bezirksregierung Hannover. Rund 260000 DM will die Bourgeoisie für verlustig und verloren gegangenes Polizeimaterial und für Schmerzensgeld an einen vermeintlich verletzten Polizisten einklagen. Es ist das erste derartige Verfahren gegen Teilnehmer einer Masseaktion, das diesen Verfahrensstand erreicht hat. In den Strafverfahren erhielten 5 Teilnehmer der Aktion in Grohnde Gefängnisstrafen von einem Jahr. Noch während der Strafverfahren wurde bekannt, daß ein Schadensersatzverfahren geplant ist. Beklagt werden nicht nur die Beteiligten an den Strafverfahren, sondern alle, denen die Bezirksregierung Beteiligung an „Gewalttaten“ nachweisen zu können glaubt. Die Landesregierung hat, nachdem es erheblichen politischen Druck gegen die Einleitung dieses Verfahrens gegeben hat, einen eigenständigen politischen Beschluß zur Durchsetzung des Verfahrens gefaßt.

Am 26.4.1979 wurde der Prozeß eröffnet. Die Beklagten einigten sich auf eine politische Erklärung gegen den Prozeß: „Wir werden uns nicht das Demonstrationsrecht nehmen lassen, und wir werden auch nicht die Kosten für die Unterdrückung des bürgerlichen Staates finanzieren.“ (aus der Erklärung). Zunächst faßte das Gericht einen Beschluß über die „Schlüssigkeit der Klage“. Sodann begann die Beweisaufnahme, entlag etwa folgender Fragen: „Beteiligte sich der Beklagte zu 13 an den Angriffen auf den Zaun des Kernkraftwerks in Grohnde, indem er Schweißarbeiten durchführte? Hat der Beklagte zu 1 in der Hauptverhandlung ... erklärt: ‚Wenn der Staat in Gorleben die Entscheidungsschlacht führen wolle, müßten sich die Gegner des Energieprogramms der Bundesregierung darauf einrichten?‘ “. 150 Zeugen wurden an 44 Verhandlungstagen zu solchen und ähnlichen Beweisthemen gehört. Erneut die Polizeieinsatzleitung und alle an Festnahmen beteiligten Polizisten, auch, nach meist hartem Kampf gegenüber dem Gericht, einige Zeugen der Verteidigung.

Deutlich wurde in diesem Verfahren, das durch seine Länge gewissermaßen zermürbend wirkte und den Kampf im Gerichtssaal erschwerte, der politische Zweck, den die Bourgeoisie am 19.3.77, einen Monat nach der gescheiterten Aktion in Brokdorf, verfolgte. Sie wollte einer gespaltenen Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm mit einer geballten Polizeimacht von Anfang an zeigen, daß selbstständiger Kampf gegen den bürgerlichen Staat zwecklos ist. Dem dienten die Polizeischikanen bei der Anfahrt, dem dienten die Sperren vor Grohnde, von denen eine in einer kühnen Aktion der Demonstration beseitigt wurde, dem diente schließlich vor allem die fast gelungene Zerschlagung der Demonstration am Bauplatz.

Das jetzt zu fällende Urteil wird von der Bourgeoisie gespannt erwartet. Geurteilt wird jetzt bloß darüber, wer von den Beklagten zu zahlen hat. Nach Durchlauf von Berufungs- und Revisionsinstanzen wird erst entschieden, wer wieviel zu zahlen hat. Das kann sich über weitere Jahre erstrecken. Zeigen wird sich aber bereits jetzt nicht nur, daß die Beklagten (wenigstens einige von ihnen) bis auf weiteres zu Schuldnern des bürgerlichen Staates gemacht werden – zeigen wird sich für die Bourgeoisklasse, ob's sich lohnt, sowas gelegentlich fortzusetzen, bei Teilnehmern der Aktion gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen etwa oder bei Gorleben-Demonstranten. Das zeigt die politische Bedeutung des Urteils, aber auch, daß der Kampf gegen das Verfahren verstärkt Bestandteil des Kampfes gegen das Enregieprogramm werden muß.

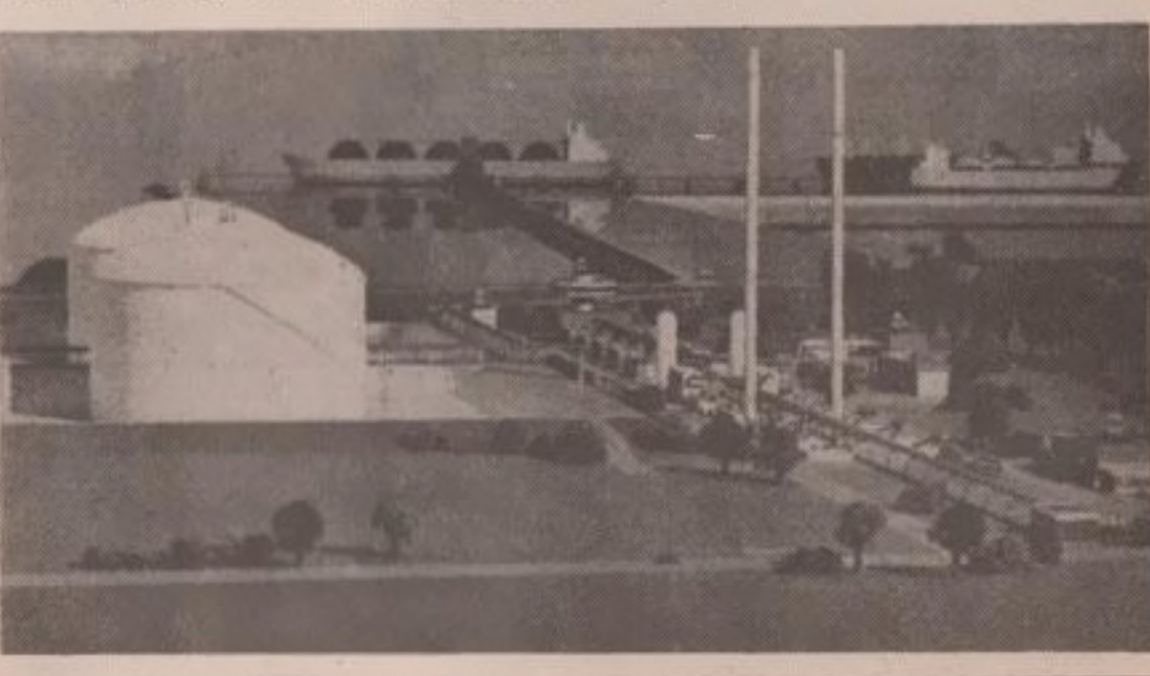
Die westdeutsche Bourgeoisie stößt auf Schwierigkeiten mit der Erdgasversorgung

r.bia. Über 15% des Energiebedarfs Westdeutschlands werden derzeit mit Erdgas gedeckt. Das Erdgas hat einen doppelt so hohen Wärmeinhalt wie das Stadtgas. Die westdeutsche Bourgeoisie trachtet danach, den Energieanteil an Erdgas beständig auszubauen. Allein im Weser-Ems-Gebiet liegt der Energieanteil in den Fabriken bei 51%, während er im Bundesdurchschnitt bei 23% liegt. Über 80% der westdeutschen Erdgasvorkommen lagern im Weser-Ems-Raum. Durch zusätzliche Verträge mit den Niederlanden und Norwegen hat sich die westdeutsche Bourgeoisie weitere Erdgasmengen sichergestellt. In Emden ist die Ankunftsstelle einer Erdgaspipeline aus dem Ekofiskfeld. Die Erdgaslieferungen aus den Niederlanden und Norwegen sind derzeit die einzig nennenswerten Erdgaslieferungen für die Bundesrepublik. In dem Bestreben weitere Erdgaslieferungen für die kapitalistische Produktion sicherzustellen, stoßen die westdeutschen Imperialisten auf immer größere Schwierigkeiten.

Die ausgehandelten Erdgaslieferungen aus dem Iran sind fraglich geworden. Sie sollten über eine Pipeline über die Sowjetunion nach Westdeutschland herangeschafft werden. Bisher hatten die westdeutschen Imperialisten zur Deckung ihres Erdgasbedarfs noch Verträge mit Algerien und neuestens auch mit Nigeria. Das Erdgas aus diesen beiden Ländern sollte als Flüssiggas nach Europa herübergeholt werden. Beteiligt an dem Projekt sind mehrere westeuropäische Konzerne aus Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik. Von westdeutscher Seite sind Brigitta und Elwerath (BEB), Thyssengas, Ruhrgas AG, Gelsenberg AG, Salzgitter Ferngas sowie die EWE beteiligt.

Das Erdgas sollte mit der Methode der Gasverflüssigung herübergeholt und mit LNG-Flüssiggastankern in Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik angelandet werden. Die Verträge mit dem algerischen Staatsunternehmen Sonatrach waren 1977 unter Leitung vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Friedrichs, abgeschlossen worden. Innerhalb von 20 Jahren sollten vier Mrd. cbm angeliefert werden. 2,3 Mrd. sollten dann noch aus Nigeria bezogen werden.

Am 14. Juni schrieb die Wilhelmshavener Zeitung, daß Algerien seine Wirtschaftspolitik überdacht und den Vertrag verworfen habe. Algerien will zu besseren Bedingungen liefern und hauptsächlich über eine Gaspipeline durchs Mittelmeer. Allein für die 2,3 Mrd. cbm aus Nigeria braucht kein Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven gebaut zu werden. Begonnen werden sollte mit dem Terminal schon in diesem Jahr. Das Bild zeigt die Planung des Flüssiggashafens mit Anleger. Der Anleger ist schon vom Land Niedersachsen gebaut worden. Ob jemals der Terminal gebaut wird ist noch unklar. In Dötlingen, bei Wildeshausen, soll der größte Erdgasspeicher Westdeutschlands gebaut werden. Dieser unterirdische Speicher soll eine Mrd. cbm Erdgas aufnehmen können. Damit befindet sich im Weser-Ems-Gebiet der größte unterirdische Erdöl- und Erdgasspeicher der Bundesrepublik.



Energiesparprogramm des Senats: teurer, kälter, bürokratisch

r.hew.Hamburg. Mit Kürzungen der Energieausgaben im Bereich der öffentlichen Dienste um 5% will der Senat in der Durchsetzung seines Energiesparprogramms „selbst mit gutem Beispiel vorangehen“. Die Maßnahmen umfassen u.a.: Durchsetzung der (schon 1968 beschlossenen) 20 Grad Raumtemperatur; Überprüfung der öffentlichen Gebäude und der Heizungsanlagen; nur noch begrenzte Vergabe z.B. von Schulräumen für Veranstaltungen; Senkung der Treibstoffkosten der Fahrzeuge im öffentlichen Dienst. Diese Kürzungen laufender Ausgaben werden von Investitionen zur Energieeinsparung ergänzt. Dazu gehören Versuche mit neuen Treibstoffen in städt. Fahrzeugen, Förderung der „Alternativ-Energie“-Anwendung usw. Steuergelder kassieren Hauseigentümer, die wärmedämmende Einbauten vornehmen lassen. Zu diesem Förderungsprogramm schießt der Senat bis 1982 jährlich 15 Mio. DM zu. Bis zum Beginn der Heizperiode 1983/84 werden in allen Mietwohnungen durch die verbrauchsabhängige Abrechnung die Heizkosten steigen. Die SAGA beginnt damit schon 1980/81. Unter dem Stichwort „integriertes Versorgungskonzept“ läßt der Senat prüfen, ob in Zukunft ganze Wohngebiete einheitlich an das Fernwärme- oder Gasnetz angeschlossen werden können. Auch hier ist die SAGA in einigen Gebieten schon vorangegangen.

„Energie-Aktions-Programm“ der Nieders. Landesregierung

r.wof. 67,82 Mio. DM umfaßt das im Februar veröffentlichte „Energie-Aktions-Programm“ der Niedersächsischen Wirtschaftsministerin für 1980 – 1982. Wesentlicher Ausgabepunkt: „Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes sowie der Wärmeerzeugungs-, -verteilungs- und -verbrauchsanlagen in landeseigenen Gebäuden“. 33 Mio. DM sind hierfür vorgesehen. Dabei sollen 10% an Heizwärme und elektrischer Ernergie allein durch Ausweitung der Bespitzelung der Lohnabhängigen eingespart werden. Eingebaut werden sollen Meßeinrichtungen für die Erfassung des Energieverbrauchs in den Landesgebäuden, verlangt wird „konsequentes Einhalten“ der Raumtemperaturbegrenzung von 20°C. Die weiteren Programmpunkte beinhalten vor allem Subventionierung der Kapitalisten mittels weiteren Ausbaus der Fernwärmeversorgung, Subventionierung des Erdgasleitungsbaus und „Erprobung neuer energiesparender Technologien“ (zusammen ca. 16 Mio. DM). Das entspricht der Zielsetzung der CDU-Landtagsfraktion nach günstigeren Energiepreisen vor allem in den „schwächeren Wirtschaftsregionen“, womit auch klar ist, daß es nicht um günstigere Energiepreise für die Massen geht. ⅔ der Investitionen kleiner und mittlerer Kapitalisten für Energiesparmaßnahmen sollen im übrigen nach dem „Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung ... vom 8.11.1977“ subventioniert werden, vorausgesetzt, das Bankkapital erkennt die Förderungswürdigkeit an.

Gebührenerhöhungen um das „Energiebewußtsein“ zu stärken

r.mac. Am 2. Oktober 1979 hat der Westberliner Senat ein erstes Landesprogramm zur rationellen und sparsamen Energieverwendung beschlossen. Die Realisierung dieses Programms wird nach Worten des Wirtschaftssenators Lüder (FDP) bis 1983 voraussichtlich über 200 Mio. DM kosten. Wegen „der Grenzen der Primärenergie-Ressourcen in einem Ballungsgebiet wie Berlin“ komme der Konzeption besondere Bedeutung zu. Schwerpunkte des Programms sind u.a.: „Stärkung des Energiebewußtseins in der Öffentlichkeit, energiesparende Ausrüstung von Neubauten und Gebäuden der öffentlichen Hand, Förderung energiesparender Bauweisen, Ausbau der Fernwärme, Forschungsprogramm zur Erprobung und Demonstration auf dem Energiesektor sowie Fragen der Tarifgestaltung auf dem Elektrizitätssektor.“ So sind z.B. die Strompreise am 1. Mai um 18,9% für Haushalte und um 13% für Gewerbebetriebe erhöht worden, die gesamte Preiserhöhung für Gas soll 1980 27,9% betragen, wobei die zweite Erhöhung von 10,63% am 10.6. beschlossen wurde. Das erste Fernwärmekraftwerk soll jetzt in Kreuzberg errichtet werden. Zur „Stärkung des Energiebewußtseins der Bevölkerung“ hatte der Senat schon Ende 1979 eine Broschüre herausgegeben mit Tips wie: „Während des Duschens können Sie beim Einseifen das Wasser abstellen“.

Beschäftigte sollen Energiesparmöglichkeiten aufspüren

r.frn. „Organisatorische Maßnahmen zur Einsparung von Energie durch das Verbraucherverhalten der öffentlichen Bediensteten für die Stadtgemeinde Bremen“, hatte der Bremer Senat im Amtsblatt 65/1979 verkündet. Die öffentlich Bediensteten sollen beispielgebend vorangehen und dafür „erträgliche Komforteinbußen und zumutbare Belastungen“ hinnehmen. Ziel ist es „bis zu 100% des Energieverbrauchs der öffentlichen Hand Bremens zu sparen“. Die Beschäftigten werden aufgefordert, „weitere Möglichkeiten der Energieeinsparung am Arbeitsplatz aufzuspüren“, zusätzlich zu den verordneten. Nach denen darf die Raumtemperatur in Büros höchstens 20° betragen, ebenso in Unterrichtsräumen und Kindertagesstätten, in Treppenhäusern, Fluren, Aborten nicht mehr als 10 bis 15°, in Krankenzimmern 21°, in medizinischen Behandlungsräumen 24°, Turnhallen 18°. Ausnahmen kann der Amtsarzt anordnen. Dienstfahrten mit PKW über längere Entfernungen sind zu vermeiden, schneller als 130 km/h darf nicht gefahren werden. Für die Fahrt zur Arbeitsstätte werden dringend öffentliche Verkehrsmittel empfohlen. – In den Richtlinien für das Bund-/Landesmodernisierungsprogramm (Amtsblatt 57/1978) werden Maßnahmen zur baulichen Veränderung von Wohnungen aufgeführt, die gefördert werden.

Stadtrat Hannover verdreifacht Kleingartenpreis

Über 20000 Arbeiter, Angestellte und Beamte wenden viel Zeit auf zur Verbesserung der Reproduktion

r.scm. Am Donnerstag letzter Woche hat der Stadtrat Hannover ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung eine Erhöhung der Höchstpachtpreise für Kleingartenland beschlossen. Bis zu 57 Pfennig je m² (bisher 20) soll die Pacht künftig jährlich betragen. Für Wohnlauben kommen 24,88 DM (bisher 14,21) je m² Wohnfläche hinzu.

In Hannover kommt auf 25 Einwohner ein Kleingarten, (Bundesdurchschnitt: auf 100 Einwohner ein Kleingarten). Es ist also namentlich in dieser Stadt ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung, dessen Reproduktion durch die Kleingärten mit geprägt ist. Von den über 21000 Gärten wird etwa die Hälfte mit Nutzpflanzen bebaut, so daß sie eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Versorgung mit frischem Obst und Gemüse spielen. Andererseits dienen die Gärten als Erholungsort, bei bisher z.B. 80 DM Pacht im Jahr für eine Parzelle erheblich billiger als Ausflüge in die Umgebung der Stadt, in den Zoo oder ins Schwimmbad, zumal für Familien mit Kindern. 700 Lauben werden als erster Wohnsitz genutzt, für die – obwohl von den Pächtern selbst aufgebaut – zusätzliches Wohnlaubenentgelt entrichtet werden muß, das aber weit unter Mietpreisen liegt. Für Kleingärtner, die nicht dort wohnen, lohnt sich die Sache nur, wenn die Wegezeiten zwischen Wohnung und Parzelle nicht zu groß sind, so daß aufgrund der Politik der Stadt, Verlagerung der Kolonien an den Stadtrand, Nichtautobesitzer zum Großteil ausgeschlossen sind. (1972 ergab eine Umfrage, daß 71% Autobesitzer sind.)

Das Kleingartenwesen, in Ansätzen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorhanden, entwickelte sich seit der Jahrhundertwende in großem Ausmaß, insbesondere nach den beiden Weltkriegen. 1919 erließ die Nationalversammlung die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung mit der Bestimmung, daß die Kommunalbehörden Höchstpachtpreise festzusetzen hätten und daß Kündigungen der Pachtverhältnisse nur aus „wichtigem Grund" möglich seien. Mit der Kündigungsschutzverordnung 1944 wurde die Kündigung von behördlicher Zustimmung abhängig gemacht und Entschädigung und Beschaffung von Ersatzland für den Pächter versprochen. Im wesentlichen galten diese Regelungen bis Juni 1979, als das Bundesverfassungsgericht die kommunale Zustimmungspflicht zur Kündigung für unvereinbar mit dem Artikel 14 des Grundgesetzes (Schutz des Privateigentums) erklärte.

Kleingärten im Stadtgebiet Hannover

Jahr	Anzahl Gärten	Gesamtfläche in ha	je Garten in m²
1895	95	11,0	1158
1920	11317	696,2	615
1945	24421	1387,5	568
1950	24357	1418,8	583
1960	21450	1228,7	573
1970	21835	1243,8	570
1977	22432	1250,6	558
1979	21297	1186,2	557

Die Kapitalisten sahen die Kleingärten insbesondere nach den beiden Kriegen als Mittel, Lohn, Arbeitslosengeld, Rente und Sozialhilfe zu sparen, indem sie die Massen auf diese Quelle für Nahrungsmittel verwiesen. An Land mangelte es damals nicht. Kündigungsschutz und Höchstpachtpreise waren für sie kein großes Opfer. Mit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg stieg die Gier der Kapitalisten nach dem Kleingartenland. Insbesondere die privaten Verpächter betrieben Kündigungen „aus überwiegendem öffentlichen Interesse". 1945 waren 61% der Gärten (65% der Fläche) in privatem Besitz, 1977 waren es noch 40% (43%). 6426 Gärten wurden zwischen 1950 für Wohnungsbau (1657), Gewerbe (1637), städtische Infrastruktur (2713) oder sonstiges gekündigt. Ersatzland gab es dann oft am Stadtrand, oder die Parzellen wurden im Rahmen einer „Sanierung" verkleinert.

Mußte auch im Einzelfall die einzelne Kolonie den Bebauungsplänen der Kapitalisten weichen, so scheint die Stadt als Vertreterin der Kapitalisten doch ihr Interesse an dem Kleingartenwesen nicht gänzlich verloren zu haben, wie sich auch in der relativ geringeren Kündigungszahl der Parzellen auf städtischem Gebiet zeigt. Ein Grund dürfte sein, daß sie in gewissem Umfang gezwungen ist, durch Bereitstellung von Grünflächen die Luft erträglich zu halten. Sonst kostet es die Kapitalisten entweder mehr Abluftfilter oder mehr Klimaanlagen, auf alle Fälle politisch einiges. Kleingärtnerei ist da für die Stadt noch die preisgünstigste Lösung.

Als Ende 1979 der Verpächter Fontaine 100 Kleingärtnern kündigte, um Pachtpreise von 1,80 DM durchzusetzen, klagte die Stadt gegen Fontaine und verlor diesen nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteils aussichtslosen Prozeß prompt. Jetzt hat sie selbst beschlossen, die Pacht zu verdreifachen.

Bauerndemonstrationen reißen nicht ab 7,9% – die Forderung ist nicht erledigt



z.scc.Brüssel. Der Beschluß der EG-Landwirtschaftsminister, die Agrarpreise um nur 5% anzuheben, hat neue Demonstrationen der Bauernmassen hervorgerufen. 3000 Bauern nahmen Anfang Juni an einer Kundgebung des unterfränkischen Bauernverbandes in Mellrichstadt teil, einige hundert demonstrierten im niederländischen Winschoten, 15000 am 19.6. in Antwerpen, Belgien: Anhebung der Erzeugerpreise um 7,9%, bleibt die gemeinsame Forderung der Bauernverbände in der EG. Der belgische Bauernverband hat ausgerechnet, daß die dauernden realen Erzeugerpreissenkungen das Bauernlegen wild beschleunigen: ⅔ der jetzt rund 60000 Bauernfamilien in Flandern werden demnach innerhalb der nächsten 20 Jahre ruiniert sein.

che nur, wenn die Wegezeiten zwischen Wohnung und Parzelle nicht zu groß sind, so daß aufgrund der Politik der Stadt, Verlagerung der Kolonien an den Stadtrand, Nichtautobesitzer zum Großteil ausgeschlossen sind. (1972 ergab eine Umfrage, daß 71% Autobesitzer sind.)

Das Kleingartenwesen, in Ansätzen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorhanden, entwickelte sich seit der Jahrhundertwende in großem Ausmaß, insbesondere nach den beiden Weltkriegen. 1919 erließ die Nationalversammlung die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung mit der Bestimmung, daß die Kommunalbehörden Höchstpachtpreise festzusetzen

als Mittel, Lohn, Arbeitslosengeld, Rente und Sozialhilfe zu sparen, indem sie die Massen auf diese Quelle für Nahrungsmittel verwiesen. An Land mangelte es damals nicht. Kündigungsschutz und Höchstpachtpreise waren für sie kein großes Opfer. Mit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg stieg die Gier der Kapitalisten nach dem Kleingartenland. Insbesondere die privaten Verpächter betrieben Kündigungen „aus überwiegendem öffentlichen Interesse". 1945 waren 61% der Gärten (65% der Fläche) in privatem Besitz, 1977 waren es noch 40% (43%). 6426 Gärten wurden zwischen 1950 für Wohnungsbau (1657), Gewerbe (1637), städtische Infrastruktur (2713) oder sonstiges gekündigt. Ersatzland gab es dann oft am Stadtrand,



z.scc.Brüssel. Der Beschluß der EG-Landwirtschaftsminister, die Agrarpreise um nur 5% anzuheben, hat neue Demonstrationen der Bauernmassen hervorgerufen. 3000 Bauern nahmen Anfang Juni an einer Kundgebung des unterfränkischen Bauernverbandes in Mellrichstadt teil, einige hundert demonstrierten im niederländischen Winschoten, 15000 am 19.6. in Antwerpen, Belgien: Anhebung der Erzeugerpreise um 7,9%, bleibt die gemeinsame Forderung der Bauernverbände in der EG. Der belgische Bauernverband hat ausgerechnet, daß die dauernden realen Erzeugerpreissenkungen das Bauernlegen wild beschleunigen: ⅔ der jetzt rund 60000 Bauernfamilien in Flandern werden demnach innerhalb der nächsten 20 Jahre ruiniert sein.

Verschuldung der Bauern stieg Banken dehnten Geschäfte aus

z.doj. 1979 mußten die Bauern um rund 2 Mrd. DM mehr Kredite aufnehmen, um die nötigen Investitionen zu tätigen. Das machte über 50% aller vorgenommenen Nettoinvestitionen aus. Ihre Verschuldung bei den Banken ist durchschnittlich von 1975 rund 2500 DM pro Hektar Landfläche auf 1979 3170 DM/ha LF gestiegen: bei den Klein- und Mittelbauern drückt eine Schuld von über 8500 DM/ha LF, während die Großbauern mit ihren Bankschulden unter 400 DM/ha LF liegen. Nutznießer sind v.a. folgende zentrale Banken: die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Siedlungs- und Rentenbank, Deutsche Genossenschaftsbank. Sie tätigten ihre Geschäfte über Landesbanken, Sparkassen und örtliche Genossenschaftsbanken. Ihr in die Landwirtschaft investiertes Kapital belief sich 1979 auf 37,25 Mrd. DM und lag um 6% höher als im Vorjahr. Die Landwirtschaftliche Rentenbank z.B. besitzt Anteile der Genossenschaftsbank und refinanziert bei der Deutschen Bank. Über sie wurden Flurbereinigungen, Wegebau, Trinkwasserversorgungs-, Abwasserbeseitigungsanlagen und Dorferneuerungsbauten finanziert, ebenso wie die Beschaffung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln. Sie investiert in Sonderkultur- wie in forstwirtschaftliche Betriebe und in den letzten Jahren verstärkt in die Ernährungsindustrie, über welche sie die Bauern noch besser in die Zange nehmen kann.

Schweden: Bauern kampfbereit für höhere Erzeugerpreise

z.coi.Stockholm. Mit 13 Mio. DM hat der schwedische Bauernverband auf seinem Kongreß Mitte Juni seinen Kampffonds erhöht. Damit sollte die Bereitschaft der Bauern markiert werden, angesichts der im Herbst anstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des dreijährigen Preisabkommens für landwirtschaftliche Produkte mit der Regierung auch zu Kampfmaßnahmen zu greifen. Das geltende Abkommen sieht im wesentlichen die halbjährliche Angleichung der bäuerlichen Einkommen an die Entwicklung der Produktionsmittelkosten (amtlicher Produktionsmittelindex) sowie die

Schweden: Bauern kampfbereit für höhere Erzeugerpreise

z.coi.Stockholm. Mit 13 Mio. DM hat der schwedische Bauernverband auf seinem Kongreß Mitte Juni seinen Kampffonds erhöht. Damit sollte die Bereitschaft der Bauern markiert werden, angesichts der im Herbst anstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des dreijährigen Preisabkommens für landwirtschaftliche Produkte mit der Regierung auch zu Kampfmaßnahmen zu greifen. Das geltende Abkommen sieht im wesentlichen die halbjährliche Angleichung der bäuerlichen Einkommen an die Entwicklung der Produktionsmittelkosten (amtlicher Produktionsmittelindex) sowie die
jährliche Einkommenserhöhung vor, entsprechend dem LO-Tarifvertrag abzüglich der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft. Der Bauernverband muß jedesmal ein Übereinkommen mit der „Konsumentendelegation", bestehend aus Vertretern des Staates, des Kapitalistenverbandes und der Gewerkschaften, erzielen. Tatsächlich konnte das Einkommen der selbstwirtschaftenden Bauern mit den Produktionsmittelpreisen nicht Schritt halten. Mußte ein Bauer aus Mittelschweden 1970 für ein kg Suprasalpeter den Erlös von 2,3 kg Weizen wegzahlen, so sind es jetzt 3,4 kg Weizen, d.h. 48% mehr, bei einer Hektarertragssteigerung von 16%. Horrende Verschuldung und zunehmende Betriebsschließungen sind die Folgen, gegen die die Bauern antreten wollen.

Brasilien führt Exportsteuern auf Sojabohnen ein

z.ans. Die brasilianische Regierung hat kürzlich Exportsteuern zwischen 8 und 13% auf die verschiedenen Sojabohnenprodukte beschlossen. Aus der sehr proteinhaltigen Bohne werden vor allem Speiseöle und Viehfutter hergestellt. Ihre Verwendung in der Farben- und chemischen Industrie ist vielseitig. Brasilien liegt nach den USA und der Volksrepublik China an dritter Stelle in der Produktion und an zweiter Stelle im Export. Der Anteil des Sojabohnenexports an der Gesamtausfuhr des Landes macht 11,1% aus. Bereits im Dezember und Februar hatte die Regierung Sojabohnenexportsteuern eingeführt, diese jedoch nach massivem Protest der Großgrundbesitzer wieder aufgehoben. Das Ziel der erneut beschlossenen Maßnahme ist: Die Abwertung des Cruzeiros soll nicht dazu führen, daß dieses wichtige Exportprodukt auf dem Weltmarkt zu Schleuderpreisen verkauft werden muß und sich die Austauschverhältnisse für Brasilien weiter verschlechtern. Im Gegenteil soll die negative Preisentwicklung gebremst werden. Für Juli 1980 wird an der Chicagoer Börse für Sojabohnen ein Kurs von 647,5 cents pro Bushel notiert, vor einem Jahr läg er noch bei 798. Außerdem soll erreicht werden, daß ein ausreichender Vorrat an Sojaprodukten im Land selbst bleibt und nicht wie 1979 100000 Tonnen Sojaöl eingeführt werden müssen.

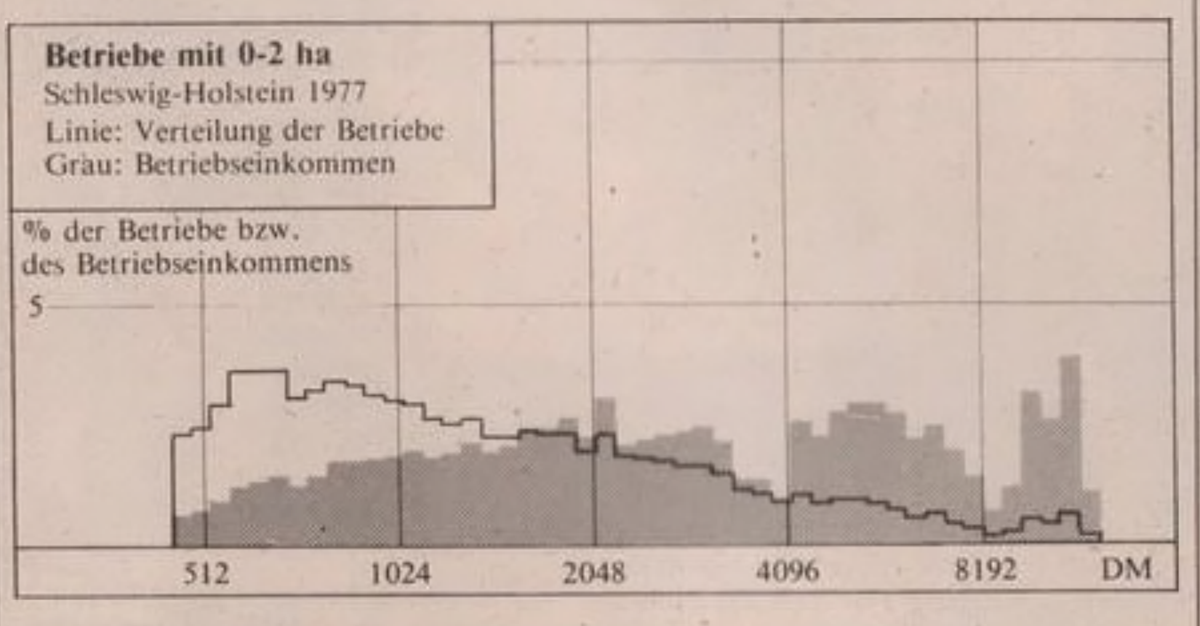
Bis 10 ha heute fast nur noch Nebenerwerbsbauern in Schleswig-Holstein

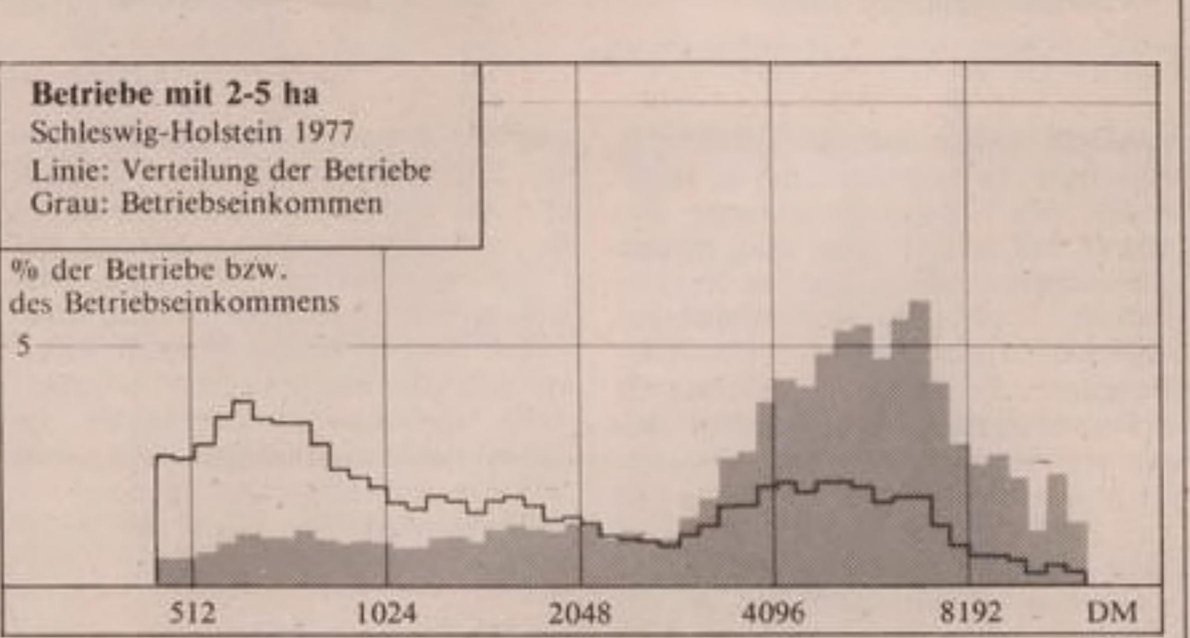
z.ham. 1949 gab es in Schleswig-Holstein 20744 landwirtschaftliche Betriebe, einschließlich Gartenbau und Baumschulen, in der Größenklasse von 2 – 10 Hektar. 1977 waren es 6005. Trotz geringer Flächenausstattung versuchen diese Bauern, ihre Höfe als Vollerwerbsbetriebe zu bewirtschaften, indem sie arbeitsintensive Veredelungsprodukte (z.B. Milch) oder Gemüse (Erdbeeren, Spargel, Kohl) oder Obst erzeugen. Aber die große Mehrzahl sind Nebenerwerbsbetriebe geworden. Die erwirtschafteten Betriebseinkommen weisen also eine weite Spanne auf. Um sie in nebenstehenden Schaubildern in den einzelnen Betriebsgrößenklassen darstellen zu können, haben wir die Einkommen unter 512 DM nicht aufgetragen. Deshalb die senkrecht einsetzenden Kurven. In den Klassen 0 – 2 und 2 – 5 Hektar (ha) liegen 74% der Betriebe bei einem Betriebseinkommen unter 512 DM, die meisten verrichten also noch eine Lohnarbeit, aber nicht wenige, vor allem Ältere, müssen davon leben. Von 0 – 2 ha gibt es 5857 Betriebe. In der Klasse 2 – 5 ha 3323, in der Klasse 5 – 10 ha (1543 Betriebe) sind es 41%. In diesen 3 Klassen liegen 31,3% der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Gruppen 2 – 10 ha bewirtschafteten 1949 9,3% der Nutzfläche, 1977 noch 2,7%.

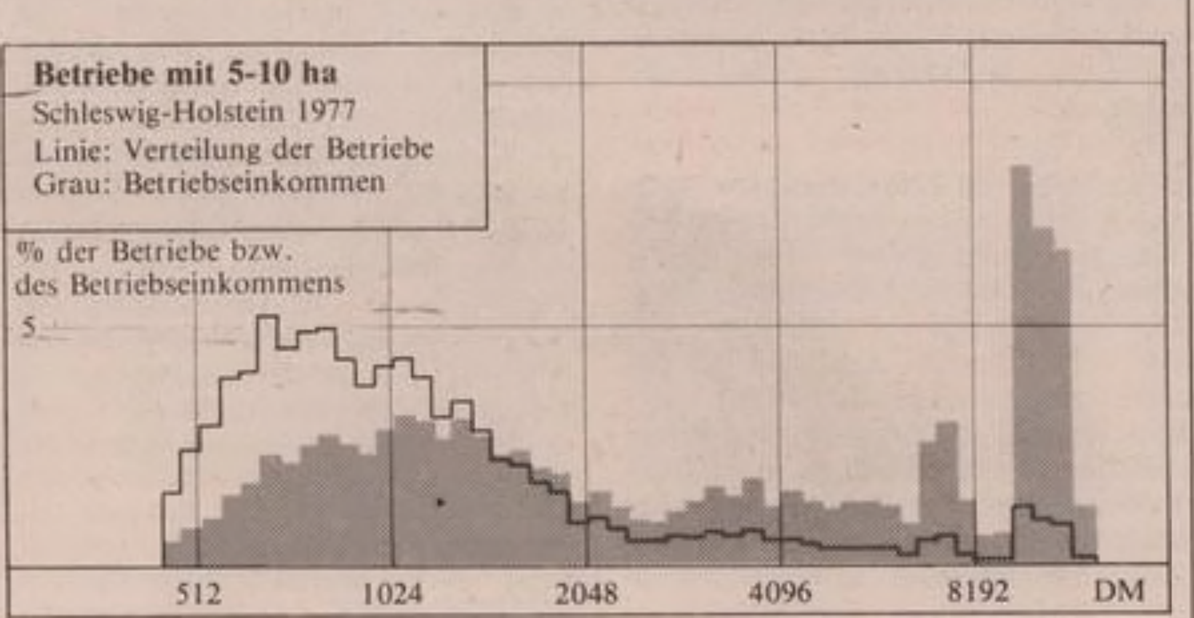
Der gartenmäßige Anbau von Intensivkulturen findet bevorzugt in der Nähe des Ballungszentrums Hamburg statt wegen der Transportwege (leichte Verderblichkeit) und im Fall der großen Baumschulen auch wegen dem Vorhandensein reichlicher und billiger Arbeitskraft, früher vor allem Frauen, heute dazu Ausländer. Diese schaffen die hohen Einkommen von über 8000 DM/Monat in der Klasse 5 – 10 ha. Bauern um Hamburg haben z.T. ihre kleine Viehhaltung eingeschränkt und ziehen Pflanzen für die großen Handelsbaumschulen als Zulieferer. Diese Möglichkeiten haben sie im nördlichen Landesteil nicht. Auf der schleswigschen Geest sind daher die Kühe aufgestockt worden. Sie erzwingen wachsende Betriebsgrößen. In Nordfriesland erhöhte sich der Flächenanteil der Betriebe über 30 ha landwirtschaftliche Nutzfläche am stärksten: von 40,9% 1960 auf 74,6% im Jahre 1977. Die Regierung hat diese Entwicklung mit ihren Gesetzen abgesichert und beschleunigt, so durch das Verbot gegen Bauern, ihre Milch „direkt", d.h. an die Volksmassen, zu verkaufen und hat so den Einsatz von Kühlanlagen erzwungen. Deshalb sagen so viele kleine Bauern: „Se (die Regierung und der Staat) wöllt uns dor mang ut hebben" (sie wollen uns dazwischen 'raus haben). Die in den Bundeswehreinrichtungen geschaffenen Arbeitsplätze werden Bauernauffanglager genannt.

Auch die Haltung größerer Viehmassen ist dem kleinen Bauern verwehrt durch die Steuergesetze, die ihn der Gewerbesteuerpflicht unterwerfen, wenn er Tierproduktion betreibt, die über Nebenerwerbslandwirtschaft hinausgeht. Deshalb gab es in den 50er und 60er Jahren auch die Verbindung aus kleiner Viehhaltung (z.B. 5 Kühe) und Feldgemüseanbau, vor allem Kohl. Heute wird die Masse des Kohls auf größeren Höfen, so auf Fehmarn, Durchschnittsgröße 64 ha, angebaut.

Eine politische Aufgabe können die Bauern aus dem Apfelanbau erkennen. 355 Betriebe erzeugten 1977 Äpfel. Die Hälfte ist Selbstvermarkter, begünstigt durch die Tatsache, daß der Apfel nicht weiterverarbeitet werden muß und verhältnismäßig einfach zu lagern und zu transportieren ist, anders als z.B. Frischmilch. Die Selbstvermarkter haben 2,7 ha Fläche. Die an Handel und Genossenschaften liefern benötigen 4,3 ha. Die Bauern müssen sich also selbst um den Absatz ihrer Produkte kümmern, d.h. den Kampf um die Genossenschaften führen, die zu bloßen Erfassungsorganen für Großhandel/Industrie verkümmert sind.







Matthöfer muß sich verteidigen – Antwort auf Briefe gegen seine Steuerraubpolitik

z.mak. Bundesfinanzminister Matthöfer hat in den letzten Monaten zahlreiche Briefe aus Betrieben und Abteilungen bekommen, die sich gegen den Steuerraub der Bundesregierung und für eine Erhöhung des Steuergrundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn und Anbindung an den Durchschnittslohn aussprechen. Matthöfer hat jetzt einen Antwortbrief persönlich unterschreiben müssen.

Er hat unterschrieben, daß durch die „Steuerentlastungsprogramme der Bundesregierung seit 1975 ... die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer insgesamt noch in vertretbaren Grenzen geblieben ist". Begründet wird das damit, daß die Lohnsteuerquote 1974 14,8% betragen hat und unter Berücksichtigung des geplanten „Steuerpakets" 1981 ebenfalls 14,8% betragen wird. Es gibt verschiedene Veröffentlichungen über die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die darauf gezahlte Lohnsteuer (das Verhältnis zwischen beiden ist die Lohnsteuerquote). Wir haben eine durchgerechnet und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

Jahr	Bruttolöhne u. -gehälter in Mrd. DM	Lohnsteuer Mrd. DM	Lohnsteuerquote %
1969	266,4	27,1	10,2
1970	314,4	35,1	11,2
1971	353,7	42,8	12,1
1972	385,7	49,8	12,9
1973	434,5	61,3	14,1
1974	377,2	72,0	15,1
1975	493,3	71,2	14,4
1976	526,1	80,6	15,3
1977	562,0	90,8	16,2
1978	600,2	92,0	15,3
1979	643,5	97,1	15,1
1980	691,1*	109,5*	15,8

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 4/79 und 4/80. Veröffentlichungen vom Statistischen Bundesamt kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. * Errechnet nach Angaben der letzten Steuerschätzung für 1980

Die Entwicklung der Lohnsteuerquote zeigt, daß die Quote 1974 ihren höchsten Stand erreicht hatte. Dann wurde die Bundesregierung gezwungen, ihre erste Steuerreform vorzunehmen, die dann auch tatsächlich für einen kurzen Zeitraum eine Steuererleichterung brachte. Diese Reform war jedoch so angelegt, daß bereits die nächste Lohnerhöhung einen Anstieg der Lohnsteuer bedeutete, und 1977 lag die Lohn-
er bedeutete, und 1977 lag die Lohn-
steuerquote sogar über der von 1974. Dann kam wieder eine Reform, die die Lohnsteuerquote ein wenig drückte, um dann aber wieder anzusteigen. Matthöfers Lohnsteuerquote ist also Betrug, und es gehört schon eine Portion Unverfrorenheit dazu, dies auch noch als „Stabilität" verkaufen zu wollen. Matthöfer hält es für „vertretbare Grenzen", wenn 1981 die Lohnsteuerquote genauso hoch ist wie 1974, als sie ihren bis dahin höchsten Stand erreicht hatte. Man kann sich also gut vorstellen, welche Hoffnungen die Bundesregierung in das „Steuerpaket 1981" setzt.

Unterlassen hat es der Herr Minister in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß eine relativ gleichbleibende Lohnsteuerquote noch überhaupt nichts aussagt über die tatsächliche Summe der Lohnsteuer, die der bürgerliche Staat den Lohnabhängigen abpreßt. Diese Summe ist – wie aus der Tabelle ersichtlich – drastisch gestiegen.

Weiter entwickelt Matthöfer eine interessante Alternative, wenn er schreibt: „Höhere Realeinkommen könnten an sich eine höhere Steuerbelastung rechtfertigen, da die Einkommen progressiv besteuert werden sollen. Das gilt besonders, wenn bei steigenden Löhnen die Belastung mit anderen Steuern, die die Einkommen der Arbeitnehmer indirekt belasten, im Gegenzug zurückgeht." Damit meint er, daß wenn die Verbrauchssteuer zurückgeht, die Lohnsteuer ruhig steigen könnte. Umgekehrt, umgekehrt? An den nicht so hohen indirekten Steuern stört ihn sowieso nur, daß dadurch z.B. die Rentner und arbeitslosen Lohnabhängigen nicht genügend zur Kasse gebeten werden, da diese ja keine Lohnsteuer zahlen. Auf diesen Alternativvorschlag von Matthöfer, bei sinkender Lohnsteuerquote dann die indirekten Steuern noch höher anzuziehen, kann sich die Arbeiterbewegung sicherlich nicht einlassen. Auch die Sache mit den „zurückgegangenen" indirekten Steuern hat ihre zwei Seiten. Es stimmt, vergleicht man die Entwicklung der indirekten Steuern im Verhältnis zur Lohnsteuer, ist erstere von 1970 an relativ zurückgegangen, aber die Einnahmen des Staatsapparates bei den indirekten Steuern sind auch da gestiegen. Die wichtigsten indirekten Steuern betrugen 1970 66,3 Mio. DM, 1974 88,6 Mio. und 1979 132,9 Mio. DM (Umsatzsteuer, EG-Anteil Zölle, Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Bier- und Kraftfahrzeugsteuer).

Zum Schluß schreibt Matthöfer, daß er zwar auch für Steuerentlastung gerade für „kleinere und mittlere Einkommensbezieher" sei, aber die 25% vom Durchschnittslohn würden doch ein allzu großes Loch in den Steuerhaushalt reißen – seiner Meinung nach 30 Mrd. DM. Geht man von 20,5 Mio. Lohnsteuerpflichtigen aus, bedeuten 25% steuerfrei vom Durchschnittslohn 20,9 Mrd. Mark. Matthöfers Durchschnittslohn für 1981 liegt da etwas höher. Jedoch auch in diesem Fall kommmt als Ergebnis nur 23,2 Mrd. DM raus. Oder will Matthöfer behaupten, die 7 Mrd. „Defizit" entstünden durch die paar Einkommenssteuer-
durch die paar Einkommenssteuer-
pflichtigen, die keine Lohnsteuer zahlen?

Noch größeren Schrecken jagt Matthöfer allerdings die Forderung nach Anbindung des Steuergrundfreibetrages an den Durchschnittslohn ein. Ganz davon abgesehen, daß es eine solche Indexierung der Steuer bereits bei der Mehrwertsteuer gibt, denn durch Erhöhung der Preise erhöht sich auch automatisch die Mehrwertsteuer, die die Massen zahlen müssen. Es ist aber auch sonst vollständig richtig, wenn sich die Arbeiterklasse auf den Standpunkt stellt, daß die Kapitalistenklasse ihren Staatsapparat alleine finanziert. Und die Anhebung des Steuergrundfreibetrages auf 25% und die Anbindung an den Durchschnittslohn sind ein erster Schritt in diese Richtung und vor allem auch ein Schritt dagegen, daß jede hart erkämpfte Lohnerhöhung gleichzeitig eine kräftige Steuererhöhung nach sich zieht.

Willkür regiert die Ausländerbeschäftigung

Ausländer- und Arbeitsförderungsgesetz sind die Ventile des Arbeitsmarktes

z.ebk. Das Ausländergesetz (AuslG) und das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) sind die Instrumente, mit denen die bundesdeutschen Imperialisten die Zufuhr ausländischer Arbeitskraft regulieren, ihre Bedingungen auf dem inneren Arbeitsmarkt und ihre Abschiebung festlegen. Die Ersetzung der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 durch das AuslG 1965 und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 durch das AFG von 1969 entsprach den Bedürfnissen des westdeutschen Kapitals, das nach dem stürmischen Aufbau der 50er Jahre Anfang der 60er Jahre den ersten Rückgang der Produktion und 1966/67 die erste schwere Krise erfuhr. Mehr und feinere Eingriffe erwiesen sich damit als notwendig. Die gegenseitige Abhängigkeit der Maßnahmen der Ausländerpolizei und der Arbeitsverwaltung schafft Rechtlosigkeit und sichert Verfügbarkeit der ausländischen Arbeitskraft im jeweils erforderlichen Umfang.

Sowohl das AuslG wie das AFG funktionieren nach dem System von Damm und Schleuse: Einreise und Arbeitsaufnahme ist Ausländern, die nicht der EG angehören, verboten. „Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt" (§2 AuslG). Die Entscheidung liegt im Ermessen der Behörde, die zusätzlich Bedingungen und Auflagen erteilen kann, die sowohl zeitlicher, räumlicher wie sonstiger Natur sein können. Gleiches gilt für die Arbeitserlaubnis nach dem AFG. „Die (Arbeits-)erlaubnis wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles erteilt. Sie ist zu befristen und kann auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden" (§19 AFG). Die Vermittlung ausländischer Arbeiter ist der Bundesanstalt für Arbeit vorbehalten. Aufgrund dieser Monopolstellung hat die BA vom Ende der 50er Jahre an in fast allen Mittelmeeranrainerstaaten Anwerbekommisssionen errichtet. 70% der Ausländer in der BRD stammen aus diesen Staaten.

Die bundesdeutsche Bourgeoisie ver-

Die bundesdeutsche Bourgeoisie verfuhr dabei nie nach einem reinen Rotationssystem. Im Gegenteil haben die Abwanderungen im Verhältnis aller anwesenden Ausländer ständig abgenommen (s. Tabelle).

Abwanderungen in Prozent der Ausländer insgesamt

Jahr	Ausländer insg.	Abwanderg. in %
1968	1942200	17,1
1969	2381100	15,5
1970	2976500	14,6
1971	3438700	14,5
1972	3526600	14,5
1973	3966200	13,2
1974	4127400	14,0
1975	4089600	14,6
1976	3948300	13,0
1977	3948300	11,1
1978	3981100	10,1

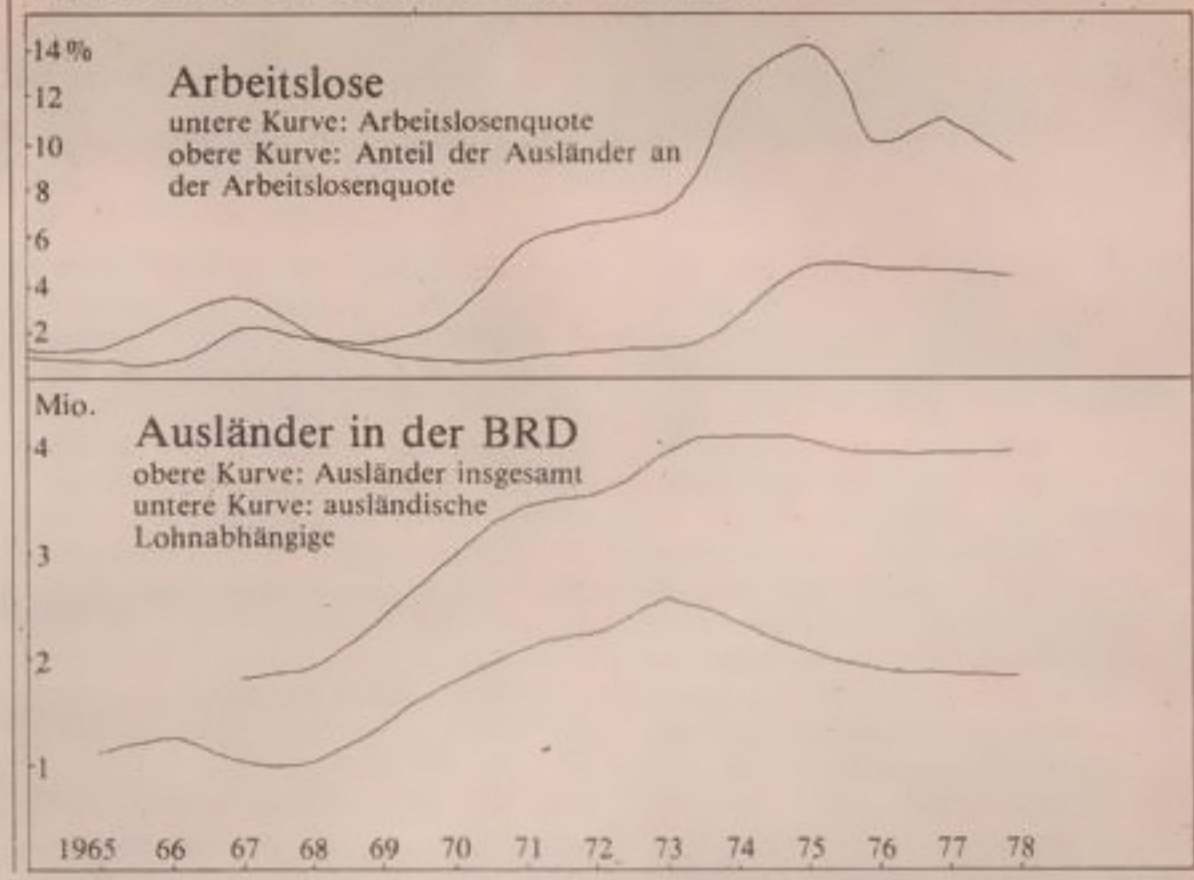
Im Herbst 1973 verhängte die Bundesregierung den Anwerbestopp für Nicht-EG-Ausländer. Danach hatte die Bundesanstalt für Arbeit ihre Anwerbetätigkeit im Ausland einzustellen. Dieser Anwerbestopp besteht bis heute. Dadurch wurde aber gleichzeitig bewirkt, daß die in der BRD anwesenden Ausländer immer länger blieben. Heute sind 60% der Türken, 70% der Portugiesen, 75% der Jugoslawen und 80% der Griechen länger als 6 Jahre in der BRD. Die nicht zur Arbeitsaufnahme einreisenden Ausländer, vor allem Familienmitglieder in der BRD beschäftigter Arbeiter, waren dadurch nicht betroffen. Ihre Zahl steigt auch in diesem Zeitraum noch erheblich, wie das Schaubild ausweist. Sie fielen aber unter die Stichtagsregelung, die die Bundesregierung 1974 erließ. Danach durfte Ausländern, die nach dem 1.12.1974 eingereist waren, keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt werden. Ausnahmen hiervon konnten für die erstmalige Erteilung der Arbeitserlaubnis an Jugendliche gemacht werden, „wenn dies unter Anlegung eines strengen Maßstabes nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes vertretbar ist". Eine weitergehende Zuführung jugendlicher ausländischer Arbeitskraft bezweckte die 2. Stichtagsregelung von 1977 „angesichts der Tatsache, daß die generelle Versagung der Arbeitserlaubnis für die jetzt bei ihren Familien lebenden Jugendlichen, die sich bereits weitgehend eingelebt haben, nicht nur große menschliche Probleme, sondern auch ernsthafte soziale Gefahren mit sich bringt".

1979 wurde die Stichtagsregelung durch die Wartezeitregelung ersetzt: Ehegatten müssen danach 4 Jahre in der BRD gewohnt haben, bevor sie eine Arbeitserlaubnis für Branchen und Berufszweige erhalten, in denen Arbeitskräftemangel herrscht. Jugendliche erhalten eine Arbeitserlaubnis nach zwei Jahren, wenn sie sich an einem berufsorientierenden Lehrgang beteiligt haben („Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung, Maßnahmen zum Nachholen des Hauptschulabschlusses, das Berufsgrundbildungsjahr mit Sonderformen einschließlich des Berufsvorbereitungsjahres"). Nach Ablauf der vier Jahre wird eine Arbeitserlaubnis nur erteilt, wenn keine deutschen oder EG-Inländer zur Verfügung stehen. Die Stichtags- und die Wartezeitregelungen setzten und setzen voraus, daß ein Familienmitglied im Besitz einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ist. Wer sich auf diese Regelungen berufen will, muß gleichzeitig für sich selbst einen ununterbrochenen und ordnungsgemäßen, also mit Aufenthaltserlaubnis versehenen Aufenthalt nachweisen. Ordnungsgemäß heißt weiter, daß die Meldevorschriften eingehalten werden, „weil sonst die Ausländerbehörden ihre Überwachungspflichten nicht erfüllen und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht rechtzeitig begegnen können", wie es in einer Ausweisungsverfügung der Stadt Heidelberg heißt.

Das Vorrangprinzip für Deutsche und EG-Inländer steuert ausländische Arbeiter in billigste und schwerste Tätigkeiten. Der Ausländeranteil im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe liegt mit 20,5% daher weit über dem Durchschnitt (9,2% im Dezember 1977). Noch höher liegt er aber in der Wirtschaftsgruppe der Gießereien mit 25,5%, die gleichzeitig eine hohe Unfallhäufigkeit aufweist.

Millionen ausländischer Arbeitskräfte hat das BRD-Kapital in den letzten 20 Jahren angesogen, ausgebeutet bis auf die Knochen und wieder abgeschoben, sobald die Arbeitskraft nachließ oder der ausländische Arbeiter auf Rechte pochte. Jetzt erhebt die Bourgeoisie ihr Geschrei über die „Wirtschaftsflüchtlinge", die in diesem Jahr zu 100000 in die BRD kommen sollen. Es ist reiner Zynismus. Unter dem Deckmantel der Abwehr dieser „Wirtschaftsflüchtlinge" wird die Handhabung des Asylrechts verschärft und damit das Asylrecht selbst angegriffen. Die Bundesregierung hat diese Woche die Visumpflicht für Türken eingeführt. Für türkische Arbeiter ist die Grenze damit ganz zu, für Asylanten praktisch auch. Für die hier lebenden Türken wird die Kontrolle dadurch schärfer. 20000 Türken in der BRD sind Mitglieder revolutionärer Organisationen, meldete das ZDF am Freitag. Das ist auch ein Grund für diese Maßnahmen.

Arbeitserlaubnis nur erteilt, wenn kei- | nahmen.





z.rua. **Einem Streik der Zimmerleute im Norden Kaliforniens schlossen sich Mitte Juni 30000 Bauarbeiter an.** Die Arbeit auf den meisten Baustellen kam dadurch zum Erliegen. Die Gewerkschaft der Zimmerleute fordert von den Verleihkapitalisten, Gewerkschaftsmitglieder zu beschäftigen. Die Krise in den USA findet ihren krassen Ausdruck im Rückgang der Bauproduktion, der mit 22% im Frühjahr dieses Jahres seinen tiefsten Stand seit 1960 erreicht hat. Innerhalb weniger Monate ist die Hypotheken-Zinsrate von 12 auf 20% gestiegen. Die Baukapitalisten wollen mit der Anheuerung rechtloser Leiharbeiter, die sie jederzeit wieder abstoßen können, den Druck auf die ständig beschäftigten Bauarbeiter erhöhen. Der für die Bauindustrie zuständige Ressortleiter des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, Schechert, befürchtet angesichts der sich verstärkenden Krise bis zum Jahresende eine Zunahme der Arbeitslosenrate im Baubereich von derzeit 7% auf 25%. Im März 1980 waren 4,3 Mio. Bauarbeiter beschäftigt – 12% weniger als im März 1979. Die Zahl der Zimmerleute verringerte sich um 30% auf 104500. – Bild: Streik Washingtoner Bauarbeiter am 22.4. gegen die Kürzung von Zahlungen nach Arbeitsunfällen.

z.hef. **Mehr als 12000 Zimmerleute legen in der gesamten Provinz Ontario in Kanada alle Baustellen für Industrie-, Geschäfts- und Behördenbauten lahm.** Der Streik wurde vor zehn Tagen von der Verhandlungskommission der Gewerkschaft Brotherhood of Carpenters and Joiners in America ausgerufen, nachdem die Verhandlungen mit den Baukapitalisten ergebnislos abgebrochen worden waren. Die Zimmerleute haben Streikposten vor den Großprojekten aufgestellt, die von den meisten anderen Arbeitern nicht passiert werden. In Südwest-Ontario bei Toronto sind alle Baustellen von den Streikposten stillgelegt worden. In Ottawa, der Hauptstadt Ontarios, haben die 1000 Zimmerleute unter anderem Großbaustellen für zwei Schulen und ein Krankenhaus lahmgelegt. Gerade im Baugewerbe versuchen die Kapitalisten, die hohen Arbeitslosenzahlen in Kanada (8% der werktätigen Bevölkerung) für Lohnabschlüsse unterhalb der Inflationsrate von 10,1% zu nutzen.

z.gih. **Für rund 40000 Kupferarbeiter in den USA laufen zum 30.6. die Dreijahres-Tarifverträge aus.** Einem Gewerkschaftssprecher zufolge werde man diesmal „recht erhebliche" Lohnerhöhungen verlangen. Außerdem soll die neue Lohnvereinbarung in Verbindung mit dem Lebenshaltungskostenindex abgeschlossen werden, was beinhaltet, daß die Löhne ¼jährlich an die Preissteigerungsrate angeglichen werden. Die Kapitalisten wollen diesem Lebenshaltungskostenindex auf keinen Fall zustimmen, „da dieser Formel die künftigen Verbraucherpreise zugrundeliegen, die nicht bekannt seien, gebe die Industrie der Gewerkschaft in Wirklichkeit einen Blankoscheck in die Hand". (Blick durch die Wirtschaft, 6.6.) Seit 1964 ist in den USA kein Tarifvertrag in der Kupferindustrie geschlossen worden, ohne daß ein Streik von mehr oder minder langer Dauer vorausgegangen war.

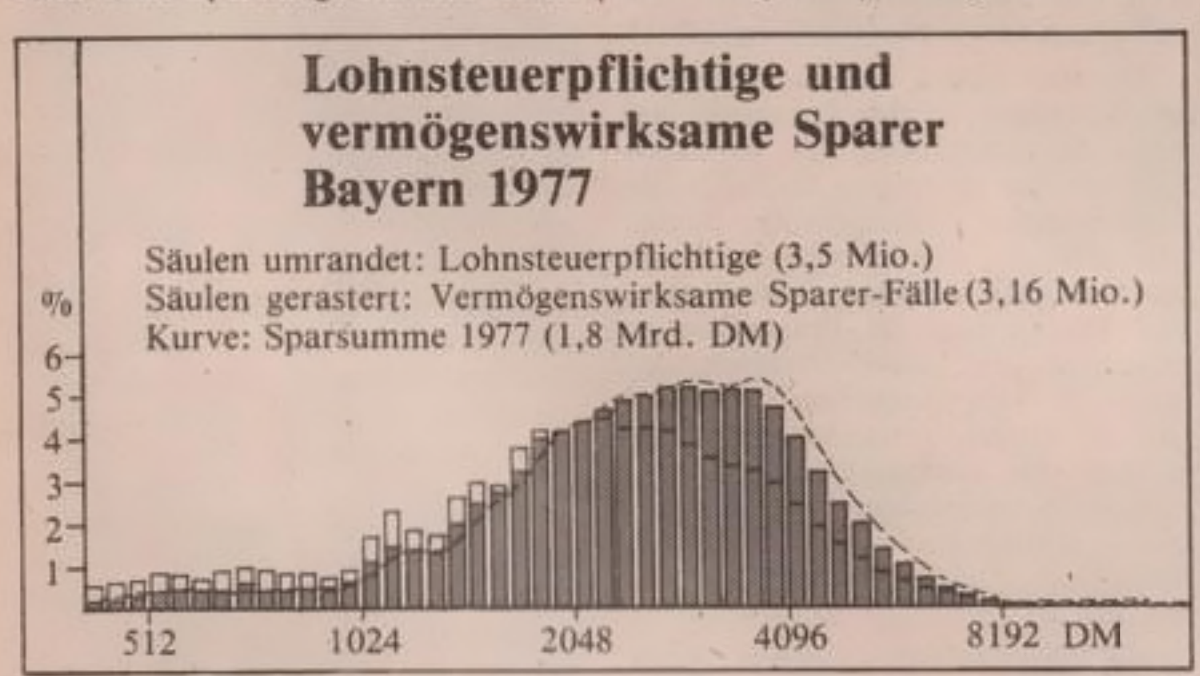
z.gkr. **Der Streik der staatlichen Transportarbeiter in Santo Domingo und anderen Städten der Dominikanischen Republik gegen eine Benzinpreiserhöhung von ca. 30 Pfennig pro Liter führte zu weiteren heftigen Kämpfen.** 12000 Fahrer der „Kollektivtaxis" waren am 29. Mai in den Streik getreten. Einen Tag vorher hatte die Regierung Guzman neben der Benzinpreiserhöhung auch höhere Steuern, höhere Strompreise und ein Einfrieren der Löhne der beim Staat Beschäftigten angekündigt. Die Fahrer verlangen, daß die Preiserhöhungen zurückgenommen werden, nachdem schon zweimal zuvor die Benzinpreise erhöht worden waren. 3 Personen wurden bei den Kämpfen zwischen Demonstranten und Polizei bzw. Militär getötet. Der Hintergrund der Maßnahmen: rasch steigende Staatsverschuldung von 500 Mio. $, Außenhandelsdefizit von 300 Mio. $, Auslandsschulden seit August 1978 von 1,2 Mrd. $. Durch die Orkanschäden Anfang dieses Jahres wurde die Abhängigkeit von den Imperialisten nur noch größer. Trotz scharfer Unterdrückungsmaßnahmen gegen Streikführer und Gewerkschaftsführer schlossen sich jetzt 14 Gewerkschaften zusammen und riefen zu einem Generalstreik auf.

z.bew. **Erfolgreich beendeten am 14. Juni die Beschäftigten der peruanischen Versicherungsgesellschaften ihren zehntägigen Streik für höhere Löhne.** 20000 Versicherungsangestellte standen seit dem 3. Juni im Streik. Am 12. fanden in ganz Lima Demonstrationen der Streikenden gegen die Verhaftung der Gewerkschaftsführer statt. Nachdem die Behörden sich bereit erklärten, die Gehälter „beträchtlich zu erhöhen", beendeten die Beschäftigten den Streik. Seit Anfang Juni befinden sich die städtischen Arbeiter Limas im Streik für die Zahlung von Zuschlägen, die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und zusätzliche Einstellung von 10600 Arbeitern.

z.cht.Sydney. **Die 120 Arbeiter der Esso/BHP-Ölplattformen in der Bass-Straße, Australien, haben nach vier Wochen Streik die volle Durchsetzung ihres Tarifvertrags erreicht.** Die Kapitalisten hatten jahrelang die tariflich

Wer nicht spart muß mehr Steuern zahlen

z.kar. Wer vermögenswirksam spart, erhält eine Sparzulage, sofern sein Einkommen 24000 DM (Ledige) bzw. 48000 DM (Verheiratete) nicht übersteigt. Die Sparzulage beträgt 30% (bei Steuerpflichtigen mit drei und mehr Kindern 40%) des Sparbetrages, sofern er 624 DM nicht übersteigt. Sie wird aus der Lohnsteuer finanziert. Die Lohnsteuersumme, die Kapitalist oder Dienstherr an das Finanzamt abführen, wird um die ausbezahlte Sparzulage vermindert. Die Vorstände der Gewerkschaften haben eine Debatte entfacht über die Erhöhung der Einkommensbemessungsgrenzen für die Sparzulage. Tatsächlich wird so das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Im Schaubild ist zu erkennen, daß gerade die unteren Lohngruppen nicht vermögenswirksam sparen können und deshalb auch keine Sparzulage erhalten. Hätte jeder Lohnabhängige das 624-DM-Gesetz ausschöpfen können, monatlich 52 DM vermögenswirksam gespart, wäre damit sein Anrecht begründet auf eine Sparzulage von 15,60 DM bzw. von 20,80 DM bei drei und mehr Kindern. Das hätte 1977 in Bayern ca. 823 Mio. DM verursacht. Tatsächlich sind aber nur 509 Mio. DM als Sparzulage ausbezahlt worden, weil nicht jeder vermögenswirksam sparen kann, die Sparzulage aber davon abhängig ist. Statt die Einkommensbemessungsgrenzen zu erhöhen, ist die Auszahlung der Sparzulage unabhängig von der Inanspruchnahme des Vermögensbildungsgesetzes notwendig, damit nicht Lohnsteuer kassiert wird, nur weil das Einkommen nichts zum Sparen übrigläßt. Eine Erhöhung des tariflichen Grundsteuerfreibetrages um 851 DM erbringt den Betrag der Sparzulage für 624 DM.



GEW: Demonstration in Kassel und Darmstadt für Arbeitszeitverkürzung und Einstellung von Lehrern

z.anm. Der GEW-Landesverband Hessen hat für den 30.6.80 zu Demonstrationen gegen die Nichteinstellungspolitik der Landesregierung sowie für die Forderung der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung (jeder mindestens 1 Stunde weniger / kein Lehrer über 25 Stunden) aufgerufen. Am Montag, dem 24.6., wurden bereits in verschiedenen Städten Hessens Aktionen der Referendare durchgeführt.

Von 5000 arbeitslosen Lehrern sollen im Schuljahr lediglich 1482 auf durch Ausscheiden frei werdende Planstellen eingestellt werden. Zwischen 19,25% des Unterrichts (an Gymnasien) und 30,5% (an Berufsschulen) fallen jetzt schon aus. So soll es auch bleiben. Selbst diese Deckung wird nur durch Einstellung von Lehrern mit Lehraufträgen erreicht. Ihre Zahl beträgt in Hessen 6000.

Die Antwort der GEW auf diese Politik der Landesregierung ist die Fortsetzung des Kampfes für ausreichendes Lehrpersonal und für Arbeitszeitverkürzung der Lehrer. Der GEW-Hauptausschuß hat am 14.5. eine neue Planung für die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. Als wesentlichen Punkt geht diese Planung davon aus, daß die ,,Stärke der GEW ist, daß sie eine der 17 Einzelgewerkschaften des DGB ist. Nur gemeinsam wird der Kampf um kürzere Arbeitszeit und für das uneingeschränkte Streikrecht erfolgreich sein.'' Taktische Schritte in diesem Gesamtplan sind: Aufnahme von Verbindungen zu den Einzelgewerkschaften des DGB, insbesondere zu den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst; ,,Verbandsklage'' gegen das Land Hessen, um die permanente Verletzung des §1 der Arbeitszeitverordnung für Beamte (40-Stunden-Woche) durch die Pflichtstundenverordnung der Lehrer nachzuweisen; Durchführung von Veranstaltungen, die den Zusammenschluß der Lehrer mit den übrigen Lohnabhängigen stärken; keine Zustimmung der Personalräte der GEW zu Zwangsversetzungen und Lehraufträgen; Durchführung einer Demonstration; Urabstimmung für Streik nach den Sommerferien, spätestens jedoch bis zum 31.1.81. Die GEW hat die Landesregierung aufgefordert, nun ein Angebot zu machen. Es wurde keines vorgelegt. Am 26.6. nun hat der hessische Ministerpräsident Börner sich in einem Telex an den Vorsitzenden der GEW Hessen gewandt, um ihm das ,,Angebot'' zu wiederholen, das Kultusminister Krollmann bereits nach dem Streik im November gemacht hatte: Senkung der Unterrichtszeit für Berufsschullehrer, Haupt-, Grund- und Realschullehrer, die 28 Stunden in der Woche unterrichten, um 1 Stunde. Der Kampf der Lehrer soll dadurch gespalten werden. Auch auf diesen erneuten Spaltungsversuch können die Demonstrationen am 30.6. eine Antwort sein.

Belgien: Sozialversicherung vor dem Ruin

Katastrophale Lage in den Krankenhäusern / Banken schöpfen ab

z.scc.Brüssel. Schlag elf Uhr legen die Beschäftigten des Caritas-Krankenhauses ,,Unsere Liebe Frau Mittlerin'' in Deurne/Belgien die Arbeit nieder. Einige Krankenschwestern sind eigens von der Nachtschicht dageblieben, andere haben ihren Urlaub unterbrochen. Gemeinsam ziehen sie, bis auf eine Notmannschaft, vor das Krankenhaus, riegeln dort zwei Straßen ab; wenig später formieren sie entschlossen einen Demonstrationszug durch umliegende Viertel: ,,Urlaubsgeld jetzt!''

Die Krankenhausleitung kann, so hat sie erklärt, das diesen Monat fällige Urlaubsgeld nicht zahlen. 4,5 Mio. bfr enthält sie den rund 200 Beschäftigten vor, für die meisten sind das umgerechnet an die 1000 DM. Das Krankenhaus ist so gut wie bankrott. Seit Januar hat es die Lieferanten nicht mehr bezahlt; diese haben bisher noch geliefert, aber nun wollen sie nicht mehr. Die 7 Mio. bfr Sozialversicherungsbeiträge für das erste Quartal hat ,,Unsere Liebe Frau Mittlerin'' zwar anteilig von den Löhnen einbehalten, aber nicht abgeführt, jetzt sind die Beiträge für das zweite Quartal fällig. Was sich in Deurne abspielt, sagt uns später ein Vertreter der Christlichen Angestelltengewerkschaft LBC, die die mehrstündige Aktion organisiert hat, ist nur die Spitze eines Eisberges. Die Mehrheit der privaten Krankenhäuser – 60% der Krankenhäuser in Belgien sind privat, d.h. katholisch – ist in keiner anderen Lage. Vielerorts ist die Arzneimittelversorgung der Kranken bereits gefährlich
gung der Kranken bereits gefährlich
beeinträchtigt. Vor allem: ,,In ein, zwei Monaten wird es soweit sein, daß viele die Löhne nicht mehr auszahlen können.''

In der letzten Woche, wenige Tage nach dem kurzen Streik in Deurne, demonstrierte eine Abordnung von Krankenhausbeschäftigten aus Gent vor den Regierungssitz in Brüssel, um Garantien für geregelte Lohnauszahlung zu fordern. Der Adressat war gerade richtig: Das Kabinett tagte über dem x-ten ,,Sanierungs''-Programm.

Mit dem Netz von Abhängigkeiten, das sie mittels der Staatsschuld über alle Institutionen der Gesellschaft spannt, hat die Finanzbourgeoisie die Sozialversicherungen buchstäblich bis auf den letzten Franc leergeplündert. 164 Mrd. bfr, über 1000 DM pro Einwohner, hat der belgische Staat allein 1979 an Zinszahlungen an die Banken abgeführt. Dafür haben die wechselnden Regierungen seit 1976 113,1 Mrd. bfr, fast 7,1 Mrd. DM, der gesetzlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungen nicht gezahlt. 60,8 Mrd. sind sie der Renten-, 26,5 Mrd. der Krankenversicherung schuldig. Folge: Die Krankenversicherung wird 1980 ein Defizit von 50 Mrd. bfr haben. 1979 hatte sie 29 Mrd. bfr an neuen Krediten bei den Banken aufnehmen müssen, 2 Mrd. an Zinsen und weitere 1,8 Mrd. an Tilgung für frühere Kredite den Banken in den Rachen geschoben. Schon jetzt ist sicher, daß sie ebenso wie in den letzten Jahren ihre Zahlungen an die privaten Kassen, die die Kosten der Gesundheitsversorgung, soweit nicht die Volksmassen direkt, aus dem Beitragsfonds begleichen, teilweise schuldig bleibt. Die privaten Krankenkassen wiederum sind jetzt bereits zahlungsunfähig. Ihre Schulden an die Krankenhäuser gehen in die Milliarden; das Deurner Krankenhaus z.B. hat Forderungen von 50 Mio. bfr, 3,1 Mio. DM, an die Kassen. Wieder sahnen die Banken ab: Anfang April hatten die privaten Krankenhäuser für 28 Mrd. kurzfristige Kredite aufgenommen, Ende des Jahres werden es fast doppelt so viel sein – zu Zinssätzen von
viel sein – zu Zinssätzen von
18–20%.

Über den ,,Sanierungsweg'' lassen die Finanzbourgeois keinen Zweifel. Erstens: Nach den vielfältigen Kostendämpfungsmaßnahmen, Beitrags- und Selbstkostenerhöhungen der letzten Jahre und zusätzlich zu neuen diesbezüglichen Regierungsbeschlüssen sollen die Volksmassen zukünftig v.a. die Krankenhauskosten vollständig selbst bezahlen, sobald sie das Krankenhaus verlassen. (,,Tijd'', 27.6.) Um dieser Forderung Druck zu verleihen, drohen die Banken mit Kreditsperre für die Krankenhäuser.

Zweitens: Der Angriff auf die Lohnabhängigen in den Krankenhäusern wird vorangetrieben. Vor einem Jahr hat der Minister für Volksgesundheit für die staatlichen Krankenhäuser eine Senkung der Normen auf 12 Lohnabhängige einschließlich Aufseher auf 30 Betten bei 80% Belegung verfügt. Schon jetzt gilt die tarifliche Wochenarbeitszeit von 38 Stunden nur im Durchschnitt von vier Wochen, sind 50 Wochenstunden ohne Überstundenzahlung, im geteilten Dienst, bei Nacht- und Sonntagsarbeit keine Ausnahmen; arbeiten viele Schwestern gleichzeitig auf mehreren Etagen, weil die Planstellen unzureichend oder unbesetzt sind. Die Gewerkschaftsfront organisiert deshalb eine Kampagne für die Erhöhung der Normen auf 15/30 (80%). Der zweite Angriffsstoß gilt dem Lohn. Bisher haben die Krankenhausbeschäftigten einen Lohnstandard verteidigen können, der nicht unter dem Durchschnittslohn der Industriearbeiter liegt. Die Drohung, die Löhne nicht mehr auszuzahlen, verbinden die Krankenhäuser mit der Aufforderung an die Gewerkschaften, durch ,,äußerste Mäßigung'' an der ,,Lösung der Probleme mitzuarbeiten''. Was antworten die Gewerkschaften? ,,Sind wir denn für diese Probleme verantwortlich? Also!'' Was werden sie tun, wenn die Löhne nicht mehr gezahlt werden? Streiken? ,,Sicher, wir wissen, das ist schwierig. Aber wenn Streik das einzi-
schwierig. Aber wenn Streik das einzi-
ge Mittel ist ...''

Die Finanzbourgeois müssen mit der Kampfbereitschaft der Beschäftigten rechnen. Darüber hinaus aber wird es für die gesamte Gewerkschaftsbewegung dringend, mit der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen und Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten der vollständigen Ruinierung der Sozialversicherung einen Riegel vorzuschieben.





Streikaktion der Krankenhausbeschäftigten in Deurne. Als Polizeioffiziere verhaften, murren Polizeibeamte: ,,Wir sollten lieber selbst mitdemonstrieren. Uns hat man seit Monaten die Überstunden nicht bezahlt.''

festgesetzte 35-Stundenwoche mißachtet und die Arbeiter durch Schichtpläne gezwungen, täglich 47 Minuten mehr zu arbeiten. Es gab eine Vereinbarung, daß diese unbezahlte Zeit durch freie Tage ausgeglichen werden sollte. Als die Kapitalisten sich auch daran nicht hielten, forderten die Arbeiter die Einhaltung des 7-Stundentages oder die Anrechung jeder Zeit darüber hinaus als Überstunden. Außerdem forderten sie, wie schon in einem Streik im Dezember, eine Woche Urlaub zurück, die ihnen nach einem früheren Tarifvertrag zustand. Am 14. Juni mußten die Kapitalisten ein Angebot von 9 Dollar wöchentlich als Zulage, einer rückwirkenden Zahlung von 3000 Dollar sowie einer siebten Woche Urlaub vorlegen. Die Ölproduktion in der Bass-Straße macht mit 400000 Barrel täglich 70% des in Australien verbrauchten Öls aus. Während des Streiks war sie auf 10000 Barrel zurückgegangen.

z.ans.Rom. **,,Die FACIS will keinen Gruppenakkord einführen, weil sie befürchtet, so eine Waffe zur Spaltung der Arbeiter zu verlieren.** Sie weiß sehr wohl, daß ohne den Einzelakkord viele Spaltungslinien, die vielleicht zwischen uns herrschen, automatisch verschwinden würden.'' So heißt es auf Spruchbändern, die der Fabrikrat des Turiner FACIS-Werkes vor dem Fabriktor aufgehängt hat. Die FACIS ist die größte italienische Bekleidungsfabrik mit insgesamt 4800 Arbeitern und 800 Angestellten. 90% der Arbeiter sind Frauen, die zum Großteil in der untersten Lohngruppe eingestuft sind. Der Kampf gegen den Einzelakkord ist wesentlicher Bestandteil des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs für den Firmentarifvertrag. Die Arbeiter fordern, daß wie in der Zuschneiderei und Büglerei auch in anderen Abteilungen des Werkes Gruppenakkord eingeführt wird. Außerdem sollen Aufgruppierungen aus den untersten Lohngruppen erfolgen. In den Abteilungen mit Gruppenakkord kommen fast alle Arbeiter auf 130%, den höchsten Akkordlohn. In der Konfektion hingegen, wo nach Einzelakkord bezahlt wird, haben die Kapitalisten die Akkordsätze so verschärft, daß ein Drittel nicht einmal 100% erreicht und nur ein Fünftel der Arbeiter auf über 120% kommt. Die Kapitalisten lehnen die Forderungen ab. Nach dem Abbruch der Verhandlungen haben die FACIS-Arbeiter bereits 30 Stunden gestreikt, bis Ende Juni sind Kurzstreiks für weitere 12 Tage vorgesehen.

z.ans.Rom. **Am 26. Juni haben in Turin rund 25000 Arbeiter der Kautschuk- und Plastikindustrie aus ganz Italien eine zentrale Demonstration und Kundgebung durchgeführt.** Gleichzeitig haben im ganzen Land die Arbeiter der Branche acht Stunden lang gestreikt. Mit diesen Kampfmaßnahmen soll Druck hinter die Forderungen für den nationalen Tarifvertrag gesetzt werden. Die Verhandlungen dafür schleppen sich schon seit drei Monaten hin. Die Chemiearbeitergewerkschaft FULC fordert, nach Lohngruppen leicht unterschiedlich, 10% auf den Tariflohn, Erhöhung der Nachtzuschläge von jetzt 30% auf 50%, acht zusätzliche Urlaubstage für Contischichtarbeiter und verschiedene Maßnahmen gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen. Der größte Kautschukkonzern in Italien ist Pirelli. Er beutet allein 28000 Arbeiter, d.h. knapp die Hälfte der 61000 italienischen Kautschukarbeiter aus.

z.gek. **Auf der 7. Baukonferenz der SED wurde die erweiterte Einführung der sowjetischen ,,Slobin-Methode'' gefordert.** Danach werden die Arbeiter in größeren Brigaden organisiert, die mit der Unternehmensleitung einen Vertrag über die fristgerechte Fertigstellung zu den gesetzten Bedingungen, einschließlich der veranschlagten Kosten, schließen. Damit wird die Lohnsumme festgeschrieben und entspechend der Einstufung der Arbeiter sowie aufgrund ständig überprüfter Arbeitsleistungen innerhalb der Brigade aufgeteilt. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz sagte auf der Konferenz der Praxis der Brigaden den Kampf an, ,,Leistungen in sogenannten Nebenstunden abzurechnen, ohne einen Nachweis des tatsächlichen Nutzens zu erbringen'', und sich so den Gemeinheiten der Slobin-Methode zu entziehen. Als Vorbild propagierte er einige Jugendbrigaden auf Berliner Großbaustellen: ,,Sie arbeiten im Mehrschichtsystem, lasten die gesetzliche Arbeitszeit und die Grundfonds an jadem Tag und jeder Woche voll aus.''

z.anb. **Wie schon in Togliattigrad und Gorki Anfang Mai haben vor zwei Wochen auch die Arbeiter des LKW-Werkes an der KAMA gegen die schlechte Versorgungslage gestreikt.** Unmittelbar vorher hatte das Politbüromitglied Kirilenko den Betrieb aufgesucht und die Arbeiter zur Mehrarbeit in der entscheidenden Schlußphase des laufenden Fünfjahrplanes aufgerufen. Zur Zeit sind Richtlinien in Erarbeitung, die die Lohnpolitik für den kommenden Fünfjahrplan vorschreiben sollen. Unter sowjetischer Federführung wird die ,,Gleichschaltung der Entwicklung der Lohnfonds'' im gesamten RGW gefordert. Mit der Stoßrichtung, es müsse Schluß gemacht werden mit der irrigen Auffassung, ,,daß der Lohn ein Entgelt für die Anwesenheit im Betrieb'' sei, anders ausgedrückt, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu decken habe, fordern die sozialimperialistischen Ökonomen das Einfrieren der tariflich zu zahlenden Lohnsumme, aber nicht absolut in Rubel, sondern relativ, in Prozent des Werts des Einzelprodukts ausgedrückt. Das bedeutet, daß jede Steigerung der Produktivität, also auch der Intensitätslast der Arbeit, die das Einzelprodukt verwohlfeilert, voll zulasten der Arbeitskraft gehen soll. Es ist die mathematische Ausformulierung der Strategie, die Arbeiter um tarifliche Bestandteile des Lohns zu prellen, da deren Auszahlung von stets wachsender Vernutzung der Arbeitskraft abhängig gemacht wird.

Baden-Württemberg: Studenten kämpfen gegen Schließung von zwei Pädagogischen Hochschulen

z.coj. Im Rahmen der Haushaltskürzungsbeschlüsse will die Landesregierung die Pädagogischen Hochschulen Esslingen und Lörrach bis 1983 auflösen; dies beschloß der Ministerrat am 18.6. Im Herbst wird die Landesregierung eine entsprechende Novelle zum Gesetz über die PHen im Landtag einbringen. 1977 konnte eine bereits damals geplante Schließung nicht durchgesetzt werden; allerdings aber eine Senkung der Kapazitäten in der Lehrerausbildung im Grund- und Hauptschulbereich von damals 13000 auf 9000 Studienplätze. Bereits im WS 79/80 aber studierten an den baden-württembergischen PHen nur noch 7647 Studenten – schon rund 1400 weniger als im Strukturplan 1977 für den Zeitpunkt vorgesehen. (Nach Angaben des Stat. Landesamtes) Gezielt wurden z.B. Meldungen über die Schließung der PH Lörrach genau zum Bewerbungstermin für die Abiturienten eingesetzt, die Fächer Chemie und Physik ganz gestrichen. Insgesamt sanken die Studentenzahlen an den baden-württembergischen PHen von 1974/75 bis 1979/80 um 53,1%.

Was ist das Ziel der Landesregierung? Eine nochmalige Senkung der PH-Studienplätze um 1600 und ein entsprechender Rückgang der Zahl der ausgebildeten Lehrer wird die unbezahlte Mehrarbeit der Lehrer vollends zur Regel werden lassen; wobei nach den Berechnungen der GEW die bereits *unterschrittene* Studienkapazität nicht ausreicht, um an den Schulen sowohl für Lehrer wie auch Schüler einigermaßen erträgliche Bedingungen zu schaffen: überlange Arbeitszeit der Lehrer, Klassen mit über 30 Schülern sind keine Seltenheit, Unterricht muß häufig ausfallen bzw. durch fremde Lehrer „mitversorgt" werden. Eine „Umwidmung" der Studienplätze, d.h. deren Verlegung an große Universitäten entspricht den Einsparungsvorsätzen der Landesregierung bei gleichzeitiger Zentralisation im Hochschulbereich mit dem Ziel, Gesamthochschulen zu schaffen und so die gesamte Lehrerausbildung unter straffere Führung zu stellen. An den PHen wächst die Bewegung gegen diese Pläne; Esslingen streikt seit dem 20.6., in Lörrach fand nach Bekanntgabe eine spontane Demonstration statt und wird jetzt auch gestreikt. Am 21.6. demonstrierten 1000 PH-Studenten mit Unterstützung örtlicher GEW-Gruppen und der VDS in Stuttgart.



Zürich, Basel, Bern, Luzern – die Bewegung für Jugendzentren in Selbstverwaltung breitet sich aus

z.anb. An Versuchen hat es wahrhaftig nicht gemangelt, die Zürcher Jugendbewegung zuerst von der Straße, und dann von ihren Forderungen abzubringen. Sie sind allesamt gescheitert. Weder das Demonstrationsverbot ist durchgesetzt noch die Front der Bewegung eingebrochen. Im Gegenteil – am vorletzten Wochenende stellte die Bourgeoisie halb sprachlos fest, daß in Bern, Basel, Luzern für die gleichen Forderungen demonstriert wurde, daß die Studenten der Zürcher Universität sich solidarisieren, daß der von der kantonalen Erziehungsdirektion verbotene, von Studenten gedrehte Dokumentationsfilm über die Straßenkämpfe auf öffentlichen Plätzen vorgeführt wurde und die Gewerkschaftsgruppe

mand.

Hinter verschlossenen Türen haben die Herren im Rathaus allesamt für die Verschärfung der Polizeiaufsicht und den Ausbau der Kasernierungsheime für aufsässige und wohnsitzlose Jugendliche beschlossen. Dazu zählen nicht nur arbeitslose Jugendliche, sondern auch etliche vom Land kommende Lehrlinge; ein Zimmer kann niemand von ihnen bezahlen.

Die Sozialdemokratie in der Opposition hält die offene Reaktion für eine Sackgasse. Umso mehr, als es Solidarität in den Reihen ihrer eigenen Parteijugend gibt. Ihr Angebot an den Stadtrat, die Verantwortung für die von den

Zürich, Basel, Bern, Luzern – die Bewegung für Jugendzentren in Selbstverwaltung breitet sich aus

z.anb. An Versuchen hat es wahrhaftig nicht gemangelt, die Zürcher Jugendbewegung zuerst von der Straße, und dann von ihren Forderungen abzubringen. Sie sind allesamt gescheitert. Weder das Demonstrationsverbot ist durchgesetzt noch die Front der Bewegung eingebrochen. Im Gegenteil – am vorletzten Wochenende stellte die Bourgeoisie halb sprachlos fest, daß in Bern, Basel, Luzern für die gleichen Forderungen demonstriert wurde, daß die Studenten der Zürcher Universität sich solidarisieren, daß der von der kantonalen Erziehungsdirektion verbotene, von Studenten gedrehte Dokumentationsfilm über die Straßenkämpfe auf öffentlichen Plätzen vorgeführt wurde und die Gewerkschaftsgruppe
des öffentlichen Dienstes sich gegen die Disziplinierung eines Hochschullehrers verwahrt, der die Erstellung dieses Films unterstützt hat.

Was die bürgerlichen Politiker am meisten erstaunt, ist die Härte und Kompromißlosigkeit der Jugendlichen. Ohne einheitliche Führung, mit den politisch unterschiedlichsten Vorstellungen, in nicht unbedeutendem Maß von der „Alternativbewegung" beeinflußt, halten über 30 spontane Zusammenschlüsse eisern an dem Prinzip fest, daß ihre Vollversammlung das beschließende Organ ist und sonst nie-

mand.

Hinter verschlossenen Türen haben die Herren im Rathaus allesamt für die Verschärfung der Polizeiaufsicht und den Ausbau der Kasernierungsheime für aufsässige und wohnsitzlose Jugendliche beschlossen. Dazu zählen nicht nur arbeitslose Jugendliche, sondern auch etliche vom Land kommende Lehrlinge; ein Zimmer kann niemand von ihnen bezahlen.

Die Sozialdemokratie in der Opposition hält die offene Reaktion für eine Sackgasse. Umso mehr, als es Solidarität in den Reihen ihrer eigenen Parteijugend gibt. Ihr Angebot an den Stadtrat, die Verantwortung für die von den
Jugendlichen geforderten Räume zu übernehmen, hat dieser letzte Woche angenommen. Bei der SP steht dahinter das Konzept des „humanen" Sozialaufsehers, der nicht gleich die Polizei holt, sondern den Jugendlichen in die Arbeits- und Verhaltenstherapie bringt. Die VV der Bewegung hat am Wochenende zugestimmt, daß die SP als Vertragspartner der Stadt fungiert, der VV gegenüber zähle aber nur, inwieweit die SP sich für die volle Durchsetzung der Forderung nach Selbstverwaltung einsetze. Vorsorglich werde man ihre Position im Stadtrat durch weitere Demonstrationen unterstützen.

Studentenrebellion in Kolumbien

z.hev. In mehreren Universitätsstädten Kolumbiens haben Mitte Juni Studenten gegen ein neues Einschreibeverfahren, vor allem aber gegen eine Erhöhung der Nahverkehrstarife um 25% protestiert. In Baranquilla an der Atlantikküste wurde die Universität geschlossen, nachdem die Armee den Campus besetzt hatte. Die Studenten hatten zuvor zwei Omnibusse in Brand gesteckt. Vier Busse gingen bei ähnlichen Kämpfen in Medellin, einem Industriezentrum 500 km nordwestlich der Hauptstadt Bogota in Flammen auf. In Windeseile gewann die Studentenrebellion weiter an Boden. Einen Tag später besetzten Studenten die Universität von Neiva im Süden des Landes und nahmen 12 Personen als Geiseln, unter ihnen den Rektor der Universität. Im Sturmangriff mußten staatliche Sicherheitskräfte die besetzte Universität in Bogota räumen. Es scheint jetzt aber so, daß Armee und Polizei, die hinter parlamentarischer Fassade mit Hilfe eines sogenannten „Sicherheitsstatuts" ganz legal nach Kriegsrecht durchgreifen dürfen, zunächst die Oberhand behalten haben.

Das Aufbäumen der Studenten kennzeichnet die schwierige Lage, in der sich das kolumbianische Volk befindet. Die Preissteigerungen haben inzwischen 30% erreicht und liegen für Nahrungsmittel noch einige Prozentpunkte höher. Obwohl die staatlich festgesetzten Mindestlöhne im August 1979 im Schnitt um 50% erhöht worden waren (für die Landarbeiter etwas stärker als für die Arbeiter in den Städten), haben die Lohnabhängigen jetzt Anfang der 80er Jahre immer noch real 7% weniger in der Tasche als Anfang der 70er Jahre, sofern sie überhaupt den Mindestlohn erhalten. In abnehmendem Umfang, aber weiterhin mit erdrückender Einseitigkeit, ist die kolumbianische Wirtschaft abhängig von der Kaffeeausfuhr, die je nach Weltmarktpreis rund 60% des gesamten Exportvolumens ausmacht. Alle Versuche der mal konservativen, mal liberalen Regierung, durch beschleunigte industrielle Entwicklung dem neokolonialen Schicksal zu entrinnen, muß das Volk bezahlen. Verarmte und enteignete Bauern strömten zu Millionen in die Städte, wo jetzt fast 70% der in den letzten 10 Jahren um 5 auf 24 Millionen angewachsenen Bevölkerung leben, und üben so einen ungeheuren Druck auf die Löhne aus. Nutznießer sind die imperialistischen Konzerne vor allem aus den USA und den Ländern der EG.

Neue Fachtagungen der vds gegründet

Aktionstage von Jura- und Medizinstudenten

z.rah. Durch die Entwicklung wie den Aufbau von Fachschaften und deren Tätigkeiten konnten seit Beginn des Sommersemesters weitere Fachtagungen der vds gegründet werden. So haben sich diesen Monat die Fachtagungen Jura, Geschichte und Romanistik konstituiert und sind durch den Vorstand der vds als Organe der Vereinigten Deutschen Studentenschaften bestätigt worden. Der seit einiger Zeit existierende Fachverband Maschinenbau wird auf seiner nächsten Sitzung die Aufnahme in den vds zusammen mit einem Vorstandsmitglied beraten. Ebenso hat die Bundesfachtagung Bauingenieure auf ihrer letzten Sitzung im Mai dieses Jahres die Bedingungen ihres Beitritts in den vds geklärt, indem sie in Änderungsanträgen an die Satzung der vds die Rechenschaftspflicht auch von Fachtagungssekretariaten gegenüber dem Gesamtverband verankert sehen möchte und von der Zustimmung des Vorstands dazu ihren Beitritt abhängig macht.

Mit den Neugründungen von Fachtagungen bzw. Neuaufnahmen von Fachverbänden in die vds kann deren Tätigkeit nur gestärkt und verbessert werden. Dies zeigen auch die letzten Beschlüsse von Fachtagungen, die letzten und diesen Monat getagt haben (Fachtagung Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Geologie, Geographie, Chemie, Sport, Jura, Geschichte, Germanistik, Romanistik und der Fachverband Maschinenbau).

Vereinheitlichung und damit Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung hat sich in der Tätigkeit dieser Organe in zweierlei Hinsicht gezeigt. Zum einen sind die zentralen Tätigkeiten des Gesamtverbandes durch die Fachtagungen unterstützt und präzisiert worden.

Von den 11 Fachtagungen, die seit Mai dieses Jahres stattgefunden haben, haben sich 7 gegen die Angriffe auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft in den einzelnen Bundesländern ausgesprochen und demgegenüber die Forderung nach Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit erhoben.

Vier Fachtagungen haben ausdrücklich in Vorbereitung der zentralen Demonstration und Kundgebung der vds am 7. Juni in Mainz die Anhebung des BAföG auf 750 DM Höchstsatz und 1520 DM Elternfreibetrag beschlossen und unter dieser Forderung zu der Aktion aufgerufen, wie sie sich gegenüber dem Vorstand der vds für geeignete Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen eingesetzt haben.

Alle Fachtagungen haben Beschlüsse gefaßt zur Unterstützung der ASten und Fachschaften in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg und die Festlegungen der 5. ordentlichen Mitgliederversammlung der vds auf materielle Unterstützung dieser Studentenvertretungen unterstützt. Alle diese Tätigkeiten haben auch auf der zentralen Demonstration und Kundgebung der vds in Mainz ihren Ausdruck gefunden. Über 15 Fachtagungen haben an der Demonstration teilgenommen und Veranstaltungen oder Ausstellungen anschließend durchgeführt.

Zweitens haben die Fachtagungen an Bedeutung in der Zusammenfassung der Tätigkeiten der einzelnen Fachschaften gewonnen. So haben die Fachtagungen Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Chemie wie der Fachverband Maschinenbau Ausbildungs- und Tarifverträge für Praxissemester entworfen und dabei Unterstützung durch die Gewerkschaften gefunden. Das IG Metall-Vorstandsmitglied Johannson hat ausdrücklich die Forderungen des Fachverbandes Maschinenbau zu diesem Punkt unterstützt und die weitere Zusammenarbeit angeboten.

Auf allen Sitzungen sind Festlegungen getroffen worden zu einheitlichen Untersuchungen und Darstellungen über die Studien- und Prüfungsbedingungen. Auf der konstituierenden Sitzung der Fachtagung Jura ist die Verlängerung des juristischen Referendariats zurückgewiesen worden. Für das Wintersemester sind einheitliche örtliche Aktionstage festgelegt worden, die sich unter anderem gegen diese Maßnahme wenden sollen.

Letzte und vorletzte Woche haben auf Beschluß der Fachtagung Medizin örtliche Aktionstage gegen die Verabschiedung der 3. AO-Novelle stattgefunden. In den Städten Gießen, Marburg, Frankfurt und Tübingen wurden Informationsstände und Kundgebungen durchgeführt, an denen sich zwischen 20 und 100 Medizinstudenten beteiligt haben. In Frankfurt hat der Bund gewerkschaftlicher Ärzte diese Aktionen unterstützt und das durch seine Teilnahme auf einer Veranstaltung der Fachschaft Medizin deutlich gemacht.

Die weitere Entwicklung der Fachtagungsarbeit wird mit davon abhängen, inwieweit die vds zur weiteren Vereinheitlichung beiträgt und die Tätigkeit der Fachtagungen unterstützt. Als Organe der vds haben die Fachtagungen gegenüber dem Vorstand allerdings erhebliches Gewicht.

Gleichzeitig gewinnen die Fachschaften als Teil der Fachtagungen an den Universitäten an Gewicht und wirken zusehends auf die Arbeit der Studentenparlamente und ASten ein. Beides wird gerade in Vorbereitung der kommenden vds-Mitgliederversammlung genutzt werden können, um die Fortschritte in der Arbeit der einzelnen Fachtagungen zur Grundlage der Tätigkeiten des Gesamtverbandes zu machen. Dies um so mehr, als die einzelnen Fachschaften sich nicht ausschließlich auf die Aufgaben ihres Studiengangs konzentrieren, sondern sich zunehmend zu allen entscheidenden Kampfaufgaben der Verfaßten Studentenschaft verhalten.



vds-Demonstration am 7. Juni in Mainz. Transparent der Fachschaft Medizin der Universität Frankfurt.

kung der gewerkschaftlichen Bewegung hat sich in der Tätigkeit dieser Organe in zweierlei Hinsicht gezeigt. Zum einen sind die zentralen Tätigkeiten des Gesamtverbandes durch die Fachtagungen unterstützt und präzisiert worden.

Von den 11 Fachtagungen, die seit Mai dieses Jahres stattgefunden haben, haben sich 7 gegen die Angriffe auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft in den einzelnen Bundesländern ausgesprochen und demgegenüber die Forderung nach Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit erhoben.

Vier Fachtagungen haben ausdrücklich in Vorbereitung der zentralen Demonstration und Kundgebung der vds am 7. Juni in Mainz die Anhebung des BAföG auf 750 DM Höchstsatz und

gen getroffen worden zu einheitlichen Untersuchungen und Darstellungen über die Studien- und Prüfungsbedingungen. Auf der konstituierenden Sitzung der Fachtagung Jura ist die Verlängerung des juristischen Referendariats zurückgewiesen worden. Für das

chen. Dies um so mehr, als die einzelnen Fachschaften sich nicht ausschließlich auf die Aufgaben ihres Studiengangs konzentrieren, sondern sich zunehmend zu allen entscheidenden Kampfaufgaben der Verfaßten Studentenschaft verhalten.



vds-Demonstration am 7. Juni in Mainz. Transparent der Fachschaft Medizin der Universität Frankfurt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Mannheim, J 7, 14, Tel. 16279
Kommunistischer Jugendbund

Mannheim
23. Juni 1980
2611/0200n

DGB gegen Hauptschulabschlußprüfungen

Das Ministerium für Kultus und Sport (MKS) von Baden-Württemberg hat Anfang dieses Jahres die Grundzüge des geplanten Abschlußverfahrens an der Hauptschule vorgelegt. Die geplante Einführung der Hauptschulabschlußprüfung ist eine der Maßnahmen im Rahmen des „Aktionsprogramms zur Weiterentwicklung der Hauptschule" von 1975. Diese seit 1975/76 geplanten und z.T. schon eingeführten Maßnahmen sind: „1.1 Verstärkung des Zusammenhangs zwischen Hauptschulen und beruflichen Schulen. 1.2 Einführung des Unterrichtsbereichs Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT) und des Berufswahlunterrichts Orientierung in Berufsfeldern. 1.3 Verbesserung des Angebots an Projekten und Arbeitsgemeinschaften. 1.4 Weiterentwicklung der Differenzierung (A- und B-Kurse) 1.5 Das neue Abschlußverfahren."

Laut MKS geht es bei dem geplanten Abschlußverfahren vor allem um die ‚Motivationsstärkung', denn „das Problem des Interesses der Schüler an der Schularbeit stellt sich für die Hauptschule in besonderer Weise". Man soll nicht denken, daß das MKS die Ursachen für die benannte „Interesselosigkeit" sucht, nämlich die gebotenen Unterrichtsinhalte und die miserable materielle Ausgestaltung der Schulen. „Das neue Abschlußverfahren gibt Anreize dazu, das angeeignete grundlegende Wissen und Können bis zum Ende der Abschlußklasse zu erhalten und setzt insofern den Schlußpunkt an die oben aufgezeichnete Motivationslinie." (aus den Vorbemerkungen zu den Grundzügen für das neue Abschlußverfahren)

Die Abschlußprüfung umfaßt für jeden Schüler u.a.: „ – nach seiner Wahl ein Abschlußgespräch oder eine schriftliche Abschlußarbeit in Deutsch, – eine schriftliche Abschlußarbeit über grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten in Mathematik, – eine sachpraktische Abschlußarbeit in Werken (Jungen) oder Hauswirtschaft/Textiles Werken (Mädchen), – eine fachpraktische Abschlußleistung in einem der Fächer Sport, Musik, Bildende Kunst, – falls er will, ein Abschlußgespräch über ein selbstgewähltes Thema in einem der Fächer Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Erdkunde, Physik/Chemie, Biologie." Weiter regelt das MKS in den „Grundzügen" die Zeitdauer der einzelnen sogenannten „Gespräche" usw., die Themenauswahl, ebenso die Ziele des Abschlußverfahrens: „Der Schüler soll in erster Linie zeigen, ‚was er kann'", ebenso seine „erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten" praktisch nachweisen.

Die geplante Hauptschulabschlußprüfung verschärft die Auslese über die Noten und erhöht den Prüfungsdruck, ändert jedoch die Qualifikation des Hauptschulabschlusses nicht. Von seiten der GEW wird die geplante Abschlußprüfung abgelehnt und folgende Ursache für die „Krise" an den Hauptschulen benannt: „Negative Auslese, schlechte Berufschancen, mangelnde Ausländerbetreuung, Überlastung der Hauptschullehrer, mangelnde materielle Ausstattung." (Lehrerzeitung 7/80)

Dagegen werden Forderungen erhoben wie: Gesamtschule und ein allgemeinbildendes 10. Schuljahr. Ebenso die Gleichstellung bezüglich der materiellen Ausstattung mit den Gymnasien (mit denselben finanziellen Mitteln). In bezug auf die Klassengröße werden die gleichen Bedingungen wie in der Oberstufe der Gymnasien gefordert: ; Verbesserung der Berufschancen der Hauptschüler; Änderung der Lerninhalte. Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg hat sich gegen die Einführung des Abschlußverfahrens ausgesprochen: „Die wahren Ursachen der Motivationskrise ... liegen vor allem in der negativen Auslese, die die meisten Hauptschüler durchlaufen haben ... Das vorgesehene Abschlußverfahren führt weder zu besseren Arbeits- und Lernbedingungen für die Schüler, noch zu einer Verbesserung der Ausbildungsplatzchancen ... Der DGB ist der Meinung, daß die Hauptschule nur durch die Einführung eines 10. allgemeinbildenden Pflichtschuljahres und durch eine grundlegende Hauptschulreform ... aufgewertet werden kann."



Technik in der 7. Hauptschulklasse, „praxisbezogen" und „lebensnah"

Uhle-Wettler's „leichte Infanterie"

z.maf. Mit seiner Schrift „Gefechtsfeld Mitteleuropa – Gefahr der Übertechnisierung der Streitkräfte" hat Uhle-Wettler, kommandierender Offizier der Bundeswehr, öffentliches Interesse auf eine Frage gezogen, die bislang nur in der ausgesprochenen Fachliteratur angeschnitten war. Uhle-Wettler prüft, ob Bewaffnung und Organisation des Heeres den Möglichkeiten entsprechen, die der westdeutsche Imperialismus auf dem „Gefechtsfeld Mitteleuropa" hat. Das Ergebnis ist, dies sei nicht der Fall. So gut auch das Heer – mittlerweile kann man sagen, es bestünde aus der Panzerwaffe – auch in der Lage sei, eine Panzerschlacht im Gefecht der verbundenen Waffen zu schlagen, so übel sei seine Lage, wenn diese große Schlacht einmal geschlagen sei. Im Falle eines positiven Ergebnisses nicht in der Lage, den geschlagenen Feind zu verfolgen, da der Panzerwaffe dabei die ziemlich aufwendigen rückwärtigen Verbindungen durch verbliebenen Widerstand abgeschnitten werden könnten. Im Fall der Niederlage kaum im Stand, sich aus der Affäre zu ziehen, weil die Kräfte zur Sicherung des Raumes fehlen. Überdies, so weist Uhle-Wettler nach, müsse ein gepanzerter Angreifer durchaus nicht über Gelände kommen, das für die Panzerschlacht günstig sei. So sei man im Frankreichfeldzug auch quer durch die Ardennen über die Franzosen hergefallen und zwar mit Panzern quer durchs Waldgebirge. Diese Mängel würden die schimmernde Panzerwehr, über deren schneidige Schlagkraft sich Uhle-Wettler ansonsten schier bekleckert, stark in ihrer Brauchbarkeit beeinträchtigen.

Nun sollte man annehmen, die Besorgnisse des Panzeroffiziers würden sich durch zweckmäßige Bewaffnung und Organisation der Heimatschutztruppe ganz gut bereinigen lassen, wenigstens so weit sie aus militärischen Gründen wachsen. Aber Uhle-Wettler winkt ab. Wieso? – Eine solche Organisation der Heimatschutztruppe würde darauf hinauslaufen, daß diese in den Räumen kämpft, aus denen sie gezogen ist, gestützt auf breit gestreute und deswegen schwer kontrollierbare Depots, zur Aufstandsniederwerfung wäre diese Truppe nur schlecht geeignet, ebensowenig, um hinterher einem geschlagenen Gegner in fremde Länder zu preschen, um ‚Widerstandsnester' – sprich ganze Dörfer, Städte oder Betriebe – ‚auszuräuchern'. Aus diesem Grunde streift Uhle-Wettler diese Truppen bloß und fordert dann die Aufstellung von etwas ganz anderem.

Eine ‚leichte Infanterie' soll aufgestellt werden, deren Grundeinheiten vierköpfige Kampfgruppen sind und deren Bewaffnung nach dem Grundsatz ‚so leicht als möglich und luftverlastbar' entsprechen muß. Die Truppe soll – anders als jetzt für alle Verwendungen, die schwere Anstrengung vorsehen – eher aus jenen Teilen der Jugend gezogen werden, die eine gute Note beim Intelligenztest aufweisen. Diese Truppe sei dann im Kampf gegen ‚Banden' ebensogut einsetzbar, wie zu der Aufgabe, ‚bedecktes und durchnittenes Gelände' für eine angreifende Panzertruppe schwer zugänglich oder für eine rückflutende Truppe zur gesicherten Zuflucht zu gestalten, wie sie auch hinter vorgehenden Panzertruppen aufzuräumen im Stand wär.

Die Konzeption des Panzergenerals enthält, darüber muß man sich ganz im klaren sein, überhaupt kein Element von Stärkung der strategischen Verteidigung. Er will seine „leichte Infanterie" *nicht* raumgebunden, geländekundig und womöglich mit allen geographischen und sozialen Gegebenheiten des Verteidigungsraumes vertraut. Er will eine verbissene Schlägertruppe, die *überall* einsetzbar ist, und zwar gegen beliebigen Feind.

Uhle-Wettlers Konzept hat verschiedene Pferdefüße. Erstens will er in Wahrheit keine „leichte Infanterie", sondern eine besondere Sorte Luftlandetruppen. Zweitens ist fraglich, ob sich aus dem Personal der Bevölkerung Westdeutschlands eine Truppe formen läßt, die – und zwar auf Massenbasis – gegen „den Bandenkampf", sprich gegen alle revolutionären Bewegungen im Inneren, und zur Sicherung gewonnenen Geländes, sage zu Besatzungszwecken, brauchbar ist. Drittens enthält die Konzeption der „leichten Infanterie" gar keine Möglichkeit, nach einer verlorenen Panzerschlacht zu halten und zu verzögern. Vielmehr wär dies Gebilde so stark in den Operationsrahmen des Heeres eingezogen, daß ein Verlust an Material- und Führungslogistik auch diese „leichte Infanterie" lähmen, atomisieren und in Marodeurshaufen, die sich irgendwie durchfretten, verwandeln würde.

Ohne eine Volksbewaffnung, die leicht so sein kann, daß das Land für einen gepanzerten Feind zu einer einzigen Falle wird, ist eine Verteidigung nicht möglich. Allerdings wär eine solche Volksbewaffnung sowohl schlecht geeignet, um hinter einem geschlagenen Gegner herzustürmen und zu besatzen, wie sie auch zum Schutz der höheren Kommandostäbe, der Konzernzentralen, der Regierungsstellen nicht recht geeignet scheinen will.

Aktionen gegen Kriegspropaganda und Kriegsschiffe während der Kieler Woche

r.kaq. Das Leitthema der diesjährigen Kieler Woche im Sinne der „Völkerverständigung" sollte „Sport: Spiel – Leistung – Risiko" sein. In der Tradition der kaiserlichen Flottenparade und der „Marine-Volkswoche", wie die Kieler Woche im Faschismus hieß, waren an 2 Tagen Flottenbesichtigungen angekündigt. Eine amerikanische, eine spanische, eine portugiesische und zwei französische Fregatten, ein niederländischer und ein westdeutscher Zerstörer, ein belgisches Minensuchboot und ein französischer Tender waren zu besichtigen.

Eine Aktionseinheit gegen die Präsenz von Kriegsschiffen und Kriegspropaganda, bestehend aus Fachschaftsgruppen der Universität, Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke, der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen, Kampuchea Komitee, Komitee für den Abzug der Besatzertruppen, KBW, KSB und Volksfront, hatten zu Aktionen bei der Eröffnung der Kieler Woche und zu einer Demonstration entlang der Kiellinie aufgerufen. Bei der Eröffnung wurden Transparente auf dem Rathausplatz entrollt: Abschluß eine Friedensvertrages, BRD raus aus der NATO, keine westdeutschen Zerstörer im Indischen Ozean.

Stadtpräsident Johanning, SPD, begann seine Eröffnungsrede gleich mit einer Rechtfertigung, daß die Kieler Woche der Völkerverständigung diene und nicht dem Kriege. Wichtig sei, die guten Beziehungen zu den Partnerstädten in Ost und West zu pflegen: „Wer miteinander redet, schießt nicht aufeinander". Bundespräsident Carstens, dessen Rede in Forderungsrufen und Pfeifkonzerten unterging, hielt sich in Banalitäten, über die Kieler Woche als „segelsportliches Ereignis", auf. Kiels Oberbürgermeister Bantzer entschuldigte sich beim Präsidenten, „daß man Dr. Carstens seinen Besuch bei der Eröffnung nicht so gedankt hat, wie wir es Ihnen gewünscht hätten."

Gegen das von der Stadt Kiel verfügte Demonstrationsverbot, das mit verkehrstechnischen Argumenten und dem Zuwiderlaufen des Charakters der Kieler Woche (Völkerverständigung) begründet wurde, demonstrierten am Sonntag 100 Personen im lockeren Demonstrationszug 1 Stunde lang die Kiellinie auf und ab und schlossen mit einer Kundgebung. Die starken Polizeikräfte, die zum Unterbinden der Demonstration aufgezogen waren, mußten tatenlos zusehen.

So rückten in der Berichterstattung der Kieler Woche die Flottenbesichtigungen zur Randnotiz und die einzelnen Stadtteilfeste in den Vordergrund. Carl Carstens angekündigter Empfang auf dem Zerstörer Schleswig-Holstein für 200 geladene Gäste war dann der Presse nicht eine einzige Zeile wert.



ÖTV fordert Neufassung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut

z.chc. Seit längerem gibt es unter den Zivilbeschäftigten bei den Besatzertruppen eine Bewegung für tarif- und vertretungsrechtliche Gleichstellung mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die ÖTV fordert eine Änderung des Artikels 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut von 1971. Die Bundesregierung hat sich inzwischen auf Druck der ÖTV genötigt gesehen, einen Änderungsentwurf an die Vertragsländer der NATO zu verschicken. Dagegen versucht das Hauptquartier der US-Besatzertruppen, seine Verfügung über die westdeutschen Zivilbeschäftigten noch weiter auszudehnen, es soll den Kombattantenstatus für die 10000 westdeutschen Beschäftigten gefordert haben. Der „Stern" berichtet, daß ein entsprechender Brief an das Außenministerium geschickt worden sei. Das Außenministerium war zu keiner näheren Auskunft bereit.

Jedenfalls hat der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Merten namens der ÖTV sich gegen alle Versuche ausgesprochen, die westdeutschen Zivilbeschäftigten zum Teil der Besatzertruppen zu machen.

Die Grundlage für diese Versuche sind aber die Besatzerrechte und die Verfügungsrechte über sachliche und personelle Mittel in Westdeutschland. Zwar heißt es im NATO-Truppenstatut von 1951: „Solche bei der Truppe oder einem zivilen Gefolge beschäftigten Arbeitnehmer gelten in keiner Beziehung als Mitglieder dieser Truppe oder dieses zivilen Gefolges", aber in einem Zusatzabkommen von 1959 wird auch festgestellt: „die bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge beschäftigten deutschen zivilen Arbeitskräfte werden nur zu Diensten nichtsoldatischer Art, einschließlich ziviler Wachdienste, verwendet." Diese Einschränkung der „Verwendung" hat die Besatzer aber nie daran gehindert, zu versuchen, die zivilen Beschäftigten auf weitergehende Verwendung vorzubereiten, z.B. durch Ausbildung an der Waffe.

Die ÖTV verlangt, daß den westdeutschen Beschäftigten die gleichen Rechte wie den anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zuerkannt werden. Als nächster Schritt soll ein Änderungsabkommen mit den Besatzungsmächten bezüglich des Gültigkeitsbereiches des Personalvertretungsgesetzes von 1974 abgeschlossen werden. Außerdem fordert die ÖTV den Abschluß eines Rationalisierungsschutzabkommens.

Auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV lagen 9 Anträge der Landesbezirkskonferenzen vor. Im „Wehrreport" schreibt die ÖTV: „Es wird weiterhin ein Bemühen der ÖTV sein, die endgültige Normalisierung der arbeitsrechtlichen wie personalvertretungsrechtlichen Bestimmungen für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften zu betreiben." Gegenüber diesen Forderungen enthält der Änderungsentwurf der Bundesregierung nur Änderungsformulierungen, die an Stelle von „Personalvertretungsgesetz" „Bundespersonalvertretungsgesetz" setzen, aber keine grundlegende Änderung der rechtlichen Stellung der Zivilbeschäftigten erreichen.



Unterzeichnung des „neuen Artikels 56" 1974.

Ausbau der hochgepanzerten Waffen für die Panzerschlacht

Erhöhung der Anzahl der Panzer und -verbände sowie der Feuerkraft / Bessere Panzerabwehrraketen

z.gkr. Das Heer ist mit insgesamt 335200 Mann (davon 175900 Wehrpflichtigen) die größte Teilstreitkraft der Bundeswehr. Im Rahmen der NATO stellen die BRD-Imperialisten damit auch die stärksten Landtruppen in der BRD und in Mitteleuropa (also einschließlich Niederlande, Belgien, Dänemark). Das Heer gliedert sich in 3 Korps, denen unterstellt sind insgesamt 12 Divisionen mit einer Stärke von jeweils ca. 20000 Mann. Sie bestehen einerseits aus den Divisionstruppen, wie allen Fernmelde-, Aufklärungs-, Versorgungs-, Sanitätseinheiten (insgesamt etwa 10000 Mann), andererseits aus den eigentlichen Kampftruppen, 3 Brigaden (entweder 2 Panzerbrigaden + 1 Panzergrenadierbrigade = Panzerdivision; oder 1 Panzerbrigade + 2 Panzergrenadierbrigaden = Panzergrenadierdivision). Auf die Brigaden bezieht sich im wesentlichen die Umgliederung nach dem Heeresmodell 4, die jetzt begonnen wird (in Klammern immer die Angaben nach Heeresmodell 4). Die 12 (17) Panzerbrigaden, ca. 3600 Mann (3000) wiederum sind untergliedert in 2 (3) Panzerbataillone mit 54 (50) Kampfpanzern und ein Panzergrenadierbataillon mit 50 (35) Schützenpanzern. Die 18 (16) Panzergrenadierbrigaden, ca. 4000 Mann (3600) bestehen aus 1 Panzerbataillon und 2 (3) Panzergrenadierbataillonen. Nach der bisherigen Heeresstruktur ergaben sich so 68 Panzergrenadierbataillone, einschließlich der Jägerbataillone (also Infanterie) und 47 Panzerbataillone. Nach der neuen Heeresstruktur wird es 67 Panzerbataillone und 65 Panzergrenadierbataillone geben (diese Angaben können nur die Struktur, nicht aber alle Einzelheiten und Modifikationen wiedergeben).

Die Umgliederung, die gleichzeitig mit der Erhöhung der Anzahl der Panzerverbände eine Verkleinerung dieser Verbände und damit größere Beweglichkeit bringt, entspricht der schwerpunktmäßigen Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfpanzern. Ausgehend von einem Panzerkrieg in Mitteleuropa stellen Bundeskanzler und Verteidigungsminister Apel im Weißbuch 1979 fest: „Die stärkste Panzerabwehrwaffe ist der Kampfpanzer, der zugleich Rückgrat des taktischen Gegenangriffs im Rahmen der Defensivstrategie des Bündnisses ist." Sie lassen keinen Zweifel, der Kampfpanzer ist deshalb so günstig, weil zur Verteidigung wie zum Angriff gleichermaßen gut zu gebrauchen. Ein Schwerpunkt der gegenwärtig laufenden Ausrüstung mit der zweiten Waffengeneration ist denn auch der Ausbau und die Erhöhung der Feuerkraft der Panzer. Die gegenwärtig noch in Dienst stehenden Kampfpanzer M-48, noch von den US-Imperialisten gekauft, werden seit November 1979 durch den Leopard 2 ersetzt. Dessen wichtigste Merkmale: Steigerung der Höchstgeschwindigkeit (68 km/h) und der Beschleunigung (in 6 Sekunden von 0 auf 32 km/h) durch höhere Motorleistung, erhöhter Panzerschutz, vor allem aber mit der 120-mm-Kanone höhere Schußleistung und ein wesentlich verbessertes Waffenstabilisierungssystem. Der Leopard 1 war noch mit einer 105-mm-Kanone ausgerüstet, und der Kampfpanzer M-48, der jetzt Zug um Zug an das Territorialheer übergeben wird, wurde gerade erst mit einer 105-mm-Kanone ausgerüstet. Durch die Umrüstung des Heeres wird also neben der Erhöhung der Feuerkraft der einzelnen Panzer, deren Anzahl von gegenwärtig 3780 auf 4887 nach Indienststellung der 1800 Kampfpanzer Leopard 2 erhöht. Neue Panzer, wie auch schon länger eingesetzte (z.B. „Marder") wurden für den Nachteinsatz (vor allem mit Infrarotgeräten) ausgerüstet.

Ob als Angegriffene oder auch als Angreifer, die westdeutschen Bourgeois und die NATO werden es mit zahlenmäßig überlegenen Panzerkräften der Sozialimperialisten zu tun haben. Der zweite Schwerpunkt der gegenwärtigen Nachrüstung des Heeres liegt daher auf den Panzerabwehrwaffen, deren Feuerkraft verfünffacht werden soll. Seit Mitte der siebziger Jahre wird das Heer mit den Raketensystemen der 2. Generation MILAN (Reichweite bis 2000 m), TOW (bis 3500 m) und HOT (bis 4000 m) ausgerüstet. Zu den schon vorhandenen werden noch 1655 Systeme (MILAN-Raketen, vor allem zur Ausrüstung der Panzergrenadiere, 162 TOW (vor allem die Luftlandebrigaden sind damit ausgerüstet) und 316 HOT, mit der bzw. mit TOW 478 Jagdpanzer Jaguar 1 und 2 ausgerüstet sind, beschafft. Schließlich stehen noch 212 Panzerabwehrhubschrauber (PAH-1), ausgerüstet mit 6 HOT-Panzerabwehrraketen als modernstes Kampfmittel auf dem Beschaffungsprogramm der westdeutschen Bourgeoisie.

Bewaffnung des Heeres der Bundeswehr

	1973	1979
Soldaten	314100	335200
Panzer		
Leopard 1	2160	2437
M-48	1360	1342
Schützenpanzer „Marder"	1567	2136
Spähpanzer „Luchs"	–	408
11-2	–	1448
HS-30	758	469
gepanz. Mannschaftstransporter	•5700	5300
Kanonen, Haubitzen und Mörser (105 bis 203 mm)	2300	2100
Kanonenjagdpanzer	770	770
Raketenjagdpanzer	316	316
MILAN	–	845
TOW	–	347
Fliegerabwehrpanzer	496	190
Taktische Raketenwerfer	90	91
Hubschrauber	468	588

Bewaffnung der Heere verschiedener Staaten

	USA	SU	BRD	GB	F
Soldaten (in 1000)	750,8	1825,0	355,2	160,8	324,0
Schwere Panzer	10500	50000*	3779	900	1060
Leichte Panzer	1600		–	271	1100
Gepanzerte Fahrzeuge***	22000	55000	9424	5080	3060
Hubschrauber	9000	3700**	588	300	565
In Mitteleuropa stat. Soldaten	197400	340000		58000	36000
Panzer	3000	10500		600	600

Quellen: 1973 Weißbuch der Bundesregierung 1973/1974; für 1979: International Institut for Strategic Studies, London. Bei den Aufstellungen sind z.B. die Fahrzeuge, die gegenwärtig ebenfalls in großem Maße umgerüstet werden (LKW) nicht berücksichtigt. Unter den taktischen Raketenwerfern sind 26 Lance-Raketenwerfer, deren Munition mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet ist. * Einschließlich der leichten Panzer ** Die Hubschrauber sind der Luftwaffe angegliedert *** Hierzu gehören Spähpanzer, Schützenpanzer und auch gepanzerte Mannschaftstransporter. Nicht ausgefüllte Stellen: keine Angaben. – Nicht vorhanden.

Metaller von Sao Paulo: „Diese Gewerkschaft gehört uns!“

z.ans. Die Metallarbeiter von Sao Paulo hatten Mitte Mai ihren 41tägigen Streik für mehr Lohn und Kündigungsschutz beendet, nachdem die brasilianische Militärregierung Figueiredo die gewählte Gewerkschaftsführung abgesetzt und verhaftet und massive Polizeieinsätze gegen die Arbeiter angeordnet hatte. Statt der alten Gewerkschaftsleitung sitzen jetzt vom Arbeitsministerium bestellte Beamte, „Interventoren“, in den Gewerkschaftsbüros.

In dem Streik haben die Metaller jedoch ihre Organisiertheit gefestigt. Unter Führung der im Streik gebildeten Lohnkommission kämpfen sie um ihre Gewerkschaft. Für ihre Forderungen – Wiedereinsetzung der gewählten Leitung, Rücknahme der fristlosen Entlassungen – führen die Arbeiter auf Stadtteilebene Versammlungen durch, geben sie Informationsblätter heraus, bauen sie eine Zeitung auf. Zur Unterstützung der Entlassenen, 4000 seit Ende des Streiks, sammeln sie vor den Fabriktoren und auf einem viertägigen Fest im Fußballstadion von Sao Bernardo.

Gleichzeitig versuchen die Arbeiter, den Interventor zu zwingen, Betriebsversammlungen und eine zentrale Gewerkschaftsversammlung einzuberufen. Der Druck zeigt Wirkung. So mußte der Interventor zunächst Mitte Juni eine Versammlung von 300 Entlassenen zusammen mit der alten Leitung zugestehen. Nachträglich, unterstützt durch Polizei, versucht er zu lavieren, will die Arbeiter nur einzeln in Sechsergruppen einlassen. Unter Rufen: „Diese Gewerkschaft gehört uns! Nieder mit der Militärregierung! Weine Figueiredo, Deine Stunde ist gekommen!“ ziehen die Arbeiter schließlich unter Beifall der Bevölkerung in einem Demonstrationszug durch die Stadt. Mitglieder der abgesetzten Leitung sprechen während der Demonstration von der Notwendigkeit, einen Streik vorzubereiten, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden.



Metallarbeiter wehren sich gegen Polizeieinsatz.

Portugal: Aktionstag der Gewerkschaften

Portugal: Aktionstag der Gewerkschaften Generalstreik wird vorbereitet

z.rua. Für den 21.6. hatte der Gewerkschaftsdachverband Intersindical zu einem Aktionstag aufgerufen. Unter den Hauptforderungen: „Gegen die Regierung Carneiro/Amaral, für die Unabhängigkeit des Landes! Carter, NATO, raus aus Portugal! Das geraubte Land wird wieder besetzt!“ demonstrierten in Lissabon 70000; Zehntausende nahmen an Demonstrationen in 32 Städten teil. Für den 26.6., den Tag des Carter-Besuchs, riefen Gewerkschaften und politische Organisationen ebenfalls zu Demonstrationen auf.

Die Regierung der „Demokratischen Allianz“ betreibt unter Druck der Imperialisten die Revision der Verfassung von 1975. Ausländisches Kapital soll verstärkt wieder in Portugal investieren. Im März erließ das Finanzministerium ein Dekret über die Entschädigung nach 1975 enteigneter ausländischer Betriebe. Mitte Juni wurde mit den Auszahlungen in Form verzinslicher Schatzbriefe an ausländische Banken begonnen; die geplante Summe wurde verdoppelt. Ebenfalls im März erließ die Regierung ein Ermächtigungsgesetz, durch das die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und Industrie (außer Erdöl- und Stahlindustrie) rückgängig gemacht werden soll. In Beratung ist ein neues Arbeitsgesetz, das das Streikrecht einschränkt und Entlassungen erleichtert.

Bei gesteigerter Ausbeutung sinkt der Reallohn der portugiesischen Arbeiter beständig. Ein Indikator dafür ist, daß der Fleischverbrauch 1979 um 8% gegenüber 1978 sank. Teilweise gelang es den Kapitalisten, Lohnabschlüsse an Produktivitätsabkommen zu binden, um die Ausbeutungsrate weiter zu steigern. Auf der Lisnave-Werft z.B. wurde so seit 1977 die Belegschaft von 10000 auf 8500 verringert, die Produktion um 40% erhöht.

Im April streikten 750000 Arbeiter für 30% Lohnerhöhungen, Erhöhung der Zuschläge und Sozialversicherungsleistungen und gegen Entlassungen. Im Mai waren es 1,5 Mio. Am 3.6. streikten die Textilarbeiter 24 Stunden; die Arbeiter bei General Motors und Citroen streikten am 6., 11. und 12.6. für die Erhöhung der Essenszuschläge um 80%. Am 22.6. traten die Piloten der Fluggesellschaft TAP für die Auszahlung ausstehender Löhne in einen vorerst auf 2 Tage angesetzten Streik, das technische Personal schließt sich an. Verschiedene Gewerkschaften im Distrikt Lissabon haben eine Kommission gebildet, die einen eintägigen Generalstreik vorbereitet.

Seit zwei Wochen Streik bei VW Südafrika 4,50 DM Stundenlohn will VW nicht zahlen

z.mif. Am Freitag gingen ganze 60 von 3500 Arbeitern bei VW Südafrika durchs Tor. Die VW-Kapitalisten hatten gehofft, den Streik, der seit zwei Wochen andauert, spalten zu können. Die Forderung der Arbeiter lautet auf Erhöhung des Grundlohns, des niedrigsten bei VW gezahlten Lohns, von 1,15 Rand (etwa 2,50 DM) auf 2 Rand (4,40 DM). Die VW-Kapitalisten haben eine Erhöhung des Mindestlohns auf 1,40 Rand (3 DM) angeboten, während sie den höchstbezahlten Facharbeitern statt bisher 2,50 Rand 3,35 Rand (7,40 DM) zahlen wollen. Die Gewerkschaft der schwarzen Arbeiter, von denen die meisten Hilfsarbeiter sind, ist nicht vom Kolonialregime registriert und darum zu den Tarifverhandlungen nicht zugelassen. Am 4. Juli finden die nächsten regulären Verhandlungen statt.

Der Tarifvertrag bei VW gilt auch für General Motors und Ford. Die Arbeiter bei diesen US-Monopolen haben das Angebot ebenfalls abgelehnt, die Gewerkschaften haben sie aufgefordert, zunächst nicht mitzustreiken. VW ist der größte Autokonzern in Südafrika, allein vom VW Golf wurden im Mai dieses Jahres 4315 Stück verkauft, das ist ein Marktanteil von knapp 20%.

Die Goodyear-Kapitalisten haben bisher alle Verhandlungen abgelehnt, alle Streikenden entlassen und Neueinstellung gegen Verzicht auf den Lohn während der Streiktage angeboten. – Die westdeutschen Hella-Kapitalisten ließen die 800 Arbeiter, die ab 16. Juni streikten, mit Polizei und Hunden aus der Fabrik treiben. Die SKF-Kapitalisten stellten den 120 Arbeitern, die seit der gleichen Zeit im Streik stehen, ein Ultimatum, bis Freitag letzter Woche die Arbeiter wiederaufzunehmen. Seit dem 22. Mai stehen die Arbeiter mit den SKF-Kapitalisten in Lohnverhandlungen.

Das Kolonialregime hat Anfang Juni dem Gewerkschaftsbund Fosatu verboten, Gelder aus dem Ausland anzunehmen. VW vertraut darauf, der Streik werde durch Hunger geschwächt, die Gewerkschaften sind knapp bei Kasse. Spenden sind bisher bekannt vom Internationalen Metallarbeiterbund, von den dänischen, holländischen, französischen, schweizerischen und neuseeländischen Metallgewerkschaften, von VW-Arbeitern USA und von der IG Metall.



Polizeiliche Bewachung eines Arbeiterwohnviertels in Soweto.

„Unmenschliche Zustände, aber selbst verschuldet“

Menschenrechtskommission über nordirische Gefängnisse / Gerechter Kampf der Gefangenen

z.hef.London. In der letzten Woche wurde das Urteil der europäischen Menschenrechtskommission über die Klage von vier irischen Gefangenen gegen die britische Regierung veröffentlicht. Zwar seien die Zustände in den britischen Gefängnissen in Nordirland „beinahe unmenschlich“ („almost subhuman“), aber der britischen Regierung sei keine Verletzung der Menschenrechte vorzuwerfen, weil diese Zustände von den Gefangenen „sich selbst zugefügt“ worden seien. Die Regierung würde aber zu „mehr Flexibilität“ im Umgang mit dem H-Block-Protest aufgefordert.

Seit 4½ Jahren kämpfen irische republikanische Gefangene in nordirischen Gefängnissen gegen den Entzug von Rechten als politische Gefangene. Zur Zeit sind 395 Männer und 33 Frauen „on the blanket“, d.h. ihre einzige Kleidung sind Decken. Die Frauen sind im Frauengefängnis von Armagh, die Mehrzahl der Männer in dem H-förmigen Sonderblock des Maze-Gefängnisses in Long Kesh.

Über die Gründe des Kampfes der Gefangenen sprachen wir mit Kieren Nugent aus Belfast und John Deery aus Derry. Nugent ist einer der vier Gefangenen, die den Antrag bei der Menschenrechtskommission stellten. Er war von Anfang an, also seit 1976, an dem Kampf beteiligt. Inzwischen hat er eine dreijährige Strafe wegen illegalen Waffenbesitzes abgesessen. Deery war wegen des gleichen Vorwurfs eingesperrt.

Die Gefangenen im H-Block sind alle wegen IRA-Zugehörigkeit, illegalem Waffenbesitz, Fahrzeugentführungen, „terroristischen Aktionen“ oder anderen Vorwürfen im Zusammenhang mit dem irischen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialherrschaft im Gefängnis. Bei der Mehrheit, sagt John Deery, gibt es keine Beweise. Laut britischem Sondergesetz für Nordirland reicht für die Verurteilung vor dem Sondergericht gegen Terrorismus ein der Polizei gegebenes und unterschriebenes Geständnis als Schuldbeweis aus, auch wenn es im Gerichtssaal widerrufen wird. In der ersten 48 Stunden nach der Festnahme, in dem der Festgenommene kein Recht auf einen Anwalt hat, prügelt die Polizei die meisten Geständnisse aus den gefangenen Republikanern heraus.

Vor 1976 hatten alle politischen Gefangenen einen Sonderstatus. „Sie waren in Nissen-Hütten, hatten einen Besuch in der Woche, hatten ihre eigene Kommandostruktur, sie lebten außerhalb der engen Aufsicht der Briten. Sie lebten ihr eigenes Leben, was sie nicht hatten, war ihre Freiheit“, sagte Kieren Nugent. „1975 kamen die Briten mit einer neuen Politik aus drei Bestandteilen raus: Ulsterisierung, Normalisierung und Kriminalisierung. Ulsterisierung bestand darin, die RUC auf die Straße zu schicken, mit der Armee im Hintergrund (RUC, Royal Ulster Constabulary, ist die Polizeitruppe in Nordirland). Normalisierung, das bestand darin, die RUC wiederzubewaffnen und alle großen Sicherheitsbarrieren abzubauen, um aller Welt zu zeigen, daß es sich um eine normale Situation in einer normalen Gesellschaft handelt. Dann kam die Kriminalisierung. Sie bestand darin, Republikaner gefangenzusetzen, ins Gefängnis zu werfen, sie dazu zu zwingen, Gefängniskleidung zu tragen, und dann aller Welt zu zeigen, nein, das sind keine Freiheitskämpfer, das sind ein paar Kriminelle, die Gefängnisarbeit machen und Gefängniskleidung tragen.“

Alle vor dem 1. März 1976 verurteilten politischen Gefangenen behielten (und haben bis heute) den Sonderstatus. Diese Rechte wurden den nach dem 1. März Verurteilten entzogen.

„Unsere Verteidigung bestand darin, keine Gefängniskleidung zu tragen, keine Gefängnisarbeit zu machen, das hieß, 24 Stunden am Tag in der Zelle zu leben, kein Lesestoff, keine Bücher, das hieß auch, im eigenen Kot und Urin zu leben.“ „Am Anfang wurde uns erlaubt, aus den Zellen raus auf die Toilette zu gehen. Dann fingen sie an, uns dabei zu verprügeln und in unanständiger Weise zu durchsuchen, und uns soviel wie möglich zu malträtieren. Daraufhin weigerten wir uns, unsere Zellen zu verlassen und uns an den Waschgelegenheiten und anderen Sachen zu beteiligen. Ich möchte betonen, daß wir das nicht gern haben, in unserem Dreck und Urin zu leben, aber wir hatten keine Wahl.“

Die britische Presse bezeichnet den Kampf als den „dreckigen Protest“ und versucht, mit Bildern von verdreckten Zellen die Gefangenen als verwahrlost hinzustellen. John Deery: „Sie (die Wächter) säubern die Zellen alle ein bis zwei Wochen. Der Grund, warum sie so dreckig sind: Als der Protest begann, war er friedlich. Damals leerten dann die Blanket-men ihre Töpfe in eine Tonne, die zwei Gefängniswärter hineinbrachten. Dann haben sie den Inhalt dieser Tonne auf die Blanket-men in den letzten beiden Zellen ausgeleert. Wir versuchten dann also, den Kot aus den Fenstern zu werfen. Aber sie warfen das zurück, das landete auf unseren Betten und Decken, und den Urin spritzten sie in unseren Zellen umher. Deshalb gab es keinen anderen Weg, als den Kot an die Wand zu tun, um unsere Betten zu schützen.“ Wie sehen die Zellen aus? „Zwei Matratzen auf dem Boden, und es gibt drei Decken für jeden. Zwei Leute sind in einer Zelle. Die Zelle ist voll mit Kot an den Wänden, Dreck liegt in der Ecke, die Urintöpfe sind dreckig, Dreck hat sich überall angesammelt, und sie werden nie saubergemacht. Die Wasserflasche, aus der wir trinken, ist dreckig.“

Die Wärter durchsuchen die Zellen und die Gefangenen regelmäßig. Sie werden auf Spiegel gezwungen, mit denen die Wärter in den Hintern sehen. Oft durchsuchen sie sie mit den Händen. Besonders widerspenstige Gefangene werden regelmäßig von den Wärtern verprügelt. Die britische Gefängnisverwaltung erlaubt nur einen Besuch pro Monat und einen Brief. Vor und nach Besuchen durchsuchen die Wärter die Gefangenen. Verlangt ein Gefangener medizinische Behandlung, erhält er sie nur, wenn er Gefängniskleidung trägt. Die Gefangenen leben jetzt jahrelang unter solchen Bedingungen, die meisten haben lange Haftstrafen.

Wo rekrutieren die britischen Imperialisten ihre Gefängniswärter, fragten wir Nugent. „Sie holen die meisten ihrer Gangster und Söldner aus den britischen Truppen, Ex-Soldaten, Ex-Polizisten. Viele kommen aus England, Schottland und Wales, und es gibt einen hohen Prozentsatz aus den loyalistischen Gebieten Nordirlands. Sie hassen die Republikaner so sehr, daß sie ihren Haß an nackten Gefangenen auslassen. Wenn dann einer von ihnen erschossen oder in die Luft gesprengt wird, schreien sie laut in alle Welt, warum werden wir hingerichtet. Der einfache Grund ist, daß sie Teil der Waffe sind, die die britische Regierung gegen die Gefangenen einsetzt.“ Die IRA hat einen Gefängnisdirektor und mehrere Wärter des Maze-Gefängnisses erschossen.

Die Empörung in ganz Irland über die viehische Behandlung der Gefangenen wächst. Sogar die Kirche muß sich kritisch äußern. Mehrere tausend nahmen an Demonstrationen in Dublin und Belfast in den letzten zwei Wochen teil.



Tausende demonstrierten am 14. Juni in Belfast. Die H-Block-Komitees organisierten die Aktionen.

Rohstoffonds: Dritte Welt setzt ihre Stimmrechtsmehrheit durch

z.anb. Am 26.6. ist in Genf die seit 5.6. mehrfach verlängerte letzte Verhandlungsrunde über den UNCTAD-Rohstoffonds abgeschlossen worden. Es ging um die Finanzierung des „zweiten Fensters“ – 350 Mio. Dollar für den Aufbau rohstoffverarbeitender Industrien in den Ländern der Dritten Welt – und die Verteilung der Stimmrechtsanteile. Hatten die Imperialisten im Vorjahr dem „ersten Fenster“ von 400 Mio. Dollar für Ausgleichslager von 18 Rohstoffen zustimmen müssen, setzten sie sich diesmal vehement gegen die Forderung der Gruppe der 77 zur Wehr, daß die Industriestaaten 68% der Einlagen entrichten sollen, bei der Verteilung der Stimmanteile jedoch von der in den internationalen Finanzorganisationen IWF und Weltbank üblichen, für die Imperialisten günstigen Verteilung der Stimmen nach Einzahlungsquote abgegangen wird. Gegen den Stabilisierungsfonds an sich hatten vor allem die Supermächte nicht einmal „grundsätzlich“ opponiert; sie spekulieren darauf, daß ihre Monopolstellung bei bestimmten Rohstoffen sich bei Preisstabilisierung derselben in Extraprofite ummünzen lassen könnte. Dies setzt allerdings voraus, daß die Kontrolle über die Vermarktung und Verarbeitung dieser Rohstoffe bei ihnen verbleibt. Und genau dagegen ist das „zweite Fenster“ gerichtet. Nach zähem Ringen hat die Dritte Welt folgende Stimmverteilung durchgesetzt: 47 Stimmen für die Gruppe der 77, 3 für die VR China, 8 für den RGW, 42 für die westlichen Industriestaaten. Die einfache Mehrheit entscheidet.

Währungsreform Mozambiques gegen Siedlersabotage

z.mif. Mozambique hat kürzlich die alte portugiesische Kolonialwährung des „Mozambique-Escudos“ durch den Metical ersetzt. Während der dreitägigen Umtauschperiode hat die Regierung die Grenzen geschlossen. Die von portugiesischen Siedlern ins Ausland geschleppten Geldvermögen sind damit entwertet, die imperialistische Spekulation von Südafrika aus mit über den Schwarzmarkt gehandelter Währung ist blockiert. Die Finanzierung konterrevolutionärer Umtriebe in Mozambique über den südafrikanischen Schwarzmarkt ist erschwert. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes ist für Mozambique, wie Präsident Machel erklärte, das Haupthindernis für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten beseitigt. Dafür ist die eigene Währung von großer Bedeutung.

Großbritannien „rehabilitiert Ugandas Baumwollwirtschaft“

z.hef.London. Großbritannien wird Uganda vier Mio. Pfund (16 Mio. DM) Entwicklungshilfe „zur Rehabilitierung der Baumwollindustrie Ugandas“ zahlen. Uganda darf mit dem Geld nur Waren und Dienstleistungen in Großbritannien kaufen. Was es kauft, muß vorher durch die britische Übersee-Entwicklungsagentur genehmigt werden. Baumwolle ist das nach Kaffee wichtigste Exportprodukt Ugandas. Hauptabnehmer sind die britischen Textilkapitalisten, die auch selbst Plantagen und Spinnereien besaßen. Aber zwischen 1970 und 1973 verstaatlichte Uganda den größten Teil der ausländischen Kapitalanlagen. Außer-

Wahlen in Bolivien

Arbeiter und Bauern gegen Putschpläne gerüstet / USA planen Zinnpreiserpressung

z.ulg. Für diesen Sonntag sind in Bolivien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angesetzt. Ob die Wahlen stattfinden und ob der gewählte Präsident sein Amt jemals antreten wird, ist nicht sicher. Im Frühjahr hat die Armee die Übergangspräsidentin Gueiler gezwungen, zum Oberbefehlshaber einen General zu ernennen, der im Dezember an der Spitze eines – im Ansatz gescheiterten – Putschversuchs gestanden hatte. Anfang Juni hat die Generalität ultimativ die Verschiebung der Wahlen „um mindestens ein Jahr" gefordert. Die hohen Offiziere sind eine der Hauptstützen der US-Imperialisten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über das Land. Die Armee ist Ende der 50er Jahre mit US-Unterstützung wiederaufgebaut worden, nachdem sie in der Revolution von 1952 praktisch zerschlagen und durch Arbeiter- und Bauernmilizen ersetzt worden war.

In den letzten Wochen hat der US-Botschafter putschlüsterne Offiziere mehrfach zurückgepfiffen. Wenn es irgend geht, will die Supermacht eine von ihr abhängige Zivilregierung etablieren. Für diesen Fall ist, wie immer die Wahlen ausgehen, gut vorgesorgt. Am 1. Juli, ganz „zufällig" zwei Tage nach dem seit einem Jahr bekannten Wahltermin, werden die USA mit Verkäufen aus ihren strategischen Zinnreserven beginnen. Zinn ist mit über der Hälfte der Exporterlöse das bei weitem wichtigste Ausfuhrprodukt Boliviens. Ein durch massive US-Verkäufe ausgelöster Preisverfall würde die neue Regierung vor fast unlösbare wirtschaftliche Probleme stellen, ähnlich wie der ebenfalls durch die USA betriebene Fall der Kupferpreise während der Allende-Regierung in Chile. Insgesamt wollen die USA von ihren 100000 t Zinn etwa 30000 t verkaufen, das entspricht fast genau der Jahresproduktion Boliviens, des viertgrößten Zinnproduzenten der Welt.

Die bolivianischen Volksmassen sind für den Fall eines möglichen Putschversuchs gerüstet. Im November 1979 hatten sie mit einem Generalstreik und tagelangen Straßenkämpfen zum ersten Mal in der Geschichte Südamerikas einen bereits vollzogenen Militärputsch zurückschlagen können. Möglich war das, weil die Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern gemeinsam vorgingen und damit auch die bürgerlichen Politiker daran hindern konnten, sich – wie sonst üblich – mit den putschenden Offizieren zu „arrangieren". Anfang des Jahres hat der Gewerkschaftsbund COB, der zusammen mit den ihm assoziierten Bauernverbänden eine Million Mitglieder (bei einer Gesamtbevölkerung von 6 Mio.) zählt, die Initiative zu einem „Appell für die Verteidigung der Demokratie" ergriffen, der von den wichtigsten Parteien unterschrieben worden ist. Seit Ende März sind überall im Lande „Komitees zur Verteidigung der Demokratie" gegründet worden, die dem Zusammenschluß der Volksmassen einen organisatorischen Anhaltspunkt bieten.

Einen Anhaltspunkt, mehr nicht. Denn, wie schon die Namen zeigen, die bisherigen Ansätze zur Aktionseinheit gegen die äußerste Reaktion sind im wesentlichen defensiv, und ein antiimperialistisches Bündnis mit einem positiven Aktionsprogramm muß erst noch geschaffen werden. Obwohl die Arbeiter und Bauern im November gezeigt haben, daß sie, und nur sie, putschenden Offizieren Paroli bieten können, steht die Arbeiterbewegung noch weitgehend unter der Vormundschaft des bürgerlichen Nationalismus. Dieser wiederum ist in zwei Flügel gespalten, an deren Spitze die beiden einzig „aussichtsreichen" Präsidentschaftskandidaten stehen: Paz Estenssoro und Siles Zuazo. Beide waren bereits in den 50er Jahren Präsident. Bei den letzten Wahlen 1979 erhielten sie jeweils knapp ein Drittel der Stimmen. Dem von Paz Estenssoro geführten Wahlbündnis gehören auch die Christdemokraten und die KP/ML an. Siles Zuazo wird u.a. auch von den Revisionisten und von der Führung des Gewerkschaftsbundes unterstützt. Die indianische Bauernbewegung „Tupac Katari" hat sich auf beide Wahlbündnisse verteilt. Die beiden Blöcke unterscheiden sich grundlegend weder in ihrem Programm, einem höchst gemäßigten Nationalismus, noch in ihrer Massenbasis, die Teile aller antiimperialistischen Klassen umfaßt.

In dieser wenig erfreulichen Lage findet sich die Arbeiterklasse 28 Jahre, nachdem sie mit einem bewaffneten Aufstand der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNR) von Paz Estenssoro und Siles Zuazo 1952 zur Macht verhalf. Die nationalbürgerliche Regierung verstaatlichte die größten Zinnminen, gab den Indianern, der großen Masse der Bevölkerung des Landes also, zum ersten Mal das Wahlrecht und führte vor allem eine Agrarreform durch. Damit wurde die bis dahin herrschende feudale Ausbeutung der indianischen Bauernmassen beseitigt, und mehrere hunderttausend Bauernfamilien erhielten durch die Aufteilung der Latifundien Land, durchschnittlich 10 ha. Ein Gutteil des Großgrundbesitzes blieb jedoch, kapitalistisch umgemodelt, bestehen, und auch heute noch gibt es in Bolivien 70000 Landarbeiter. Unter dem Druck der US-Imperialisten führte Siles Zuazo während seiner Präsidentschaft 1956 bis 1960 ein „Stabilisierungsprogramm" durch, mit dem die erkämpften Lohnerhöhungen weitgehend rückgängig gemacht und die Kontrollrechte der Gewerkschaften in den Betrieben beseitigt wurden. Da die Führung der Gewerkschaften, an der außer bürgerlichen Nationalisten viele Trotzkisten beteiligt waren, eine Politik der Bevormundung der Bauernmassen statt des Bündnisses mit ihnen verfolgte, konnte die Bourgeoisie die Arbeiter, vor allem ihre Vorhut in den Zinnminen, isolieren, zu Teil sogar Bauernmilizen zur Niederschlagung von Streiks mobilisieren.

Nach dem Militärputsch 1964, mit dem die bürgerlichen Nationalisten von der Macht verdrängt wurden, konnten die proimperialistischen Generäle ein Jahrzehnt lang die Bauernbewegung durch einen „Pakt" mit korrupten Führern der Bauernverbände fesseln. Die Löhne in den Zinnminen wurden gleich 1964 halbiert, seit 1970 sind sie noch einmal um mehr als ein Drittel gedrückt worden. 60% der bolivianischen Arbeiter verdienen heute kaum über 3000 Pesos, während ein Warenkorb mit dem unentbehrlichen Bedarf für eine Familie nach Regierungsberechnungen etwa 8700 Pesos kostet. Die Lage der Bauern, immer noch etwa zwei Drittel der Bevölkerung, ist nicht besser: Für ihre kleinen Stückchen Land müssen die „Reformbauern" hohe Grundsteuern zahlen und ihre Produkte zu extrem niedrigen Erzeugerpreisen verkaufen. Die Folge: Seit Mitte der 70er Jahre stagniert die Produktion von Grundnahrungsmitteln wie Mais und Kartoffeln, während die im Osten des Landes kapitalistisch angebauten tropischen Exportprodukte wie Baumwolle und Zuckerrohr hohe Steigerungsraten aufweisen. Gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen haben die Bauern in den letzten Jahren von der Regierung unabhängige Verbände aufgebaut, die jetzt eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Bolivien sind vergleichsweise gering. Aber die Imperialisten quetschen das Land über den Kredit bis aufs Blut aus. Obwohl sich der Zinnkurs im letzten Jahrzehnt günstig entwickelt hat und sich die Austauschverhältnisse im Außenhandel verbessert haben, ist die Auslandsverschuldung von 671 Mio. Dollar 1970 bis 1978 auf 3102 Mio. Dollar gestiegen. Die Schulden entsprachen damit 1978 87% des gesamten Jahresprodukts. Der Schuldendienst verschlang 60% der Exporterlöse. Gleich nach der Niederlage des letzten Putsches hat der IWF im November als Bedingung für einen neuen Kredit eine 25prozentige Abwertung des Peso und drastische Benzinpreiserhöhungen verfügt. 50000 Arbeiter demonstrierten dagegen in der Hauptstadt, Tausende von Bauern blockierten gleichzeitig die wichtigsten Zufahrtsstraßen. Die Regierung mußte einen Teuerungsausgleich für alle Lohnabhängigen zugestehen.

Das Bündnis von Arbeitern und Bauern ist in diesen Kämpfen sicher gestärkt worden, obwohl in den Gewerkschaften der Einfluß des trotzkistischen „Erbes", das heute die Revisionisten anzutreten suchen, keineswegs überwunden ist. Im Mai 1979 hat der Gewerkschaftsbund COB ein Aktionsprogramm beschlossen, das einige nützliche Forderungen für den Zusammenschluß der Volksmassen enthält: Nationalisierung der privaten Minen, der ausländischen Banken und des Außenhandels; Abzug der Armee aus den Minenbezirken und aus den ländlichen Gebieten; Unterstützung der Bauern im Kampf für wirtschaftliche und technische Unterstützung und für gerechte Preise.





Die bewaffneten Arbeiter der Zinnminen verhalfen der Revolution von 1952 zum Sieg (links), doch die Bourgeoisie konnte die Oberhand behalten. Demonstration der Minenarbeiter 1978 gegen die Militärdiktatur (rechts).

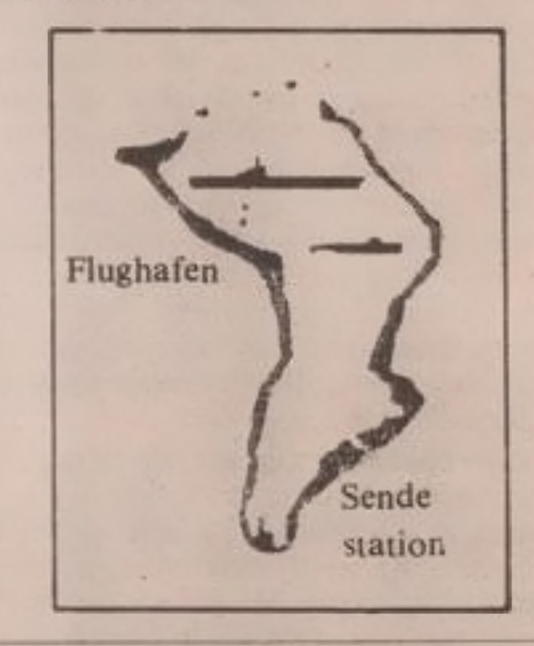
USA bauen Diego Garcia zur Waffenkammer aus
Mauritius fordert die Rückgabe der Insel

z.elf. Am 6.6.80 hat die US-Armee mit der Verschiffung schwerer Waffen nach Diego Garcia begonnen. Die sieben Schiffe sollen, beladen mit Panzern, schwerem Geschütz, Treibstoff und Trinkwasser, Ende Juli in Diego Garcia im Indischen Ozean ankommen. Mit dem Material sollen die Schiffe dort liegenbleiben und damit den US-Imperialisten durch Bereitstellung des Kriegsmaterials Aggressionsakte gegen jedes an den Indischen Ozean grenzende Land ermöglichen.

Die U-förmige, etwa 35 km lange, 28 km² große Koralleninsel Diego Garcia liegt etwa 2000 km nordöstlich der mauritischen Hafenstadt Port Louis und war bis 1965 Teil der britischen Kolonie Mauritius. Während des zweiten Weltkrieges nutzten die Briten die strategisch günstig liegende, einen natürlichen Hafen bildende Insel als Kriegshafen. 1965, kurz vor der absehbaren Unabhängigkeit von Mauritius
baren Unabhängigkeit von Mauritius
im Jahre 1968, nahmen die Briten Mauritius Diego Garcia weg. Zusammen mit anderen, den Seychellen geraubten Inselgruppen bildeten sie die Kolonie British Indian Ocean Territory (Britisches Indisch-Ozean-Territorium). 1966 verpachteten die Briten das geraubte Diego Garcia an die USA zur Errichtung einer Militärbasis. Bis 1972 hatten sie die letzten der 1400 Kokosplantagenarbeiter vertrieben. 1975 billigte der US-Senat den Plan, die Basis auszubauen.

Ein auf 12000 Mann aufgestocktes US-Marineinfanteriekorps probt gegenwärtig in Kalifornien den Einsatz in Wüstengebieten. Es steht bereit für Interventionen gegen an den Indischen Ozean angrenzende Länder und soll das notwendige Kriegsmaterial dazu aus Diego Garcia erhalten. Mit Kenia und Somalia ist den USA der Abschluß eines Militärabkommens bisher nicht gelungen, und auch Oman, mit dem sie Anfang Juni einen Beistandsvertrag abgeschlossen haben, hat erklärt, fremde Truppen oder Stützpunkte auf seinem Gebiet nicht zu dulden. Deshalb bauen die US-Imperialisten ihren einzigen Militärstützpunkt im Indischen Ozean, Diego Garcia, zügig aus, entsprechend ihrem imperialistischen Konzept Rapid Force Deployment, der Verbindung schneller Truppenbewegung mit schnellem Nachschub. Für die Anlandung von B-52-Bombern wurde die Landebahn von 2,5 auf 4 km Länge ausgebaut, Lagermöglichkeiten für etwa 100 Milliarden Liter Treibstoff, Flugzeugstellplätze und Schiffanlegemöglichkeiten wurden fertiggestellt.

Etwa 21 amerikanische, 27 sowjetische Kriegsschiffe kreuzen derzeit im Indischen Ozean, vier westdeutsche zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Premierminister von Mauritius, Ramgoolam, erklärte, die Rückgabe Diego Garcias sei angesichts dieser Aufrüstung besonders dringlich.
ser Aufrüstung besonders dringlich.
Der Staatschef von Madagaskar hat für Ende 81 / Anfang 82 zu einer Konferenz über die Reduzierung der Seestreitkräfte im Indischen Ozean und die Entfernung aller fremden Militärbasen aufgerufen, um den Indischen Ozean zu einer tatsächlichen Zone des Friedens und der Kernwaffenfreiheit zu machen.



dem sank die Baumwollproduktion, von 205000 Tonnen 1970 auf 74000 Tonnen 1977. Unter anderem, weil viele Bauern bei niedrigen Baumwollpreisen stattdessen mehr Lebensmittel anbauten. Für die vier Mio. Pfund wird vor allem Saatgut gekauft, das dann billig an Plantagen und Bauern geht. Außerdem sollen die durch den Krieg beschädigten Spinnereien wieder instandgesetzt werden. Die Textilkapitalisten streben ähnliche Abkommen an, wie die britische Firma Mitchell Cotts durchgesetzt hat: Sie übernimmt die vier 1972 verstaatlichten Teeplantagen wieder, und Uganda muß Schadenersatzforderungen anerkennen. Insgesamt haben britische Kapitalisten 250 Mio. Pfund Schadenersatzansprüche angemeldet.

Cruise-missile-Stationierung im Umkreis Londons beschlossen

z.mif.London. Die britische Regierung ist als erste der westeuropäischen Regierungen mit den US-Imperialisten übereingekommen, auf welchen Standorten ab 1983 die Marschflugkörper (Cruise Missiles) stationiert werden: auf zwei derzeit nicht voll genutzten US-Basen westlich und nördlich Londons, in Berkshire und Cambridgeshire, nicht weiter als 80 km vom Meer entfernt und mit guten Straßenverbindungen. Die Flugkörper, die eine Reichweite von 2500 km haben, können auf LKWs transportiert und von ihnen aus abgeschossen werden. Durch Vergleich einer einprogrammierten Landkarte mit dem tatsächlich überflogenen Gebiet werden sie eine Zielgenauigkeit von 20 Metern erreichen. Die US-Imperialisten werden sie als Träger taktischer Atomwaffen einsetzen. 464 dieser Marschflugkörper wollen sie in Westeuropa auf festem Boden stationieren, davon 160 in Großbritannien. Die weiteren Stationierungsländer sind Westdeutschland, Italien, Belgien und die Niederlande, wobei Belgien und die Niederlande bisher keine bindende Zusage gegeben haben. 2000 US-Soldaten werden zur Bewachung, Wartung und Bedienung dieser Raketen zusätzlich in Großbritannien stationiert. Der britische Verteidigungsminister Pym hat erklärt, Testflüge werde es in Großbritannien nicht geben, und kein Abschuß sei möglich ohne Zustimmung der britischen Regierung. In vielen Teilen des Landes kämpfen Bürgerinitiativen gegen die Stationierung. Die Organisation „East Anglia gegen die Flugkörper" vertritt einhundert örtliche Initiativen und Gruppen; in East Anglia sind große Teile der britischen Luftwaffe konzentriert.

Opposition ohne Alternative Wahlsieg der LDP in Japan

z.wos. Hohe Stimmgewinne für die Liberal-Demokratische Partei (284 Sitze, +36) und ihren jugendlich getrimmten Ableger Neoliberaler Club (12, +8), Stillstand bei den Sozialisten (107), starker Rückgang der neobuddhistischen Komeito (33, -24) und der KPJ (29, -10) waren das Ergebnis. Auch bei den Oberhauswahlen siegten die Konservativen. Zuvor hatte der Präsident des Kapitalistenverbandes Inayama seine frühere Aussage, die eher Billigung einer Koalitionsregierung unter Führung der LDP ausdrückte, revidiert. Er sähe „keinen Grund, auf eine Koalitionsregierung zu hoffen." (Asahi-Shimbun, 17.6.) Die bürgerlichen Oppositionsparteien hätten nur als Koalition an die Regierung kommen können. Das wichtigste der Koalitionsmodelle hieß: JSP/Komeito/Demokratische Sozialisten. Aber in bedeutenden Fragen, wie dem Amerikanisch-Japanischen Sicherheitsvertrag und der Verteidigungspolitik waren die Positionen unvereinbar. Die Wähler wollten sich auf diese brüchige „Einheit" und vage formulierten Ziele nicht einlassen. Es blieb also nur die bestehende Einparteienherrschaft. – Der KPJ hat es angesichts der wachsenden Präsenz sowjetischer Kriegsschiffe im Japanischen Meer nichts eingebracht, daß sie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan gefordert hatte. Eine politische Organisation der Arbeiterklasse besteht noch nicht.

USA: Kongreß beschließt neues Energiegesetz

z.rül. Etwa 25 Mrd. $ werden den US-Kapitalisten in den nächsten vier Jahren für den Bau von Kohlehydrierwerken, Raffinerien für die Ölgewinnung aus Ölschiefer etc. in den Rachen geworfen, wenn der US-Kongreß diese Woche das neue Energiegesetz verabschiedet hat. Für die zweite, noch nicht befristete Phase dieses Programms „alternativer Energiequellen" sind weitere 68 Mrd. $ vorgesehen, die den Kapitalisten in Form verbilligter Kredite, staatlicher Garantien oder Subventionen zufließen sollen. Bereits 1987 sollen dadurch täglich ½ Mio. Faß synthetische Brennstoffe profitabel produziert werden, 1992 sogar 2 Mio. Faß täglich, ein Viertel der gegenwärtigen Öleinfuhren der US-Imperialisten. Die Volksmassen zahlen doppelt: Zusätzlich zu den staatlichen Steuererhöhungen sind die Energiepreise in den USA seit Anfang des Jahres bereits um 17% gestiegen; bis Ende 1981 soll der Preis für US-Rohöl noch einmal von zur Zeit 18 $/Faß verdoppelt werden. Angestachelt durch die staatlichen Subventionen und die Freigabe der Ölpreise wollen die EXXON-Kapitalisten allein im US-Bundesstaat Colorado in zwei Distrikten 150 Hydrierwerke in Angriff nehmen, die bis zum Jahr 2010 täglich 8 Mio. Faß Öl aus Ölschiefer gewinnen sollen. Zur „Sicherung der nationalen Ölversorgung" verpflichtete der Kongreß den Präsidenten, die staatliche Ölreserve von etwa 80 Mio. Faß ab Oktober täglich um mindestens 100000 Faß zu vergrößern, auf insgesamt 240 Mio. Faß. 1978 war der Ausbau der Reserve nach Protesten der OPEC gestoppt worden.



1899 fand der erste Massenstreik der dänischen Arbeiterbewegung statt. Mehrere Monate lang waren über 30000 Arbeiter im Baugewerbe ausgesperrt, weil sie Lohnerhöhungen und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden gefordert hatten. Das Bild ist ein zeitgenössisches Gemälde mit dem Titel „Der Agitator". Typisch ist die Nationalflagge zwischen den Gewerkschaftsfahnen; bis heute ist die dänische Arbeiterbewegung relativ stark staatsverbunden. – Zwischen 1910 und 1920, später noch einmal in den dreißiger Jahren, hatten linksopportunistische Strömungen großen Einfluß; hier das Redaktionsgebäude der Zeitung „Solidarität", laut Anschlagtafel „Einziges Organ der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Dänemark". – Straßenkämpfe in Kopenhagen gegen die faschisti-

Stärke und Struktur der Gewerkschaftsbewegung Dänemarks

Die dänische Gewerkschaftsbewegung ist, obwohl von Anfang an vom Reformismus der Sozialdemokratie in ihrer Entfaltung gehemmt, eine starke Bewegung, getragen von der Spontaneität und Kampfbereitschaft ihrer Mitgliedermassen. Die Streikstatistiken geben nur einen unzureichenden Einblick in die tatsächlichen Kämpfe; täglich finden in zahlreichen Bereichen und Betrieben Aktionen statt, um Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Als Aktionsform wird dabei in letzter Zeit besonders häufig die „Gewerkschaftssitzung während der Arbeitszeit" verwendet. Sie kann eine halbe Stunde dauern, in der die Lage diskutiert und Kampfmaßnahmen beraten werden. Sie kann sich über den ganzen Tag erstrecken, direkt die Form eines Streiks annehmen. Bei jeder größeren Aktion sind die Gewerkschaftsfahnen dabei, das macht schon Eindruck, wenn die Streikposten bei der Blockade von Betrieben ihre Fahnen vor den Toren aufziehen. Es ist dies eine klassenbewußte Bewegung, auch wenn sie meist noch von reformistischen Tendenzen beherrscht wird und deshalb häufig in Niederlagen endet.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung ist Teil einer traditionell demokratischen, friedliebenden Bewegung. Niemals gelang es der Bourgeoisie, die
Niemals gelang es der Bourgeoisie, die
dänische Arbeiterklasse und die Volksmassen so scharf zu unterdrücken, wie es zum Beispiel der deutschen mehrmals gelang. Es gibt keine „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" gegen Revolutionäre in den Satzungen der dänischen Gewerkschaften; unvereinbar ist im wesentlichen nur Streikbrecherei. Nur einmal, unter dem Druck der faschistischen Besatzungstruppen, wurden Revolutionäre in Dänemark systematisch verfolgt, und diesem Druck gab auch die Gewerkschaftsführung nach, indem sie alle kommunistischen Funktionäre aufforderte, ihre Mandate niederzulegen.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung hat einen relativ hohen Lohnstandard, die Einführung eines gesetzlich garantierten Mindestlohns und die ständige Abnahme des Anteils der Akkordarbeit (von 40% der gesamten Arbeitsstunden 1960 auf 33% 1977) durchsetzen können. Eine wichtige politische Errungenschaft ist die Verfügung über eine Reihe von Versicherungskassen. In den neunziger Jahren wurden auf gewerkschaftliche Initiative die ersten Krankenkassen und Arbeitslosenkassen eingerichtet, und die Regierung war gezwungen, diese Kassen anzuerkennen und staatliche Zuschüsse zu leisten. Letzteres lastet bis heute schwer auf den Lohnabhängigen und befreit die Kapitalisten von einem großen Teil der Lohnnebenkosten, denn es bedeutet, daß die Versicherten auf diese Art zweimal in die Kassen zahlen, einmal über die Gewerkschaften und einmal über die Steuern. Trotzdem ist es ein richtiger Ansatz, daß die Kassen in der Hand der Organisationen der Arbeiterklasse sind. Die verschiedenen Krisenprogramme der Regierung in den letzten Jahren hatten es immer auch auf diese Kassen abgesehen, um den Kapitalisten billige Kredite zu verschaffen.

Über 1000 Einzelgewerkschaften zu Beginn der Bewegung hatten sich bis 1970 zu 60 Einheiten zusammengeschlossen. Das Ziel ist momentan eine weitere Konzentration auf 9 „Industrieverbände", und zwar Bekleidung, Bau, Grafisches Gewerbe, Metall, Handel und Büro, Öffentlicher Dienst, Transport, Nahrungs- und Genußmittel und ein „Fabriksverband". Vor kurzem wurde die Gewerkschaft Nahrungs- und Genußmittel aus 4 Einzelgewerkschaften gegründet. Dieser weitere Zusammenschluß kann die Schlagkraft der Bewegung erheblich stärken, darf aber nicht zu einer Lähmung der lokalen Aktivitäten führen.

Der dänische Gewerkschaftbund hat in den Kämpfen der letzten Jahre das Inspektionsrecht durchgesetzt. „Jobpatroullien" überprüfen z.B. in der Ferienzeit, ob die arbeitenden Kinder und Jugendlichen nach dem gesetzlich garantierten Mindestlohn bezahlt werden, und ob die Jugendschutzbestimmungen eingehalten werden. Ein anderer Punkt ist die Kontrolle von Lärm, Temperaturen und chemischen Mitteln am Arbeitsplatz. Im vorigen Sommer wurde mit mehrwöchigen Streik- und Blockadeaktionen der Einsatz des giftigen Stoffes Epoxy bei Malarbeiten verhindert. Zur Zeit baut der Gewerkschaftsbund ein Betriebsgesundheitswesen auf.

Die Mitgliederzahlen des dänischen Gewerkschaftsbundes haben besonders in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Der Organisationsgrad liegt bei 57%, in einzelnen Branchen, wie z.B. in der Metallindustrie, bei den Typographen und den Brauereiarbeitern, bei über 90%. Neu ist die zunehmende Organisierung im Öffentlichen Dienst, die mit der wachsenden Zahl der Beschäftigten und der besonders starken Reallohnsenkung in diesem Bereich zusammenhängt.

Gewerkschaftsmitglieder – in 1 000 000 – (Strichsäulen)

Organisationsgrad aller Lohnabhängigen (Kurve)

Streikende – in 1000 – (Säulen)

Streiktage – in 1000 – (Kurve)

350 300 250 200 150 100 50 | 2,0 1,0 | 100% | 3 000 2 500 2 000 1 500 1000 500

59 61 63 65 67 69 71 73 75 77

Die dänische Arbeiterbewegung beginnt sich langsam von der Sozialdemokratie zu lösen

z.bag.Aarhus. Der dänische Kapitalismus hat sich relativ spät und langsam entwickelt. Mit der Herausbildung von Monopolen und der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital ist er wie die anderen industrialisierten Länder Westeuropas Anfang dieses Jahrhunderts ins Stadium des Imperialismus übergetreten, hat aber in seiner bisherigen Geschichte keine Kriege angezettelt und auch nicht als Alliierter an einem imperialistischen Krieg teilgenommen.

Dänemark besitzt keine Rohstoffe, vor allem keine Energiequellen. Wie in anderen europäischen Ländern versuchten auch die dänischen Kapitalisten, sich diese Rohstoffe durch Kolonialbesitz zu verschaffen, doch Grönland gab nicht viel her; anfangs vor allem wegen der klimatischen Verhältnisse und der Transportschwierigkeiten, heute vor allem wegen des Widerstands der Inuit (Eskimos). Dem dänischen Handelskapitalismus gelang ein Vorstoß auf dem Weltmarkt mit der um 1900 gegründeten „Ostasiatischen Handelskompanie" (ÖK), heute der größte Konzern des Landes. Der Industriekapitalismus aber war und ist bis heute relativ schwach. Er ist in der Landwirtschaft verankert und hat dort bis heute seine wichtigsten Produktionsbereiche: Fleisch- und Milchprodukte, Futter- und Düngemittel, Bier, Zucker und Landmaschinen. Abgesehen von Kopenhagen gibt es keine industriellen Ballungszentren, und die einzelnen Betriebe sind relativ klein. 1914 hatten 92% aller dänischen Industrie- und Handwerksbetriebe weniger als 6 Beschäftigte; 1977 waren es 88% mit unter 200, 48% mit unter 20 und nur 5% mit über 200 Beschäftigten.

Auch die dänische Arbeiterklasse hat ihre Wurzeln in der Landwirtschaft. 1788 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben, und damit wurden Tausende von Häuslern für die Lohnarbeit in den Städten freigesetzt. Zur gleichen Zeit führten die Handwerker in den Städten, oft unter Anleitung von wandernden Gesellen aus Deutschland, Kämpfe um die Aufhebung des Zunftzwangs und organisierten Blockade-Aktionen gegen schlecht bezahlende Meister.

1794 fand der erste große Streik in Dänemark statt; Zimmerleute begannen ihn, und fast alle Handwerker der Hauptstadt schlossen sich an. 1862 wurde der Zunftzwang aufgehoben. Unter starkem Einfluß sozialistischer Theorien aus Deutschland begann dann in den 70er Jahren die Organisierung der dänischen Arbeiter in Gewerkschaften und politischen Parteien. 1871 wurden fast gleichzeitig die Gewerkschaft der Tabaksarbeiter und der Typographen und die dänische Sektion der sozialistischen Internationale gegründet. Bis 1878 waren Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei identisch – ein Umstand, der die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung Dänemarks ideologisch stark geprägt hat und der z.T. auch organisatorisch bis heute nachwirkt. (Die Sozialdemokratische Partei stellt bis heute 2 Mitglieder für den geschäftsführenden Ausschuß des Gewerkschaftsbundes, und der Gewerkschaftsbund entsendet umgekehrt 2 Vertreter in das zentrale Komitee der Partei.)

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks hat zu keiner Zeit ein revolutionäres Programm gehabt; ihre Theorien beruhten von Anfang an nicht so sehr auf Marx und Engels als vielmehr auf dem Reformismus Lasalles. Besonders sein Genossenschaftsgedanke und die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staatsapparat gewannen Einfluß auf
Staatsapparat gewannen Einfluß auf
die Theorien und die praktischen Kämpfe der dänischen Arbeiterbewegung. 1908 erklärte der Parteitag der Sozialdemokratie die Einrichtung von Produktionsgenossenschaften offiziell zum Schritt auf dem Weg zum Sozialismus. Die Genossenschaften setzten sich vor allem in der Landwirtschaft durch und beschleunigten dort den Prozeß der Mechanisierung und Monopolisierung.

In den 90er Jahren erlebte die Gewerkschaftsbewegung einen starken Aufschwung. In diesem Jahrzehnt wurden fast 1000 Gewerkschaftsverbände gegründet, von denen sich 1898 der größte Teil in einem Gewerkschaftsbund zusammenschloß, dem Vorläufer der heutigen LO (Organisation der Lohnempfänger). Ein Jahr später konnte mit diesem Zusammenschluß nach vielen zersplitterten Aktionen für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit der bisher größte Streik organisiert werden.

Er begann damit, daß die Tischler in sieben Städten Jütlands den gleichen Lohn wie in der Hauptstadt forderten. Die Kapitalisten sperrten daraufhin das gesamte Baugewerbe aus, zu der Zeit rund 30000 Arbeiter. In einem drei Monate dauernden Kampf, in dem die Landbevölkerung die Familien der Streikenden in den Städten mit Lebensmitteln unterstützte, versuchte das dänische Proletariat zum ersten Mal geschlossen, Lohnerhöhungen und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden durchzusetzen.

Der Streik endete mit einer Niederlage, die lange nachwirkte. Keine der Forderungen wurde erfüllt; stattdessen gelang es den Kapitalisten, einen Rahmentarifvertrag durchzusetzen, in dem „das Recht des Arbeitgebers auf die Leitung und Verteilung der Arbeit", die (staatliche) Vermittlungstätigkeit bei längeren Konflikten und die Friedenspflicht während der Laufzeit der Tarife festgelegt und der Gewerkschaftsbund verpflichtet wurde, für „geordnete, ruhige und stabile Arbeitsverhältnisse" zu sorgen. Diese Bestimmungen gelten fast unverändert bis heute.

Der I. Weltkrieg brachte für die dänischen Kapitalisten fette Jahre. Vor allem die Schiffsreeder verdienten dick, weil die Frachtraten in die Höhe schnellten. Aber auch die Handelskapitalisten kamen durch Warenlieferungen an die kriegführenden Länder zu Extraprofiten. Der Reallohn der dänischen Arbeiterklasse wurde um 14% heruntergedrückt, die Arbeitslosigkeit stieg auf 18%. Die Arbeiterbewegung konnte in dieser Zeit jedoch Erfolge in der Sozialversicherung erringen (vgl. Artikel links).

Bereits vor dem Krieg war es zu Differenzen in der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Arbeiterbewegung gekommen. Aus Enttäuschung über die zurückweichende Haltung des Gewerkschaftsbundes nach dem großen Streik von 1899 wurde 1910 eine erste, syndikalistisch ausgerichtete Gewerkschaftsopposition gegründet; sie hatte vor allem in den Jahren nach der russischen Revolution einen relativ starken Einfluß. Aus Enttäuschung darüber, daß auch die dänische Sozialdemokratie den proletarischen Internationalismus verriet und nicht gegen den I. Weltkrieg agitierte, verließ der Jugendverband, SUF, die Partei und schloß sich der Zimmerwald-Bewegung

Dokument: „Die dänische Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren"

„Die letzten Jahre haben vor allem gezeigt, wie schwer es ist, mit neuen Reformen durchzudringen, die existierenden Privilegien und Machtverhältnisse in der Gesamtwirtschaft und der Privatwirtschaft ernsthaft zu berühren ... Es ist uns nicht gelungen, die Zaunpfähle auch nur um einen Zoll zu versetzen. Die Zaunpfähle, die viele Jahre in unserer liberalen, kapitalistischen Gesellschaft um die Schiefheiten der ökonomischen Verteilung und um die undemokratischen Einfluß- und Eigentumsverhältnisse in der Privatwirtschaft gesetzt worden sind. Die Zaunpfähle, die in Wirklichkeit eine solidarische Lösung unserer Gesellschaftsprobleme und eine neue, stabile Entwicklung verhindern ...

Auf die guten sechziger Jahre folgten die krisenhaften siebziger, wo die Steigerung des Reallohns durch seinen Rückgang abgelöst wurde, und wo wir hohe Arbeitslosigkeit statt hoher Beschäftigung bekamen. Wir betraten den „schmalen Weg", und wir durften ihn im wesentlichen allein betreten; da waren andere Gesellschaftsgruppen, die sich die Krise vom Leibe halten konnten, während die Lohnempfänger wieder einmal die Last allein tragen mußten. Wir erlebten auch Positives. Wir bekamen einen Mitgliederzuwachs wie nie zuvor, und wir sahen eine aktive Entwicklung in der Gewerkschaftsarbeit, nicht zuletzt auf der lokalen Ebene, wo die Gewerkschaftsbewegung ernsthaft zum wesentlichen, vom Volk getragenen Element in der gesellschaftlichen Entwicklung wurde ...

Der Weg wird auch weiterhin „schmal" sein, aber neue Möglichkeiten werden sich eröffnen. Es können Ergebnisse für die Lohnabhängigen erreicht werden, wenn wir den Wert des Zusammenschlusses begreifen. Und dieser Zusammenschluß betrifft nach wie vor nicht nur die Lohnempfänger innerhalb der LO, sondern auch die Organisationen der Lohnempfänger außerhalb ... Er betrifft auch den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie. Dieser Zusammenschluß ist in den siebziger Jahren vielen harten Prüfungen ausgesetzt worden. Wir haben sie trotz allem bestanden, auch wenn es Zeitpunkte gab, wo wir am Rande des Bruches standen ... Wir haben auf allen wesentlichen Gebieten gute Ausgangspunkte für Lohnempfänger. Deshalb ist es keine unerfüllbare Aufgabe, die notwendigen Reformen in Gang zu bringen ..."

(Aus dem Bericht des LO-Vorstandes auf dem letzten Kongreß des Gewerkschaftsbundes)







schen Besatzungstruppen im Sommer 1944. Es gelang, die härtesten Ausnahmegesetze außer Kraft zu setzen. – 200000 Menschen sammeln sich im Frühjahr 1956 vor dem Regierungsgebäude, um gegen eine Verlängerung des Tarifvertrages durch staatlichen Eingriff zu protestieren. Bei der hohen Inflation bedeutete die Verlängerung Lohnraub. – In den siebziger Jahren nahm die Streiktätigkeit einen starken Aufschwung. Die Zementfahrer der Firma Portland führten mehrere Wochen lang Blockadeaktionen durch, um Lohnerhöhungen und eine neue Regelung der Fahrzeiten durchzusetzen. – Erstmals beteiligten sich in den Kämpfen dieser Zeit auch die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Die Reallohnsenkung der letzten Jahre betrifft sie z.T. stärker als die Industriearbeiter.

an. Zusammen mit der im Frühjahr 1918 gegründeten „Sozialistischen Arbeiterpartei" und einer Gruppe von Unabhängigen Sozialdemokraten bildete er die „Linkssozialistische Partei Dänemarks", aus der 1920 die „Dänische Kommunistische Partei" (DKP) wurde.

Diese Revolutionierung vollzog sich vor dem Hintergrund verschärfter Klassenauseinandersetzungen, die sich 1918–20 in mehreren großen Kämpfen zuspitzten. Im Frühjahr 1918 fanden mehrere Streiks zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes statt, und die Maurer begannen eine fast einjährige Aktion zur Durchsetzung des 8-Stundentags. Sie arbeiteten hartnäckig am Sonnabend nur noch bis 12 Uhr. Die Metallarbeiter schlossen sich an, und ab 1. Januar 1920 war der 8-Stundentag in Dänemark gesetzlich verankert.

Ostern 1920 versuchte der Kapitalistenverband, das bestehende Tarifabkommen unverändert zu verlängern, was Lohnsenkung bedeutet hätte. Gleichzeitig setzte der König die aus Vertretern der Radikalen und der Sozialdemokratischen Partei bestehende Regierung ab. Der Gewerkschaftsbund rief zum Generalstreik auf, der nicht ganz befolgt wurde, aber zu fast einwöchigen Massendemonstrationen und Straßenkämpfen führte. Ähnlich scharfe Kämpfe fanden 1931 in Naksov statt, wo die Arbeiter einer ganzen Stadt um die Auszahlung einer vom Stadtrat zugesagten Extraunterstützung für die Arbeitslosen kämpften. In beiden Fällen wurden die Kämpfe mit Militäreinsatz niedergeschlagen.

Die DKP rief in diesen Jahren eine „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RFO) ins Leben bzw. reaktivierte die bereits bestehenden syndikalistischen, linksopportunistischen Tendenzen. Sie gewann relativ großen Einfluß besonders auf die Landarbeiter, die Seeleute, die Schlachtereiarbeiter und die Schuster. Wie in Deutschland wurden die Revolutionäre innerhalb der Gewerkschaftsbewegung dadurch isoliert.

Der nächste Aufschwung der dänischen Arbeiterbewegung wurde im Widerstandskampf gegen die faschistischen Besatzungstruppen erreicht. Die Regierung wußte von dem Einmarsch am 9. April 1940 und versuchte, jeden Widerstand zu verhindern. Wie schon im I. Weltkrieg nutzte das Finanzkapital die Lage zum verstärkten Export und zur verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse nutzen; die Zusammenarbeit mit dem deutschen Imperialismus war dazu geeignet, und selbst die Besetzung und Kontrolle des Landes ließen sich verkraften, weil diese Besetzung vor allem in der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen bestand.

Die Führung der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes befürworteten diese Linie. Die DKP organisierte den Widerstand. 1943 und vor allem im Sommer 1944 konnten mit „Volksstreiks" und Straßenkämpfen die „Zusammenarbeits-Regierung" zum Rücktritt gezwungen und einige der schärfsten Ausnahmegesetze außer Kraft gesetzt werden.

Es gelang nach 1945 nicht, den bewaffneten Widerstandskrieg in die proletarische Revolution münden zu lassen, dafür sorgten u.a. die englischen Besatzungstruppen. Der dänische Kapitalismus wurde durch den Marshall-Plan gestärkt und vom US-Kapital abhängig gemacht; ab 1949 wurde Dänemark durch den Beitritt zur NATO weiter in den westlichen imperialistischen Block integriert. Mit scharfen Rationalisierungsmaßnahmen versuchte die dänische Kapitalistenklasse in den 50er Jahren, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden.

Der verstärkte Verschleiß der Arbeitskraft setzte weitere Arbeitszeitverkürzungen auf die Tagesordnung. Als diese Forderungen im Tarifkampf 1956 nicht erfüllt wurden, sondern ein staatlicher Vermittlungsvorschlag zum Gesetz erhoben wurde, kam es zu den größten Demonstrationen der bisherigen Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung. Sie blieben erfolglos.

Seit den siebziger Jahren ist erneut ein Aufschwung der dänischen Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Er zeigt sich in einer starken Zunahme der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und in einer erheblichen Verstärkung der Streiktätigkeit. Die wichtigsten Kämpfe waren die landesweiten Aktionen gegen das erste große Lohnsenkungs- und Steuererhöhungsprogramm der Regierung 1973, der Kampf der Porzellanarbeiter um den Mindestlohn 1976, der viermonatige Streik der Drucker und Setzer des Zeitungskonzerns Berlingske Tidende gegen Rationalisierungen 1977, und die zehnmonatigen Blockadeaktionen der Fährarbeiter von Römö-Sylt zur Durchsetzung eines Tarifvertrages 1979.

Deutlich ist in diesen Kämpfen eine allmähliche Lösung der Arbeiterbewegung aus den Fesseln reformistischer und revisionistischer Parteien zu beobachten. Die Abwendung von der So-
und revisionistischer Parteien zu beobachten. Die Abwendung von der So-
zialdemokratie drückt sich bei den Wahlen zwar noch nicht klar aus; da erlitt die Partei nur 1973 wegen ihrer Propaganda für den Eintritt Dänemarks in die EG einen Verlust von fast 25%. Wohl aber in den Gewerkschaften. 1975 weigerte sich die Seeleutegewerkschaft, weiterhin einen Teil der Mitgliedsbeiträge zur Unterstützung der Sozialdemokratischen Presse abzuführen; die Seeleute wurden daraufhin aus der LO ausgeschlossen. In den Kopenhagener Industriegewerkschaften waren 1959 noch 1403 leitende Posten von Sozialdemokraten besetzt, 1970 waren es noch 1045. Der entsprechende Anteil von parteilosen Funktionären erhöhte sich von 77 auf 179.

Seitdem haben daneben die 1959 bzw. 1967 gegründeten links von Sozialdemokratie und DKP angesiedelten Parteien SF (Sozialistische Volkspartei) und VF (Linkssozialisten) wachsenden Einfluß in den Gewerkschaften gewonnen. Die DKP verlor aufgrund ihrer bürgerlichen Kommunalpolitik bei den letzten Wahlen alle 7 Mandate, die in der DKP organisierten Seeleute traten 1979 fast geschlossen aus und gut ⅓ der DKP-Funktionäre in den Gewerkschaften wurde abgewählt.

Seit Mitte der siebziger Jahre wird ein großer Teil der Kämpfe „wild" geführt, bzw. von sogenannten Vertrauensleuteinitiativen innerhalb der Gewerkschaften organisiert. Ihre Bewegung ist z.T. spontaneistisch und ökonomistisch, und setzt damit die alte Schwäche der dänischen Arbeiterbewegung fort, sich mit dem bürgerlichen Staatsapparat, der ja auch in der bisherigen Geschichte relativ friedlich ausgesehen hat, zu versöhnen. Die Bewegung trägt aber auch die Möglichkeit in sich, zu einer Einheitsgewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen und die Grundlage zur Herausbildung einer revolutionären politischen Arbeiterbewegung in Dänemark zu schaffen.

Martin Andersen Nexö: „Pelle der Eroberer"

z.bag. Martin Andersen Nexö wurde 1869 geboren und starb 1954. Er war Hütejunge, Landarbeiter und Schustergeselle und bildete sich mit Hilfe bürgerlicher Gönner zum Lehrer aus. Zwischen 1906 und 1910 veröffentlichte er „Pelle der Eroberer", bis heute der bedeutendste Arbeiterroman der dänischen Literaturgeschichte. Am Beispiel des Lebensweges des Schusters Pelle (der autobiographische Züge trägt) schildert Nexö hier die Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung von der physischen Verelendung und geistigen Dumpfheit des Landproletariats über die Gebundenheit und Begrenztheit des Handwerkerstandes bis zur aufgeklärten, selbständigen Arbeiterbewegung in der Hauptstadt, die ihren Höhepunkt im Zusammenschluß zum großen Streik von 1899 findet. Danach tritt eine Phase der Resignation ein, die wohl auch der Wirklichkeit entsprach. Nexö versucht nun eine Lösung, indem er die Perspektive des Romans auf die Genossenschaftsbewegung richtet. Im folgenden einige Auszüge aus den entsprechenden Kapiteln im 4. Band (in eigener Übersetzung nach der dänischen Taschenbuchausgabe).

„Manchmal kam der eine oder andere Genosse aus der guten alten Zeit vorbei und wollte Pelle zu einer Versammlung mitnehmen. Dann erwachte die alte
mitnehmen. Dann erwachte die alte
Kampflust in ihm – vielleicht brannte die Zündschnur zuguterletzt doch dort. Er warf das Schurzfell ab und ging mit ...

Aber er fand auch dort nicht, was er suchte. Er erinnerte sich an die mächtige Gärung der Gemüter in der Kampfzeit der Bewegung und fand, daß die Spannung nachgelassen hatte. Nur vor den Wahlen waren die Leute noch voller Interesse, ansonsten war jeder mit sich selbst beschäftigt, als hätte es nie einen alle einigenden Gedanken gegeben. Gewerkschaftlich organisiert waren sie alle, aber darin war keine Neuigkeit und keine Kraft mehr; sie waren sozusagen in die Organisation hineingeboren und verbanden nichts Großes und Erhebendes damit. Die alten Genossen waren merkwürdig abgekühlt – sie hatten wohl entdeckt, daß das Glück nicht so märchenhaft und nicht so leicht erreichbar war, wie sie es sich vorgestellt hatten. Es war nicht mehr damit getan, das Tor zum Glücksland aufzumachen und hineinzuströmen, es lag ein langer und mühevoller Weg davor. So richteten sie sich denn in ihren Verhältnissen ein und zogen einer zweifelhaften Zukunft kleine Vorteile vor – die sofort von den herrschenden Umständen verschlungen wurden ...

Und dann kreisten seine Gedanken wieder um den Weg, der in die Zukunft führte, ganz monoman, in derselben Spur, wie Hunderte von Malen zuvor. Er war dabei nicht einmal richtig beteiligt, sah nur, wie sie immerzu gleich auf dem Problem herumdrohen. Innerhalb des beruflichen Arbeit gab es keinen Ausweg; da waren nur Ausbeuter und Ausgebeutete, und er eignete sich zu keinem von beiden. Aber wenn er andere Möglichkeiten erwog, kehrten die Gedanken von selbst zu seinem Schusterschemel zurück, wie ein streunender Hund, der immer wieder zurückkommt und dieselbe Spur beschnüffelt. Etwas in ihm machte ihn mit fatalistischer Zähigkeit mit seiner Arbeit solidarisch – trotz ihrer Aussichtslosigkeit; am Arbeitsplatz hatte er gekämpft und dort mußte das Problem auch gelöst werden ...

Ein alter Traum verfolgte ihn hartnäckig in dieser Zeit, eine vergessene Idee aus der Jugendzeit seiner Teilnahme an der Bewegung, der Entwurf zu einer genossenschaftlichen Werkstatt, die den Hofschuhmachermeister überflüssig machte. Damals hatte er den Plan als undurchführbar zur Seite geschoben, aber nun warf er sich auf ihn und ging ihn Stück für Stück durch. Er konnte sicher ein paar tüchtige und zuverlässige Kollegen finden, die mit ihm durch dick und dünn gehen und die Arbeit und den Ertrag mit ihm teilen würden; und die Disziplin würde kein Problem sein, denn die Arbeiter hatten in den vergangenen Jahren gelernt, sich ihren Führern unterzuordnen. Hier lag der Ausweg für den kleinen Mann, um beruflich wieder Bedeutung zu gewinnen und an der Entwicklung teilzunehmen; was einer allein nicht schaffte, konnten sie durch Zusammenschluß erreichen: die moderne Technik ausnutzen und die Arbeit spezialisieren. Er plante das ganze sorgfältig, ging es von vorne bis hinten durch, um sicher zu sein, daß jede Einzelheit stimmte. Wenn er schlief, träumte er von seinem Genossenschaftsbetrieb,
von seinem Genossenschaftsbetrieb,
und dann war er Wirklichkeit. Er arbeitete in einem hellen Raum unter lauter Kameraden, da war kein Herr und kein Diener, die Maschinen schnurren und die Kameraden sangen und flöteten, während sie sie bedienten. Die Arbeitszeit war kurz und auf alle wartete ein glückliches Heim.

Es war hart zu erwachen und die Wirklichkeit zu sehen. Ach, selbst die tüchtigsten und fleißigsten Hände der Welt konnten in ihrem Beruf nichts ausrichten – konnten nicht einen einzigen Stich nähen – ohne daß das Kapital sie in Gang setzte. Wenn es seine Zustimmung verweigerte, konnten sie nicht das geringste machen, sie waren wie abgehackt. Maschinen kosteten Geld. Pelle konnte es von Brun bekommen, der Alte hatte ihm schon öfter Startkapital für einen Betrieb angeboten. Aber er schuldete ihm bereits Geld, und wenn nun das Kapital sein Unternehmen niederrannte? Es war auf dem Posten und duldete solche Betriebe neben sich nicht. Er war unsicher geworden, er wagte den Einsatz nicht ...

(Aber) nun auf einmal wußte Pelle, wo der Weg lag. Standen die kleinen Leute außerhalb des Bestehenden und dessen Gesetzen, warum richteten sie sich dann nicht die Welt nach ihren eigenen Gesetzen ein? Durch ihre Organisation hatten sie gelernt, daß sie sich selbst regieren konnten, nun war es höchste Zeit, daß sie ihr Leben selbst in die Hand nahmen.

Die jungen Aufrührer befreiten sich von der Macht des Geldes, indem sie auf es verzichteten, aber das war nicht der richtige Weg; das Kapital predigte den Armen immer Genügsamkeit. Er wollte den anderen Weg gehen und die Produktion mit einer großen, umfassenden Bewegung erobern. Nun hatte er keine Bedenken mehr, das Geld von Brun einzusetzen – es gab nicht den leisesten Zweifel mehr für ihn. Er war leuchtend klar und sah in großen Zügen eine weltumspannende friedliche Revolution, die alle bestehenden Werte auf den Kopf stellen sollte. Pelle wußte, daß die Armut kein Vaterland hatte; er hatte bereits vorher einmal eine unbezwingliche Idee hervorgebracht. Sein Genossenschaftbetrieb mußte der Ausgangspunkt für einen Weltkampf zwischen Kapital und Arbeit werden!"

Pelle richtet eine genossenschaftliche Schuhfabrik ein und wirbt mit Vortragsreisen für die Ausbreitung der Bewegung. Auf dem Lande ist der Genossenschaftsgedanke schon weiter fortgeschritten und Pelle versucht, die Arbeiter und Bauern auf dieser Grundlage zu einen. Der Roman endet mit der Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft. Nexö wurde von revolutionärer Seite wegen dieser reformistischen Lösung häufig kritisiert. Er hat darauf geantwortet, daß er mit „Pelle" keinen Idealfall, sondern eine typische Entwicklung schildern wollte. In einem späteren Roman, „Morten der Rote", hat er deutlich von Pelle als verbürgerlichtem Gewerkschaftsbonzen Abstand genommen. Aber auch in „Pelle der Eroberer" wird mehrmals eine revolutionäre Perspektive sichtbar. So schildert Nexö an einer Stelle gegen Ende des Romans den wachsen-
gegen Ende des Romans den wachsen-
den Zweifel der Volksmassen am Parlamentarismus folgendermaßen:

„Die (sozialdemokratische) Bewegung war bisher der feste Ausgangspunkt gewesen, von ihr kam alles Wichtige, von ihr kam das tägliche Licht. Aber nun begann plötzlich in den Einfältigsten ein Keim zu wachsen, und sie setzten ein Fragezeichen hinter das Schlagwort. Auf alles wurde ja geantwortet: wenn die Bewegung gesiegt hat, wird alles anders! Aber wie konnte es anders werden, wenn nicht einmal jetzt die geringste Veränderung geschah, wo sie die (parlamentarische) Macht hatten? Vielleicht ein paar Verbesserungen – aber keine Veränderung! Es war zu einer stehenden Redewendung geworden, zu einem Refrain, wenn eine Frau ein uneheliches Kind bekam, wenn ein Mann stahl oder seine Frau prügelte: daran ist das System schuld! Vorwärts Genossen, wählt! Aber das hörte sich allmählich idiotisch an. Zum Teufel, sie wählten ja, was das Zeug hielt! Aber es wurde trotzdem alles teurer. Man war weiß Gott gesetzestreu und schwitzte förmlich vor Parlamentarismus und tat fast nichts anderes als Mandate zu erobern – aber was dann? Hatte denn jemand noch den geringsten Zweifel, daß die armen Leute in der Mehrheit waren, in der absoluten Mehrheit? Was für ein Unsinn also, daß die Mehrheit erobert werden sollte! Nein diejenigen, die die Macht hatten, verstanden es so einzurichten, daß sie die Macht auch behielten, da konnte man Mandate erobern bis man schwarz wurde!"

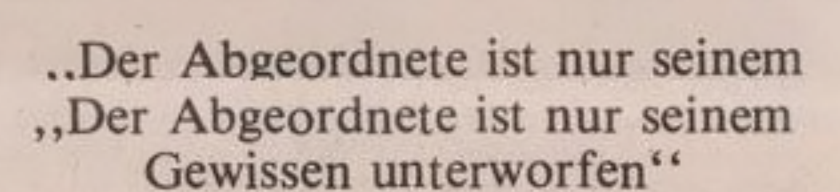
Nach 1917/18 unterstützte Nexö mit zahlreichen Artikeln die revolutionäre Entwicklung in der Sowjetunion und wurde bald nach ihrer Gründung Mitglied in der Kommunistischen Partei Dänemarks. Auch am Widerstandskampf gegen die Faschisten nahm er aktiv teil.

Fest an der Leine von Börse und Banken

z.jük. In der bürgerlichen Demokratie folgt das Parlament in den wichtigsten Fragen, bei Gesetzen und Verordnungen dem Diktat des Finanzkapitals. F. Engels schreibt in seiner Schrift ,,Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates'': ,,Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann – die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden.'' Lenin schrieb nach Herausbildung des imperialistischen Kapitalismus 1918 in einer Polemik gegen Kautsky: ,,Ist es denkbar, daß der gelehrte Kautsky nie davon gehört hat, wie Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente *um so vollständiger* unterwerfen, je *stärker* die Demokratie entwickelt ist?''

Daß das bürgerliche Parlament und die Regierung immer vollständiger dem Finanzkapital unterworfen sind, gerade um so größer die Staatsschulden sind, zeigte sich 1975 in Westdeutschland bei der Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes. Der Regierung Schmidt wurden von den Großbanken Kredite verweigert, das Haushaltsstrukturgesetz nach den Interessen des Kapitals diktiert, und nachdem dies angenommen war, Kredite gewährt. Ein Sprecher der Großbanken, Ulrich von der Deutschen Bank, umschreibt diese Unterwerfung des Parlaments 1975: ,,Die Verpflichtung der Banken, sich in der Staatsfinanzierung zurückzuhalten, falls die Haushaltsführung zu Besorgnis Anlaß gibt, besteht mit Bezug auf das Institut und seine Aktionäre ebenso wie im legitimen Interesse der Einleger, der Sparer, der Erwerber von Wertpapieren sowie der privaten Kreditnehmer ... Indessen müssen die Banken ihre Sorgen und Bedenken offen – natürlich ,,wertfrei' – zum Ausdruck bringen, mahnend auf ihre Einwendungen hinweisen und sich in ihren eigenen Dispositionen bei der Staatsfinanzierung die Grenzen setzen, zu denen sie sich verpflichtet fühlen, einerseits im Hinblick auf ihre Kooperationspflicht als wichtigste Institution in unserem Staat und in unserer Wirtschaft, andererseits im Hinblick auf die geschäftspolitischen und allgemeinwirtschaftlichen Gründe, aus denen sie sich zu einer Zurückhaltung veranlaßt sehen müssen. Entscheidend wird sein, ob die Banken die Überzeugung gewinnen können, daß wirklich im gesamten Bereich der öffentlichen Hand die erforderlichen Schritte getan werden, um zu einer Abkehr von der Defizitwirtschaft zu kommen, seien es nun gesetzliche Ausgabenbeschränkungen, Abbau von Steuervergünstigungen, Steuererhöhungen oder – wahrscheinlich – eine Kombination davon.''

1981 werden die Tilgungen der Kredite von 1975 fällig, die die Bundesregierung nach Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes gewährt bekommen hat. Die Staatsschulden betragen gegenwärtig 414 Milliarden DM, 1974 waren es 192 Mrd. DM. Im neuesten Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wird in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß ,,die vom Staat bisher übernommenen Aufgaben überprüft, umstrukturiert und gegebenenfalls eingeschränkt werden''. Schon jetzt wird deutlich, von wem und in welche Richtung das Regierungsprogramm einer neuen Bundesregierung nach den Wahlen diktiert werden wird.



..Der Abgeordnete ist nur seinem

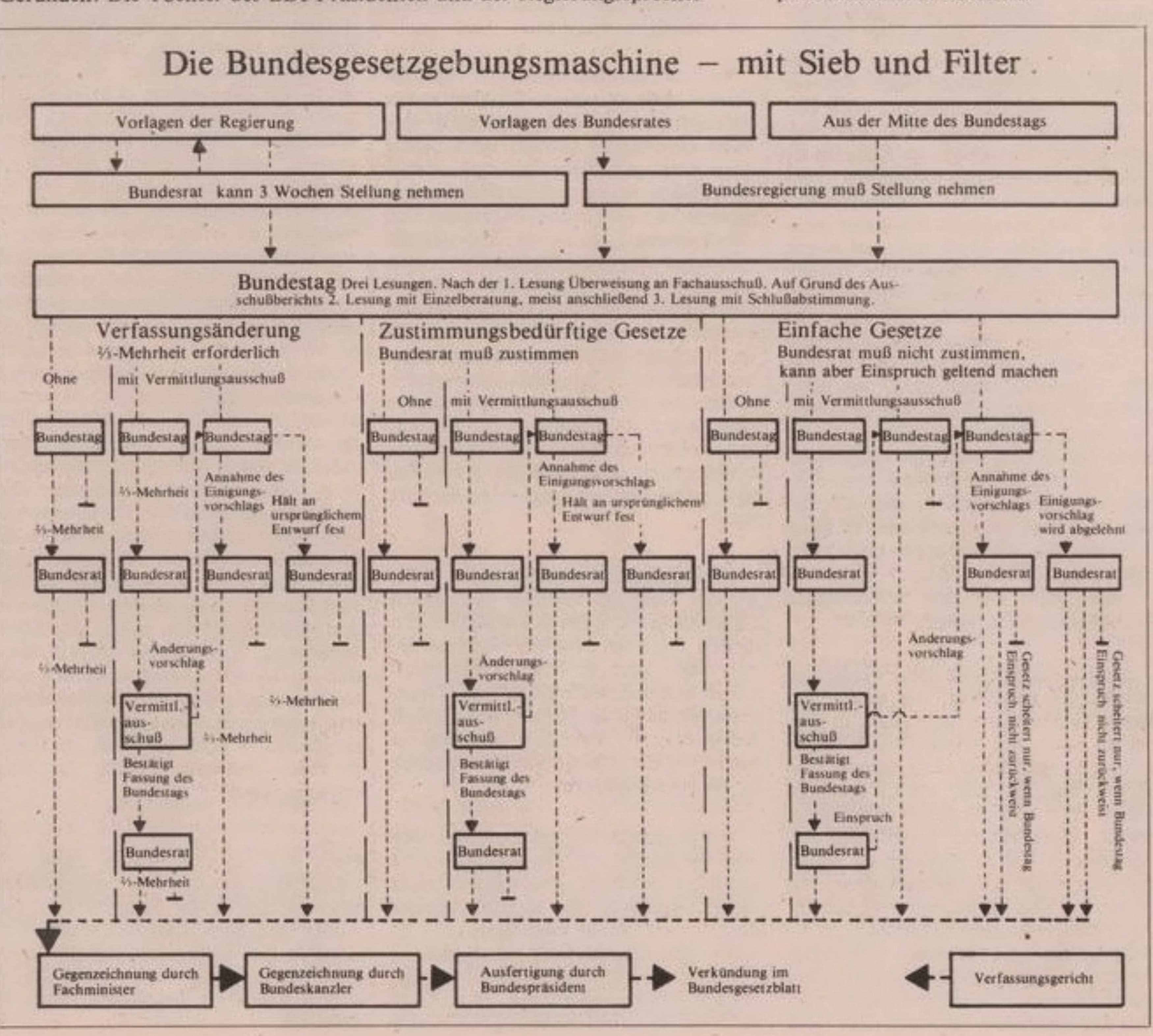
,,Der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen unterworfen''

z.jük. Um so entwickelter die bürgerliche Demokratie ist, um so vollständiger die bürgerlichen Parlamente vom Finanzkapital unterworfen sind, um so mannigfaltiger sind die tatsächlichen Privilegien des bürgerlichen Apparates und seiner Träger, der Abgeordneten selbst. ,,Diäten'', heißt es in Meyers Enzyklopädie, sind ,,finanzielle Entschädigung der Parlamentsabgeordneten. Die Diäten sind kein Entgelt oder Gehalt, sondern eine pauschalierte Aufwandsentschädigung, die den Verdienstausfall ausgleichen und die Unabhängigkeit der Abgeordneten sichern soll.''

Läßt man die direkten, vom Finanzkapital über Aufsichtsratsposten und Beraterverträge den Abgeordneten untergeschobenen Gelder mal beiseite, ergibt sich: Die Gesamtkosten für den Deutschen Bundestag, aus Steuergeldern vom Bundestag selbst bewilligt, betragen 1980 342,27 Millionen DM, davon sind etwa zwei Drittel, 222 Mio. DM, für Personalausgaben. Zieht man von dieser Summe die 1651 Beschäftigten des Deutschen Bundestages (Beamte, Angestellte sowie Beamte im Bundestag) ab, ergibt sich, daß 143 Mio. DM für die 518 Abgeordneten des Bundestages veranschlagt sind. Für jeden einzelnen heißt das dann eine Summe von 23264 DM monatlich. Diese Summe setzt sich im einzelnen folgendermaßen zusammen: Grundentschädigung 7500 DM, Kostenpauschale 4500 DM, Aufwendung für beschäftigte Mitarbeiter 4665 DM, macht zusammen 16665 DM. Die Differenz zu den gerechneten 23264 DM wird durch Reisekosten, Übernachtungsgeld etc., eine von den Abgeordneten oftmals verfeinerte Regelung, aufgefüllt. Dazu kommt noch: Büro im Bundestag, Mitbenutzung des Fuhrparkes, dabei Erstattung aller Materialkosten, freie Benutzung von Fahrzeugen der Bundesbahn und Bundespost. Und nach Ende der Abgeordnetenzeit haben sich die Abgeordneten noch ein 3jähriges Übergangsgeld in Höhe der Grundentschädigung von momentan 7500 DM bewilligt. Hinzu kommen noch direkte Schmiergelder von den Kapitalisten, was gelegentlich von bürgerlichen Journalisten oder der Gegenpartei aufgedeckt wird. Oder wie beim SPD-Abgeordneten Kaffka, der 193409 DM aus der Bundeszentrale für Politische Bildung eingestrichen hat für nicht stattgefundene Seminare. Wird es dann mal zu dick, läuft dann ein Prozeß, wie gegen diesen Bruder. Die Unabhängigkeit wird aber auch da bestimmt nicht angetastet. Das bürgerliche Parlament auseinanderzujagen ist unvermeidlich eine der Aufgaben der proletarischen Revolution.



Gefunden: Die Tochter des BDI-Präsidenten und der Regierungssprecher







Am 23. Mai hat der Bundestag das Jugendhilfegesetz verabschiedet. Der Bundesrat, der dem Gesetz zustimmen muß, hat es vorerst blockiert. Schon im Bundestag hatten CDU und CSU dagegen gestimmt. Ihr Abgeordneter Dr. Stark: ,,Der Regierungsentwurf bahnt beabsichtigt oder unbeabsichtigt der Vergesellschaftung und Teilverstaatlichung der Erziehung den Weg.'' Ihnen geht es um ,,Viel-

Vier Jahre Gesetzgebung

Neue Unterdrückung und Plünderung / Tätigkeit des 8. Bundestages

z.frb. Die bürgerlichen Politiker treten jetzt verstärkt auf Veranstaltungen auf. Sie müssen. Da ist es gut, wenn man die Gesetzgebungstätigkeit der letzten vier Jahre parat hat. Ein langes Kerbholz. Bis 10. Juni waren 250 Gesetze verkündet, 201 davon waren Regierungsvorlagen. Bei den 234 bis Ende 1979 im Bundestag verabschiedeten Gesetzen wurde ganze 22 Mal kontrovers abgestimmt. Im Vermittlungsausschuß war bis dahin ein Gesetz gescheitert. Unsere Aufstellung der wichtigsten Gesetze, geordnet nach dem Datum ihrer Ausfertigung, ist als Gedächtnisstütze gedacht. Mit einigen Gebieten werden wir uns ausführlicher befas-
wichtigsten Gesetze, geordnet nach dem Datum ihrer Ausfertigung, ist als Gedächtnisstütze gedacht. Mit einigen Gebieten werden wir uns ausführlicher befas-
sen.

Auswärtiges

Kapitalschutzabkommen. Neu ratifiziert Verträge mit Ägypten, Israel, Mali, Syrien, Rumänien. Bislang existieren 40 solche Verträge, die Enteignungen verhindern und jedenfalls Entschädigung sichern sollen.

Inneres

15.11.77, 6. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz: Die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden ab 1.2.77 um 5,3% erhöht. Die Anwärterbezüge für nach dem 1.9.77 eingestellte Anwärter werden um 6,4% gesenkt, das macht in A13 128 DM weniger aus. Bis Besoldungsgruppe B wird erstmals ein einheitliches Urlaubsgeld von 150 DM (Anwärter 100 DM) gezahlt. Zusätzlich: Einmalzahlung von 100 DM (Anwärter 40 DM).

22.12.77, Änderung Bundesbesoldungsgesetz: Wiedereinführung des Besoldungsanspruchs für Soldaten auf Zeit ab Dienstantritt für zunächst 2 Jahre. Es wird mit einem Zugang von Zeitsoldaten von 14500 gerechnet.

23.1.78, Wehrsoldgesetz: Erhöhung der Tagessätze um 1 DM, Erhöhung der jährlichen Sonderzuwendung um 30 DM auf 245 DM.

11.4.78, Nachrichtendienstkontrollgesetz: Festlegung über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste.

31.5.78, Waffengesetz: Anhebung der Gefängnisstrafe auf bis zu 5 Jahre für unbefugten Umgang, Besitz und Erwerb von vollautomatischen Selbstladewaffen und Kriegswaffen, Ermächtigung zum Verbot von Präzisionsgummischleudern und von Munitionsarten, ,,die keine erkennungsdienstlich verwendbaren Spuren hinterlassen''.

25.7.78, Asylbeschleunigungsverfahren: Gesetzesanträge von SPD/FDP und CDU/CSU werden zusammengebracht. Einstimmig verabschiedet wird: Abschaffung des Widerspruchsverfahrens im Asylrecht, Einführung eines abgekürzten Verfahrens für ,,offensichtlich unbegründete Klagen'', in dem keine Berufung zulässig ist.

13.9.78, Abhörgesetz: Eingebracht von CDU/CSU wird es von SPD und FDP unterstützt. Abhören ist in Zukunft erlaubt bei Verdacht auf Sabotage und Zersetzung der Besatzertruppen, gegen Ausländer beim Verdacht auf bestehende ,,Geheimbünde'' und bei Verdacht auf Bildung einer ,,terroristischen kriminellen Vereinigung''.

6.11.78, Personalausweis-/Meldepflichtgesetz: Einführung von Meldepflicht in Beherbungsstätten, Zuwiderhandlung ist ordnungwidrig. Einschränkung der Freizügigkeit, da durch Vermerk im Personalausweis die Ausreise aus der BRD verhindert werden kann. Annahme gegen die CDU/CSU.

4.1.79, Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes: Einführung einer Amtszulage von monatlich 225 DM für 30% der Kriminal- und Polizeihauptmeister der Besoldungsgruppe A9. Kosten für die Länder: rd. 33 Mio. DM.

16.2.79, 29. Änderung des Lastenausgleichsgesetzes: Hinausschiebung des Anpassungstermins für die Kriegsschadensrente um ½ Jahr auf den 1. Januar führt zur Rentenkürzung um 225 Mio. DM in den Jahren 1978 – 81.

20.3.79, 7. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz: Die Bezüge und die Ortszuschläge in den Stufen I – IV werden ab 1.3.78 um 4,5% erhöht.

30.7.79, Bundesbesoldungs- und Versorgungsgesetz 1979: Erhöhung der Bezüge ab 1.3.79 um 4%, Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 300 DM, für Beamte auf Widerruf auf 200 DM.

6.3.80, Änderung des Personalausweisgesetzes: Einführung eines neuen Personalausweissystems als eingeschweißte Karte zum 1.10.81. Gültigkeit des neuen Ausweises bei unter 30jährigen auf 5 Jahre begrenzt, sonst auf 10 Jahre. Für die Umstellungszeit wird ein vorläufiger, drei Monate gültiger Ausweis ausgestellt. Neben dem Ausreiseverbot-Vermerk wird der Betroffene in die Fahndungslisten der Grenzkontrollbehörden aufgenommen.

10.5.80, Beamtenrechtsrahmengesetz: Ausweitung der Teilzeitarbeit über den Lehrerbereich hinaus ist beabsichtigt. Auf ,,Antrag'' kann einem Beamten die regelmäßige Arbeitszeit bis zur Hälfte ermäßigt werden, ,,wenn in einer Ausnahmesituation ein dringendes Interesse des Dienstherrn besteht, für den öffentlichen Dienst ausgebildete Bewerber zu beschäftigen''. Verbot von entgeltlicher Nebentätigkeit.

Im Gesetzgebungsverfahren befinden sich u.a.:

Besoldungsrechtsregelung 1980: Einführung des Spitzenamtes A9 mit Zulage für den gesamten mittleren Dienst sowie in der Bundeswehr, Verlängerung der Probezeit im mittleren und gehobenen Dienst. Für Soldaten: Dienstausgleich für Spitzendienstzeiten, Anhebung des Ortszuschlags für kasernierte Soldaten, Anhebung des Stellenanteils für Hauptfeldwebel.

Bundesbesoldungs- und Versorgungserhöhungsgesetz 1980: Die Bezüge sollen rückwirkend ab 1.3.80 um 6,3% erhöht werden, ebenso die Anwärterbezüge. Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen bei weniger als 1900 DM Verdienst.

Melderechtsrahmengesetz: Festlegungen über die zu erhebenden Daten und deren Umfang, Bestimmungen über die Meldepflicht der Einwohner, Regelungen über Amtshilfe der Behörden.

Justiz

30.9.77, Kontaktsperregesetz: Der Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger kann völlig unterbunden werden, wenn die Behörde feststellt, es bestehe gegen-







falt" durch Vorrang der freien Träger: „Also beispielsweise den Bund der Deutschen Katholischen Jugend auf der einen und 'Die Falken' auf der anderen Seite." (Karwatzki) Soll mehr der pralle Geldsack die Sache direkt regeln oder der Staatsapparat zulangen, so stand hier die Frage. Hauck, SPD: „Was das Verhältnis zwischen Staat und Familie betrifft, so ist der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung für mich die wichtigste familienpolitische Entscheidung seit vielen Jahren. Der Entwurf fördert nicht Eingriffe des Staates in die Familie, sondern schränkt sie im Gegenteil ein ... Vor allem sollen Eingriffe dadurch überflüssig gemacht werden, daß der Familie rechtzeitig Hilfe angeboten wird." Man muß die bürgerlichen Politiker so durchtrieben nehmen, wie sie sind. Die SPD hat Federn lassen müssen in den Kämpfen der Jugend. Jetzt weicht sie etwas zurück, um durch tausend durch Steuergelder finanzierte Fäden wieder in die Initiative zu kommen.

wärtige, von einer terroristischen Vereinigung ausgehende Gefahr für eine Person.

14.4.78, Änderung der Strafprozeßordnung zur Terrorismusbekämpfung: Gesetzlich erlaubt werden: 1. Durchsuchung von ganzen Gebäuden, in denen Terrorismus-Beschuldigte vermutet werden. 2. Einrichtung von Kontrollstellen. 3. Maßnahmen zur Feststellung der Identität auch gegen unverdächtige Personen; letztere können bis 12 Stunden eingesperrt werden. 4. Verteidiger können rascher von der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen werden. 5. Trennscheiben.

25.9.78, Änderung des Versammlungsgesetzes: Einbeziehung von Gegenständen wie Bolzenschneider, Krähenfüßen etc. in das Waffenverbot. Verpflichtung zu sofortiger Entfernung bei Auflösung einer Versammlung.

5.10.78, Strafverfahrensbeschleunigungsgesetz 1979: Das Strafbefehlsverfahren wird auch für Verfahren zugelassen, in denen nicht der Einzelrichter, sondern das Schöffengericht zuständig ist. Die Hauptverhandlung kann trotz Ablehnung des Gerichts fortgesetzt werden; über die Ablehnung wird erst später entschieden. Fehler bei der Besetzung des Gerichts werden bei der Überprüfung des Urteils großzügiger gehandhabt. Verteidiger können bei Verletzung der „beruflichen Pflichten" im beschleunigten Verfahren aus der Anwaltskammer ausgeschlossen werden.
ausgeschlossen werden.

16.7.79, 16. Strafrechtsänderungsgesetz: Die Verjährung von Mord wird aufgehoben.

18.7.79, Neuregelung der elterlichen Sorge: Unter dem Deckmantel der Umwandlung des elterlichen Gewaltverhältnisses in ein Sorgeverhältnis wird eine „vormundschaftliche Eingriffsbefugnis bei Gefährdung des Kindeswohls" geschaffen. Gegen CDU/CSU verabschiedet.

21.12.79, Wehrstrafgesetz: Soldaten können sich wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen auch nach Ende ihrer Wehrdienstzeit strafbar machen.

21.12.79, Strafrechtsänderungsgesetz: Personen, die zur Geheimhaltung verpflichtet sind, auch im Rahmen des Personalvertretungsrechtes, werden bei unbefugter Offenbarung von Geheimnissen mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe bedroht.

Vom Bundestag beschlossen:

1. Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz: Einbeziehung von Strafgefangenen in die Sozialversicherung. Die Eckvergütung steigt von 5% auf 10% des Durchschnittslohns in der Rentenversicherung, das wären gegenwärtig 220 DM im Monat.

Strafrechtsänderungsgesetz: Aufhebung des §88a, da in allen Fällen auch nach anderen Paragraphen angeklagt werden konnte.

Finanzen

11.7.77, Änderung des §7b Einkommensteuergesetz: Die steuerliche Vergünstigung wird auf die Anschaffung bestehender Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen ausgedehnt, wenn diese zu mehr als zwei Drittel Wohnzwecken dienen. Der jährliche Steuerausfall soll bis 1984 auf 2,1 Mrd. DM steigen. Die Bundesregierung beabsichtigt „positive Auswirkungen auf die Mobilität der Wohnungseigentümer".

25.7.77, Haushaltsgesetz 1977: Einnahmen und Ausgaben werden auf 171 Mrd. DM festgestellt, der Finanzminister wird ermächtigt, Kredite bis zur Höhe von 21 Mrd. DM aufzunehmen. 480 Stellen werden eingespart, jedoch nicht in den Bereichen Rechtsprechung, Rechnungshof, Innere Sicherheit und Bundeswehr. Durch Umverlagerungen im Rahmen der „Programme für Zukunftsinvestitionen" erhöhen sich die investiven Ausgaben um 527 Mio. DM.

16.8.77, Steueränderungsgesetz 1977: Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.1.1978 von 11 auf 12% (5,5 auf 6%). Die Maßnahme bringt im ersten Jahr 6,2 Mrd. DM. Änderungen der Sonderausgaben, Vorsorgepauschale mindern die Steuereinnahmen um 2,5 Mrd. DM. Die Vermögenssteuer wird um 1,5 Mrd. DM jährlich gesenkt, die Gewerbesteuer um 500 Mio. Das Kindergeld für das erste Kind wird von 70 auf 80 DM erhöht, für jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM. Dies soll 1,7 Mrd. DM kosten.

4.11.77, Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung: Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages, Entlastung je nach Einkommen jährlich um 66 bis 168 DM (Summe: 2,1 Mrd. DM). Erhöhung des Grundfreibetrages ab 1.1.1978 um 300 DM, Entlastung 66 DM (Summe: 2,1 Mrd.). Einführung eines Tariffreibetrages von 510 DM, Entlastung 112 bis 286 DM (Summe: 5,1 Mrd.). Für die Kapitalisten die degressive Abschreibung, auch für Gebäude, eingeführt, was ihnen nach einer Anlaufzeit jährlich die Steuer um
ner Anlaufzeit jährlich die Steuer um
ca. 7 Mrd. DM senkt.

21.2.78, Haushaltsgesetz 1978: Umfang 189 Mrd. DM, Kreditermächtigung 31 Mrd., Bürgschaften bis 177 Mrd. DM.

25.7.78, Änderung des Mineralölsteuergesetzes: Verdoppelung der Steuer auf Heizöl von 1 auf 2 DM je 100 Kilogramm. Soll 500 Mio. DM bringen.

20.10.78, Änderung des Investitionszulagengesetzes: Erhöhung der Zulagen für Forschungs- und Entwicklungshilfeinvestitionen bis 500000 DM von 7,5 auf 20% und Erweiterung auf Gebäudeinvestitionen. Allgemeine Investitionszulage in Fördergebieten wird von 7,5 auf 8,5% erhöht. Verbesserung von Zonenrand- und Berlinförderung. Steuermindereinnahmen knapp 300 Mio. DM jährlich.

30.11.78, Steueränderungsgesetz 1979: Nunmehr ab 1.1.79 doch Erhöhung der Umsatzsteuer auf 13%, bringt 6,5 Mrd. DM. Nachlaß beim Tarif der Einkommensteuer und Erhöhung des Grundfreibetrages um 390 DM. Beides macht 10,6 Mrd. DM aus, die Erhöhung des Vorwegabzugs für Selbständige 1,8 Mrd., Einführung des „Realsplitting" 330 Mio. DM. Von der Steuerermäßigung entfallen 59,1% auf Einkommen zwischen 3000 und 6250 DM, die 56,3% der Steuer zahlen, 30,1% auf Einkommen darunter, die 30,6% zahlen. Das Kindergeld für das dritte Kind wird ab 1.1.79 auf 200 DM erhöht, für das zweite auf 100 bereits ab 1.7.79 statt 1.1.80.

22.12.78, Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes: Steuer kann nur noch jährlich gezahlt werden.

22.12.78, Investitionszulagengesetz: Die Zulage im Zonenrandgebiet wird von 8,75 auf 10% erhöht, kostet ca. 30 Mio. DM.

23.2.79, Haushaltsgesetz 1979: Umfang 204 Mrd. DM, Kreditermächtigung über 31 Mrd., Bürgschaften bis 193 Mrd. DM. Es wird die Besetzung einer Planstelle mit zwei oder von zwei Planstellen mit drei Teilzeit-Beamten gestattet.

21.5.79, Entwicklungsländer-Steuergesetz: Fördert die Investitionen in Entwicklungsländern und zur Sicherung der Rohstoffzufuhr mit jährlich etwa 60 Mio. DM Steuerausfällen. Die Obergrenze für steuerfreie Rücklagen wird erhöht und zeitlich gestreckt.

12.7.79, Nachtragshaushaltsgesetz 1979: Zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in strukturschwachen Gebieten, Maßnahmen beruflicher Wiedereingliederung, Zinszuschüsse für „selbständige Existenzgründung".

6.11.79, 2. Nachtragshaushaltsgesetz 1979: Volumen jetzt 203 Mrd. DM u.a. wegen Kapitalerhöhung der VEBA, Türkeihilfe, Energieforschung.

13.12.79, Tabaksteuergesetz 1980: Die Zigarette wird ab 1.1.80 mit 4,1 Pfg. plus 30,1% des Preises gegenüber zuvor mit 4,92 Pfg. plus 24,3% des Preises besteuert. So soll das Steueraufkommen auch bei geringeren Stückzahlen durch Teilhabe an Preiserhöhungen gesichert werden, denn der preisabhängige Steueranteil ist jetzt erhöht worden. Für Zigarren wird die Steuer gesenkt.

21.12.79, Haushaltsgesetz 1980: Umfang wird auf 214 Mrd. DM festgestellt, 24 Mrd. kreditfinanziert.

7.5.80, Bergmannsprämiengesetz: Erhöhung der Prämie ab 1.4. von 5 auf 10 DM je Schicht unter Tage.

Zur Verkündung stehen an:

Landwirtschaftsbesteuerungsgesetz:
Landwirtschaftsbesteuerungsgesetz:
Einführung der Beleg-Buchführung für ca. 90000 mittlere Betriebe und Erhöhung der Steuermeßzahlen der kleineren Betriebe. Wird die Besteuerung etwa verdoppeln.

Steuerrechtsvereinfachungsgesetz: Abschaffung von Zündwaren-, Essigsäure-und Spielkartensteuer mindert Steuereinnahmen um 19 Mio. DM.

Steueränderungs- und Vereinfachungsgesetz: Steuerliche Begünstigung für Umweltschutzinvestitionen und zahlreiche Änderungen. Mindereinnahme 1981 von 335 Mio. DM.

Steuerentlastungsgesetz 1981: Ermäßigung der Einkommensteuer über insgesamt 17,5 Mrd. DM im ersten Jahr. Wird noch zurechtgestutzt.

Nachtragshaushaltsgesetz 1980: Türkeihilfe von 330 Mio. DM, 170 Mio. DM Rüstungshilfe für Türkei und Griechenland, Mehrausgaben Verteidigungshaushalt von 390 Mio., Personalausgaben plus 380 Mio. DM. Finanziert durch Einsparungen.

Wirtschaft

25.11.77, ERP-Wirtschaftsplan 1977: Aufgrund des Marshall-Plans wurde ein Sondervermögen gebildet, aus dem vor allem Investitionszuschüsse und Exportförderung an die Kapitalisten gezahlt wird. 1977 werden die Ausgaben mit 2,9 Mrd. DM festgestellt. Mit Gesetz vom 9.8.78 werden 1978 3,2 Mrd. DM, durch Gesetz vom 7.8.79 für 1979 2,9 Mrd. ausgeschüttet, 1980 3 Mrd. DM geplant.

19.12.77, Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften: Anteil an EG-Kohle in Kraftwerken soll 1978 bis 1987 33 Mio. t Steinkohle-Einheiten betragen. U.a. wird etwa ein Drittel der Kohlelieferung auf den halben Preis heruntersubventioniert.

25.7.78, Erdölbevorratungsgesetz: Gründung des „Erdölbevorratungsverbandes", der die bisherigen Pflichtvorräte konzentriert; Reichweite 65 Tage. Mit 15 Mio. DM Steuerausfällen gefördert.

19.12.79, Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975: Das Gesetz ermächtigt die Regierung, durch Rechtsverordnung Vorschriften zu Produktion, Transport, Lagerung, Verteilung, Abgabe, Bezug, Einfuhr und Höchstpreisen für Öl, Gas und Strom zu erlassen. Es war zunächst bis 31.12.79 befristet. Diese Befristung wird mit der Änderung aufgehoben.

Zur Verkündung stehen an:

Änderung des Energieeinsparungsgesetz: Die Bundesregierung kann verordnen, daß der Energieverbrauch in Wohnungen verbrauchsabhängig abgerechnet wird. In Gebäuden wird Wärmeschutz vorgeschrieben.

2. Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften: Etwa 30% der bisherigen Kohlemenge wird auf Importpreisniveau heruntersubventioniert. Die Investitionszuschüsse für Kohlekraftwerke werden verlängert.

Arbeits- und Sozialordnung

27.6.77, 9. Anpassungsgesetz – Kriegsopferversorgung: Die Rentenbezüge werden um durchschnittlich 9,9% zum 1.7.77 erhöht. Die Grundrente bei 100prozentiger Erwerbsunfähigkeit beträgt damit monatlich 645 DM.

27.6.77, 20. Rentenanpassungsgesetz: Die Ausgaben der Rentenversicherung werden bis 1980 um rund 62,5 Mrd. DM gekürzt. Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden
setzlichen Rentenversicherung werden
zum 1.7.77 und die Altersgelder der Landwirte zum 1.1.78 um 9,9% angehoben. Gleichzeitig wird die nächste Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschoben. Der Kinderzuschuß wird festgeschrieben.

27.6.77, Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz: Unter dem Vorwand, die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Beitragssätze zu den Krankenkassen zu stabilisieren und zu senken, wird das Gesundheitswesen drastisch verschlechtert: Rezeptgebühr von 1 DM, geringere Zuschüsse für Zahnersatz und kieferorthopädische Behandlung, bestimmte Medikamente dürfen nicht mehr auf Rezept verschrieben werden.

13.7.77, Wehrpflichtgesetz: Durch schriftliche Willenserklärung kann die Kriegsdienstverweigerung erklärt werden, die aufschiebende Wirkung für die Einberufung hat. Modifizierung des Prüfungsverfahrens. Der Zivildienst wird auf 18 Monate verlängert. CDU/CSU rufen das Bundesverfassungsgericht an, das durch einstweilige Anordnung das Gesetz außer Kraft setzt und im April 1978 für nichtig erklärt.

12.12.77, 4. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes: Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen durch berufliche Umschulungs- und Forbildungskurse, Sperrzeiten für unbegründete Arbeitsaufgabe und Ablehnung zumutbarer Arbeit, wirksame Kontrolle der Arbeitslosen. Arbeitslose Berufsanfänger erhalten nur noch 70% vom Tariflohn und nicht mehr 100%.

27.5.78, 21. Rentenanpassungsgesetz: Beitragserhöhung ab 1.1.81 von 18 auf 18,5% bringt bis 1982 Mehreinnahmen von rd. 7,5 Mrd. DM. Die Renten werden zum 1.1.79 um 4,5, zum 1.1.80 und 1.1.81 um 4% erhöht.

6.11.78, 5. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz: Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbeschädigte ab 1.1.79 auf das vollendete 61. Lebensjahr, ab 1.1.80 auf das vollendete 60. Lebensjahr. Die Nebenverdienstgrenze wird auf 425 DM monatlich heraufgesetzt.

25.6.79, Mutterschaftsurlaub: Für 6 Monate nach der Entbindung hat eine im Arbeitsverhältnis stehende Mutter Anspruch auf Mutterschaftsurlaub, für den höchstens 750 DM monatlich netto aus Steuergeldern gezahlt wird.

23.7.79, 5. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes: Die berufliche Fortbildung und Umschulung wird gefördert. Wer einen Mangelberuf ergreifen will, erhält jetzt 80% des letzten Nettolohns als Unterhaltsgeld. Die Kapitalisten erhalten Lohnzuschüsse bis zu 80% bei Einstellung älterer Arbeitsloser. Nimmt der Arbeitslose eine schlechter bezahlte Arbeit an, „setzen die Arbeitsämter die Vermittlungsbemühungen fort". Für die Baukapitalisten wird der Zeitraum der produktiven Winterbauförderung verlängert.

Verteidigung

23.12.77, Änderung des Soldatengesetzes: Soldaten, die Studium oder Fachausbildung erhalten haben, können frühestens nach einer dreimal so langen Dienstzeit Entlassung verlangen. Berufsoffiziere können frühestens nach 6 Jahren Entlassung beantragen. Berufssoldaten müssen besondere persönliche, häusliche oder wirtschaftliche Gründe geltend machen.

23.12.77, Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes: Gültigkeit wird ausgedehnt auf Soldaten mit Zwei-Jahres-Verträgen, um sie in die Bundeswehr zu locken.
zu locken.

Jugend, Familie und Gesundheit

23.7.79, Unterhaltssicherungsgesetz: Einführung einer öffentlichen Unterhaltsleistung für Kinder unter 6 Jahren; der Staatsapparat treibt dann das Unterhaltsgeld beim säumigen Elternteil ein.

Verkehr und Post

3.8.78, Änderung Straßenverkehrsgesetz: Einführung fälschungs- und diebstahlsicherer Fahrzeugkennzeichen. Vertrieb und Ausgabe der Kennzeichen sind anzeigepflichtig.

6.4.80, Änderung Straßenverkehrsgesetz: Festlegung von Maßnahmen zur Beitreibung entzogener Führerscheine, Erhöhung der Parkgebühren; Ermächtigung des Bundesministers, Bußgelder und Gebühren neu zu bestimmen

Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

27.6.78, Wohnungsmodernisierungsgesetz: Förderung von baulichen Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie in den Wohnungen wird von Bund und Ländern bis 1982 mit rund 2,6 Mrd. DM bezuschußt. Erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten für den Vermieter; die Miete kann um 11% erhöht werden.

Bildung und Wissenschaft

26.4.77, 4. Änderung Bundesausbildungsförderungsgesetz: Die Bedarfssätze werden um rund 16%, die Freibeträge vom Einkommen der Eltern und des Ehegatten um 18% angehoben.

17.11.78, 5. Änderung Bundesausbildungsförderungsgesetz: Alle Auszubildenden, die die 10. Klassen aller Formen der berufsbildenden Schulen in Vollzeitunterricht besuchen, werden in das BAföG einbezogen.

16.7.79, 6. Änderung Bundesausbildungsförderungsgesetz: Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um durchschnittlich 6%, Höchstbedarfssatz für Studenten damit 620 DM.



Die Belegschaft unterstützt den Kampf der Jugendlichen gegen die Stufenausbildung und das Berufsgrundbildungsjahr.

Belegschaft und VK von AEG N4: „Anhebung der unteren Lohngruppen!"

r.uwz. Von dem gesamten Umsatz der AEG-N4 in Hamburg und Wedel (Nachrichten und Verkehrstechnik, Fachbereich Flugwesen, Schiffbau und Sondertechnik) werden 80% mit Behörden abgewickelt, davon gehen 30% an die Bundeswehr. Die Hamburger und Wedeler Werke liefern Radar, Führungsleitsystem, Feuerleitanlagen, Lenkwaffen, Torpedotechnik, Troika, elektronische Anlagen (z.b. für die Fregatte 122) für sämtliche Truppenteile.

Obwohl der größte Teil der Belegschaft aus Angestellten besteht (vorwiegend Ingenieure, zuständig für die Entwicklung und den Vertrieb) ist die Produktion äußerst intensiv; vor allem in den Bereichen, in denen 130 Frauen (Gesamtbelegschaft 3200 davon 960 Arbeiter) der unteren Lohngruppen IIIa und IV arbeiten. Hier ist die Produktion der elektronischen Teile dermaßen in Teilarbeiten zergliedert, daß die billigste Arbeitskraft mit höchster Produktivität eingesetzt werden kann.

Im Gegensatz zu den anderen AEG-Werken ist das *'Sanierungsprogramm'* der Kapitalisten bei N4 nicht Entlassung, sondern Vergrößerung der Produktion, vor allem im Bereich der unteren Lohngruppen. Diese Lage hat die Aufgaben der IG Metall und des Be-
Aufgaben der IG Metall und des Be-
triebsrates stets bestimmt und kommt in ihrer Tätigkeit zum Kampf für die Anhebung der untersten Lohngruppen zum Ausdruck.

1965-75 Der Betriebsrat macht eine kluge und nützliche Politik gegen die Lohngruppe II. Er lehnt jede Einstellung in dieser Lohngruppe ab. Begründung: die für die neuen Arbeitsplätze benötigte Qualifikation sei höher. Gleichzeitig führt die Lohn- und Akkordkommission den Kampf um die Höhergruppierung in die LG III. Durchgesetzt werden konnte, daß heute niemand mehr bei AEG-N4 in Lohngruppe II tätig ist.

1976: Aus den Abteilungen wird der Zusammenschluss für den Lohnkampf organisiert. Warnstreik. 80 Arbeiter fordern im Werk Schenefeld in einer Unterschriftensammlung 200 DM Festgeld für alle gleich.

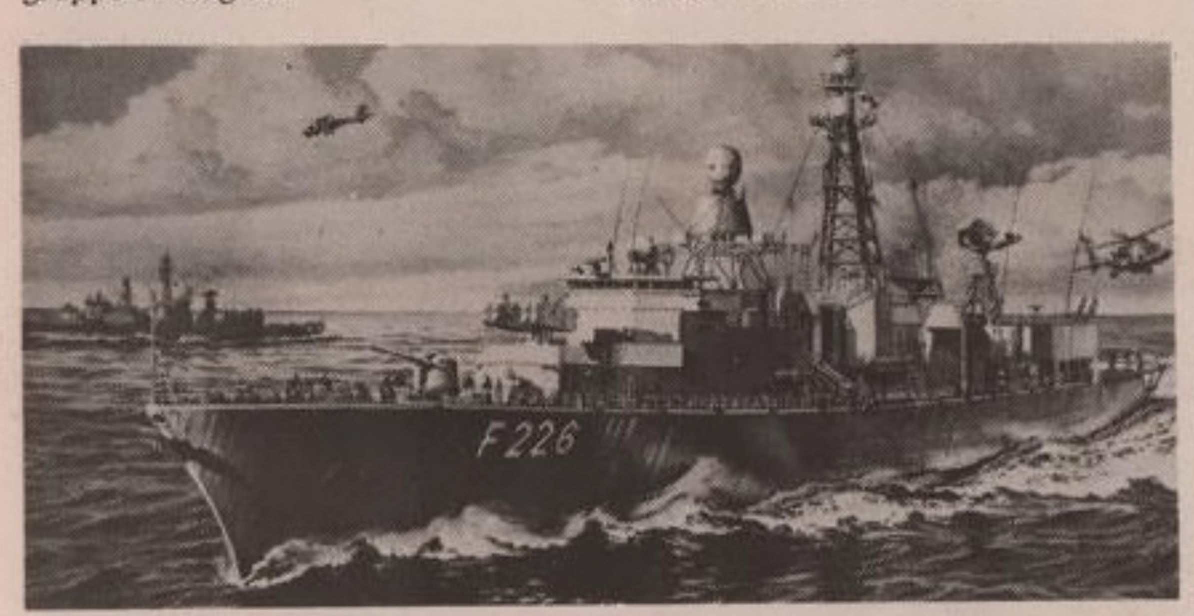
1978/79: 86 Arbeiterinnen und Angestellte des Werkes Industriestraße vorwiegend Frauen aus der untersten Lohngruppe, fordern den VK auf, sich für eine Mindestforderung von 86,50 DM einzusetzen. Der VK schließt sich diesem Antrag an.

1979: Der Vertrauenskörper der IG Metall wird neu gewählt. Als Arbeitsprogramm des VK wird festgelegt, den Kampf gegen die unteren Lohngruppen und für Festgeld zu führen. Dazu wird eine Lohnuntersuchung gemacht.

1979: Aus dem 1. Mai Aufruf des VK: *„... In diesem Jahr ist mit 4,3% abgeschlossen worden. Sie bedeuten Reallohnabbau. Durch starke Bewegung für Festgeld bzw. Mindestbetrag konnte zumindest erreicht werden, daß der Lohngruppenschlüssel gekündigt wird."*

1979: Der VK beschließt einen Diskussionsvorschlag für eine Tarifforderung von 175 DM mindestens 84%. Dieser wird gegen den Widerstand der Betriebsführung auf der Betriebsver-
triebsführung auf der Betriebsver-
sammlung diskutiert und erhält breite Unterstützung. Der VK leitet mit nur einer Gegenstimme den Antrag an die Tarifkommission weiter.

1980: Als Auswertung der Tarifrunde beschließt der VK eine Untersuchung über die unteren Gruppen und eine politische Forderung nach Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns. Dieser wurde von der IGM Vertreterversammlung in abgewandelter Form an den Gewerkschaftstag weitergeleitet, ebenso ein Antrag *„Anhebung der unteren Lohngruppen"*. Unter diesen Forderungen demonstrierte der VK am 1. Mai.



Fregatte 122 der westdeutschen Bundesmarine.

AEG-Chef Rathenau 1913: „Wir brauchen das Land dieser Erde."

r.dip. 1883 gründete der amerikanische Edison Konzern in Absprache mit Siemens die „Deutsche Edison Gesellschaft für angewandte Elektrizität" als Tochterfirma der französischen Edison Co. Hergestellt wurden Glühlampen und Lichtanlagen. Die von der Deutschen Edison 1884 ins Leben gerufenen „Städtischen Elektrizitätswerke" in Berlin überstiegen alsbald die eigenen Mittel. Die Deutsche Bank, mit Georg Siemens als Direktor, organisierte das fehlende Kapital: Bedingung: Bruch mit den Franzosen und Umbenennung in „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" (AEG).

Bankier Carl Fürstenberg, Gründer der Berliner Handelsgesellschaft und Aufsichtsratsmitglied der AEG, ermöglichte ab 1890 die Gründung von weiteren Elektrizitätswerken, Eisenbahnen und anderen Verkehrsmitteln und verdrängte 1894 jeglichen kartellmäßigen Einfluß von Siemens.

Walter Rathenau, ab 1913 Aufsichtsrat-Vorsitzender und Initiator einer „Kriegsrohstoffabteilung" im Kriegsministerium, forderte am Vorabend des 1. Weltkrieges: „Wir brauchen das Land dieser Erde, von künftigen Aufteilungen muß uns also das Nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind". 1916 schrieb Rathenau an die Oberste Heeresleitung, daß er der Deportation von 750000 belgischen Arbeitern nach Deutschland zugestimmt habe. Es konnten dadurch mehr deutsche Arbeiter als Kanonenfutter freigesetzt und gleichzeitig die Ausbeutung mit Kriegsgefangenen gesteigert werden.

Die Dividende der AEG nahm im ersten Weltkrieg von 10% (1914) auf 14% (1918) zu, begünstigt durch die Versorgung der Marine mit funktelegrafischen Geräten.

Gestützt auf die Riesenprofite während des Krieges und auf Kapitalerhöhungen durch die Banken, konnten die AEG-Kapitalisten ihren schon während des Krieges begonnenen Einfluß auf die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie weiter ausbauen. 1918 wurden u. a. die „Kupferwerke Deutschland AG" zwecks „Schrottverwertung" neben anderen Unternehmungen mit begrenzten Einzelmärkten aufgekauft; Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Unternehmen konnten erneuert werden.

Im Jahre 1929 wurden im Zuge der Weltwirtschaftskrise 55% aller AEG Beschäftigten auf die Straße geschmissen, der Umsatz geht von 1929 – 1933 um 67% zurück. AEG-Chef Hermann Bücher äußert 1933 die „feste Hoffnung", daß „aufgrund der Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse sich im Inland ein wirtschaftlicher Aufstieg herstellen werde. Er wird in den „Rüstungsrat beim Ministerium für Bewaffnung und Munition" berufen. 1942 verkündete Bücher zum faschistischen Terrorsystem: „Die oberste Devise lautet: Aufrechterhaltung der Armee und Versorgung der Armee mit den besten Waffen. Unsere Regierung ist nicht zimperlich und sie wird denjenigen, der versagt, zur Rechenschaft ziehen, und zwar mit aller Schärfe. Und das ist nach meinem Dafürhalten auch richtig." 1942 wurden in allen Betrieben des AEG-Konzerns Waren im Gesamtwert von 1500 Mio. RM produziert. „Kein Flugzeug, kein U-Boot und keine Nachrichtentruppe kamen im 2. Weltkrieg ohne die Apparate der AEG zum Einsatz."

Obwohl die AEG nach dem 2. Weltkrieg ca. 90% ihrer Produktionsstätten verloren hatte, konnte sie wiederum gestützt auf eigene „Reserven" aus dem Krieg und Krediten der Dresdener und der Deutschen Bank, sowie großzügigen Versorgungen aus dem Marshall Plan neue Produktionsstätten eröffnen. So hieß es schon 1950 im Geschäftsbericht: „Wir (haben) auf allen ... alten Arbeitsgebieten der AEG heute wieder leistungsfähige Fabriken."

„... das Auslandsgeschäft verstärkt auszubauen." (Geschäftsbericht 79)

r. hao. „Unsere Auslandaktivitäten erstrecken sich auf insgesamt 154 Länder. In 44 Ländern verfügen wir über 107 Fabrikations- und Vertriebsgesellschaften sowie eigene Akquisitionsstützpunkte. Durch Fremdvertretungen sind wir in 92 Ländern repräsentiert. Mit dieser Organisation bearbeiten wir gleichzeitig die Märkte in weiteren 18 Ländern." So rühmt der Geschäftsbericht 1979 die weltweite Profitmacherei des AEG-Telefunken-Konzerns. An anderer Stelle wird nochmals bekräftigt, daß „das Auslandsgeschäft verstärkt auszubauen" ist. Darum hat sich AEG-Telefunken in den letzten Jahren eifrig bemüht: Waren 1969 noch ca. 1/10 der Gesamtbelegschaft im Ausland beschäftigt (16000 von 164000), so waren es 1979 etwa 1/5 (29000 von 154000). Schwerpunktgebiete der Auslandsproduktion von AEG-Telefunken sind das südliche Europa und Süd- und Mittelamerika (hier vor allem Brasilien), im wesentlichen also Länder, in denen die Löhne sehr niedrig sind.

Die Ausbeutung der Arbeiter fremder Länder ist jedoch nur das eine Bein des gesamten „Auslandsgeschäftes". Das andere ist der Warenexport von der BRD aus. Auch er ist anteilig über 10 Jahre betrachtet gestiegen. 1969 betrug sein Anteil am Gesamtumsatz des Inlandskonzerns 24,9%, 1979 31,5% (dazwischen lag mit 40,4% 1977 der bisher höchste Anteil). Bei Warenexport stehen die EG-Länder mit 1,65 Mrd DM (1979) an der Spitze, gefolgt vom übrigen Westeuropa (680 Mio DM), Asien plus Australien (500 Mio DM), Amerika und Afrika (je 300 Mio DM) und Osteuropa (270 Mio DM).

Die weltweite Expansion ist ein wesentlicher Bestandteil der Pläne des AEG Kapitals, um aus seiner Krise herauszukommen. Aber ähnlich, wie es bei der Durchführung der Krisenmaßnahmen im Innern auf den Widerstand der Belegschaften trifft, stößt es weltweit auf Schranken. Das sind zum einen die imperialistischen Konkurrenten, die ihrerseits Märkte erobern oder halten wollen, zum anderen die Völker der dritten Welt, die sich immer wirkungsvoller gegen die imperialistische Ausbeutung zur Wehr setzen. So mußte AEG eine wesentliche Verringerung seines Exports in den letzten 2 Jahren hinnehmen, die Produktion in Spanien einschränken und in Brasilien, wo große Metallarbeiterstreiks stattfanden, Verluste hinnehmen.

Einige AEG-Telefunken Produktionsstätten im Ausland
Einige AEG-Telefunken Produktionsstätten im Ausland

Land	Kapital Mio. DM	Produkte	Umsatz Mio. DM	Beschäftigte	Durchschn.Lohn Industr./DM
Spanien	57	Konsumgüter, Serienprodukte	390	4300	941 (76)*
Italien	ca. 42	Fernseher, Radios, Elektrozähler	310 (73)	3300 (73)	
Griechenland	7,6	Anlagen, Serienprodukte	76	520	677
Brasilien	ca. 44	Fernseher, HS-Schalter, Schreibmasch.	200 (74)	4650 (74)	544 (76)
Mexiko	4,9	Fernseher, Radios, Schreibmaschinen	50	800	518
Indonesien		Schaltanlagen	38 (74)	400	
Philippinen	1,1	Halbleiter		600 (74)	117 (75)

* jeweils Jahreszahlen; alle übrigen Angaben für 1978

Daten zum AEG-Konzern (1979):

Umsatz	14,2 Mrd DM
Umsatz ausl.Gesellsch. .	4,0 Mrd DM
Belegschaft gesamt	154000
Auszubildende	5400
Zinszahlungen	343 Mio DM
Grundkapital	620 Mio DM

Wesentliche Produkte:
Hausgeräte, Unterhaltungselektronik, Büromaschinen, Energietechnik, Automationssysteme, Nachrichtensysteme, Verkehrsanlagen, Solartechnik. Rüstung: Sender, Torpedos, elektron. Zielanlagen, Stromversorgungen.

Aufsichtsrat und Vorstand (u.a.):
Friedrichs (AR-Vorsitzender Dresdner Bank), Leibkutsch (gest. 79, Deutsche Bank), Meer-Preschany (Dresdner Bank), von Menges (Commerzbank), Terrahe (Commerzbank), Brandt (Beraterkreis Deutsche Bank).

Inländ.Beteiligungsgesellschaften v. AEG-Tfk	Kapital in Mio DM	Anteile AEG-Tfk
Olympia Werke AG, Wilhelmshaven	130,00	100,00
NEFF-Werke Carl Neff GmbH, Bretten	30,00	75,00
ALNO-Möbelwerke GmbH & Co. KG.	25,02	51,00
DRALORIC Electronic GmbH, Nürnberg	25,00	75,00
Hartmann & Braun AG, Frankfurt a.M.	24,00	75,00
DUOFROST Kühl- und Gefriergeräte GmbH	20,00	100,00
Küppersbusch AG, Gelsenkirchen	15,00	96,80
Signalbau Huber – Designa GmbH, München	11,00	100,00
BBC Hausgeräte GmbH, Frankfurt am Main	10,00	75,00
Sachsenwerk Licht- und Kraft-AG, München	10,00	100,00
Zanker GmbH, Tübingen	10,00	100,00
Lloyd Dynamowerke GmbH, Bremen	7,00	100,00
Eltro GmbH Gesellschaft für Strahlungstechnik	5,00	73,80
Schoppe & Faeser GmbH, Minden/Westf.	11,20	60,75
Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co.	72,00	38,80
Transformatoren Union AG, Stuttgart	70,00	25,00
Rosenthal Technik AG, Selb	25,00	25,00
TELDIX GmbH, Heidelberg	14,00	50,00